

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 17. September 1991, Vormittag
Mardi 17 septembre 1991, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bremi

91.035

Institutionen von Bretton Woods.
Beitritt

Institutions de Bretton Woods.
Adhésion

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwürfe vom 15. Mai 1991 (BBI II 1153)
 Message, projets de loi et d'arrêté du 15 mai 1991 (FF II 1121)

Beschluss des Ständerates vom 18. Juni 1991
 Décision du Conseil des Etats du 18 juin 1991

Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

Präsident: Ich beantrage Ihnen, folgendermassen vorzugehen: Wir hören zuerst die Kommissionssprecher, anschliessend die Vertreter der Nichteintretens- und Rückweisungsanträge – wobei wir die Eintretensdebatte für alle drei Entwürfe gleichzeitig führen –, anschliessend die Fraktionssprecher, und dann entscheiden wir über die Anträge.

In der Detailberatung beantrage ich Ihnen, zuerst die Vorlage B zu behandeln, dann die Vorlage A und dann die Vorlage C. – Sie sind damit einverstanden.

Antrag der Kommission

Entwurf A

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Reimann Maximilian, Bühler)

Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, das Geschäft so zu terminieren, dass ein allfälliges Referendum gleichzeitig mit der Abstimmung über den EWR-Vertrag dem Volk vorgelegt werden kann.

Entwürfe B, C

Eintreten

Antrag Bär

Entwurf A

Nichteintreten

Antrag Steffen

Entwürfe A, B

Nichteintreten

Antrag Blocher

Entwürfe A–C

Nichteintreten

Antrag Baerlocher

Entwurf A

Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen mit folgenden Rahmenbedingungen zu versehen:

- Einsetzung einer ausserparlamentarischen, öffentlichen Kontrolle als Begleit- und Konsultativorgan der schweizerischen IWF-Politik;
- Ausarbeitung eines Konzeptes des Bundesrates über seine Politik in den Bretton-Woods-Institutionen, welche Antworten auf das gescheiterte makroökonomische Konzept des IWF gibt;
- Forderung der weltweiten Schuldenstreichung;
- Demokratisierung und Transparenz der Bretton-Woods-Institutionen und -Entscheide.

Antrag Schüle

Entwurf A

Eintreten und Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, das Geschäft so auf den europapolitischen Entscheidungsprozess abzustimmen, dass dem Entscheid über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum sachlich und terminlich die Priorität eingeräumt werden kann.

Proposition de la commission

Projet A

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Reimann Maximilian, Bühler)

Entrer en matière et renvoyer l'objet au Conseil fédéral en le priant de présenter l'objet à un moment tel qu'un référendum éventuel puisse être soumis au peuple en même temps que la votation sur le traité EEE.

Projets B, C

Entrer en matière

Proposition Bär

Projet A

Ne pas entrer en matière

Proposition Steffen

Projets A, B

Ne pas entrer en matière

Proposition Blocher

Projets A–C

Ne pas entrer en matière

Proposition Baerlocher

Projet A

Entrer en matière et renvoyer l'objet au Conseil fédéral avec le mandat d'assortir l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods des conditions générales suivantes:

- instituer un contrôle public extra-parlementaire sous la forme d'un organe consultatif ad hoc chargé de la politique suisse vis-à-vis du FMI;
- élaborer une approche de la politique du Conseil fédéral au sein des institutions de Bretton Woods qui vise à remédier aux points faibles de la politique macro-économique du FMI;
- demander l'annulation de la dette mondiale;
- rendre plus démocratiques et transparentes les institutions de Bretton Woods et leurs décisions.

Proposition Schüle

Projet A

Entrer en matière et renvoyer l'objet à la commission en l'invitant à l'intégrer dans le processus de décisions politiques relatives à l'Europe de telle manière que la priorité (tant sur le fond que pour ce qui a trait au calendrier) soit réservée à la décision concernant l'adhésion de la Suisse à l'Espace économique européen.

Oehler, Berichterstatter: Wir haben heute unter verschiedenen Gesichtspunkten zwei folgenschwere Entscheidungen zu treffen, wenn wir den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds sowie zur Weltbankgruppe beschliessen oder eben ablehnen. Entsprechend liegen uns die drei Beschlussentwürfe vor, die unser Präsident vorhin angeführt hat



Die Wirtschaftskommission hat bei optimaler Besetzung – es fehlte lediglich ein Mitglied – folgende Beschlüsse gefasst, welche wir Ihnen als Anträge unterbreiten:

Den Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods (BWI) empfehlen wir Ihnen einstimmig, bei einer Enthaltung, zur Genehmigung. Das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods empfehlen wir Ihnen mit 10 Stimmen bei keiner Gegenstimme, dagegen bei 10 Enthaltungen, zur Genehmigung. Den Bundesbeschluss über den Rahmenkredit – hier sieht es etwas anders aus – empfehlen wir Ihnen mit 9 zu 0 Stimmen bei 11 Enthaltungen zur Annahme.

Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, dass sich die Kommission Gedanken machte, welche Folgen ein Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods für unser Land und unsere Politik haben wird. Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass der Antrag, Ihnen den Beitritt zu empfehlen, einstimmig bei bloss einer Enthaltung gefasst wurde. Die Diskussion drehte sich in der Folge vor allem um die Beachtung der entwicklungspolitischen Grundsätze im Rahmen unserer möglichen Tätigkeit in den Institutionen, dann aber auch, in der Folge dieser Diskussion, um den Beitrag, den wir zu bezahlen haben. Im Klartext heisst das: Es wurden Befürchtungen laut, dass wir unsere gesetzlich verankerten Grundsätze über die Entwicklungshilfepolitik nicht zum Tragen oder zur Beachtung bringen würden. Wir dürfen davon ausgehen, dass die Mehrheit dieses Rates über ausreichende Kenntnisse über die Institutionen von Bretton Woods verfügt und wir in der Folge nicht auf Einzelheiten einzugehen haben.

Diese Institutionen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. Sie hatten das Ziel, das in den Zwischenkriegs- und Nachkriegsjahren zusammengebrochene Welthandels- und Währungssystem wiederaufzubauen. Aus naheliegenden Gründen lagen beim Währungsfonds (IWF) insbesondere die Probleme der Industrieländer im Vordergrund.

Seit knapp zwanzig Jahren hat sich die Tätigkeit verlagert, zumal plötzlich die Entwicklungsländer im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen. Diese Länder sind bekanntlich mit schwerwiegenden wirtschafts- und währungspolitischen Problemen konfrontiert. Die Armut der Massen in diesen Ländern wird täglich grösser. Der IWF und die Weltbankgruppe unterstützen heute auch die mittel- und osteuropäischen Staaten in ihrer Absicht, den Uebergang zur Marktwirtschaft zu finden.

Man darf heute unumwunden festhalten, dass dem IWF und der Weltbank im Rahmen der milliardenschweren Osthilfe die zentrale Bedeutung zufallen wird. Die notwendigen finanziellen Mittel sind bekanntlich derart gross, dass weder ein einzelner Staat noch eine Staatengruppe diese aufzubringen und erfolgreich einzusetzen vermag. Entsprechend haben sich auch Bundeskanzler Kohl und Präsident Bush in den vergangenen Tagen geäussert, als sie die anderen Staaten dringend anhielten, mehr zu leisten und die Bürde nicht grösstenteils den USA und Deutschland zu überlassen. Deutschland – so Bundeskanzler Kohl noch gestern – habe bis anhin 64 Milliarden D-Mark in die UdSSR fliessen lassen.

Festzuhalten bleibt auch, dass unsere eigene Osthilfe nur gerade im Gesamtkonnex gesehen werden darf, ist sie doch absolut sehr hoch, aber in einer Gesamtschau doch eher ungenügend. Zusammen mit anderen Staaten und den Institutionen von Bretton Woods aber kann sie als erfolversprechend eingestuft werden.

Die Frage liegt auf der Hand, warum sich angesichts solcher Tatsachen die Schweiz erst heute entscheiden wird, den Institutionen beizutreten oder eben weiterhin fernzubleiben. Bis anhin nahmen wir vor allem aus währungspolitischen Überlegungen von einem Beitritt Abstand. Die stets zunehmende wirtschaftliche Verflechtung unseres Landes und zunehmende Koordinationsbedürfnisse in der Entwicklungszusammenarbeit haben in jüngster Zeit indessen zu einer vielfältigen Annäherung geführt. Diese Annäherung hat den Bundesrat bewogen, uns die Zustimmung zum Beitritt zu beantragen. Der Beitritt zur Weltbankgruppe steht in direktem Zusammenhang mit unserer eigenen Entwicklungszusammenarbeit. Diese Entwicklungszusammenarbeit, sei sie nun bi- oder multilateral, ist Ausdruck unserer aussenpolitischen Prinzipien der

Solidarität und Universalität. Auch hier zeigt es sich, dass die Probleme je länger, desto mehr nur noch auf multilateraler Ebene gelöst werden können.

Im Zentrum der Diskussionen in der Kommission standen somit die folgenden Fragen: erstens der Einsitz eines Schweizer in den Exekutivrat, zweitens die bereits angeführte Beachtung der entwicklungspolitischen Grundsätze und die damit verbundene Referendumsdrohung, drittens die Kosten des Beitritts zum IWF bzw. zur Weltbankgruppe. Es wäre meines Erachtens falsch und kurzsichtig, würden wir unseren Beitrittsentscheid allein von der Möglichkeit der Einsitznahme eines Schweizer in den Exekutivrat abhängig machen. Der Preis, den wir für diesen Sitz zu bezahlen hätten, wäre unverhältnismässig, ja es wäre wohl der teuerste Sitz, den es weltweit in einer staatlichen, halbstaatlichen oder privaten Unternehmung zu besetzen gäbe. Zwar ist die direkte Mitbestimmung im Exekutivorgan sicher ein erstrebenswertes Ziel. Die Einsitznahme darf aber nicht zu einer absoluten Bedingung hochstilisiert werden. Uns scheint, dass die Chancen, einen Sitz im Exekutivrat zugesprochen zu erhalten, je kleiner werden, je mehr wir ultimativ darauf drängen bzw. darauf pochen. Auch andere, wenn auch wirtschaftlich nicht so starke Staaten wie die Schweiz legen Wert auf diese Einsitznahme bzw. auf den Erhalt ihres Sitzes. Dazu kommt, dass wir das Rennen sicher nicht allein bestreiten, vor allem auch nicht gewinnen können, sondern aufgrund der Gegebenheiten auf die Hilfe Dritter angewiesen sind.

Diese Diskussion entwickelte sich während einiger Zeit zum Hauptproblem und entspricht damit unseres Erachtens den politischen Realitäten. Mittlerweile hat sich das glücklicherweise geändert, zumal wir wieder auf realen Boden zurückgekehrt sind. Die Einsitznahme in den Exekutivrat ist wohl ein erstrebenswertes Ziel, das Ziel muss aber im Gesamtverlauf erreicht werden.

Nachdem zurzeit Diskussionen über den Beitritt der UdSSR und der baltischen Staaten zu den Abkommen von Bretton Woods geführt werden, kann auch vor diesem Hintergrund von einer universalen Organisation gesprochen werden. Nicht zu übersehen ist dabei, dass diese Staaten von den Institutionen vor allem Hilfe erwarten, während von uns Hilfeleistungen erwartet werden. Politisch wie wirtschaftlich ist diese Tatsache von einiger Bedeutung. Von seiten des IWF wurde uns im Rahmen einer Zusammenkunft unmissverständlich dargelegt, dass man den Entscheid der Schweiz selbstverständlich respektiere. Bei einem ablehnenden Entscheid aber müssten der IWF und namentlich die Weltbankgruppe ihre Politik überdenken. Bei internationalen Ausschreibungen dürften wir es nicht mehr als Selbstverständlichkeit verstehen, dass Schweizer Unternehmen zur Offerstellung zugelassen beziehungsweise eingeladen würden und möglicherweise sogar Aufträge erhielten. Andere Staaten, welche ihre Beiträge an die Weltbank leisten, hätten kaum Verständnis dafür, dass wir die direkte Beitragsleistung bewusst ablehnen, andererseits uns aber dennoch die Aufträge sichern wollen, welche durch diese Beiträge finanziert werden.

Viel zu reden gab in der Kommission die Forderung, den zweiten Punkt in den besonderen Bestimmungen, die Beachtung der Grundsätze der schweizerischen Entwicklungshilfepolitik, zu verlangen und vorzuschreiben. Es wurde allerdings anerkannt, dass das entsprechende Gesetz über die Entwicklungshilfe abgeändert wird. Bestimmte Organisationen und Hilfswerke pochten aber darauf, dass diese Grundsätze trotz allem in das sogenannte Mitwirkungsgesetz übernommen werden, andernfalls das Referendum ergriffen werde. Hierfür hatte die Kommission wenig bis kein Verständnis.

Nicht die Beachtung der Grundsätze an sich stand zur Diskussion, sondern die Art und Weise der verbalen Uebernahme in ein neues Gesetz. Dazu kommt, dass es trotz unserer wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten nicht in jedem Fall wahrscheinlich und möglich sein dürfte, dass die Weltbank unsere schweizerischen Grundsätze befolgt, wenn es um die Bewilligung eines Kredites geht. Der Bundesrat hielt aber sowohl in der Botschaft wie auch in der Kommission zuhander der Materialien unmissverständlich fest, dass er unseren entwicklungspolitischen Grundsätzen Nachachtung verschafft

wird. Das sollte nach Meinung der Mehrheit der Kommission genügen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das Referendum ergriffen wird, muss politisch als sehr hoch eingestuft werden. Zum einen drohen die Entwicklungshilfe-Organisationen mit kirchlichem Zuzug mit dem Referendum, weil ihre eben angeführte Forderung von der Kommission nicht berücksichtigt wurde. Zum anderen liegt eine Referendumsdrohung aus einem anderen politischen Bereich auf dem Tisch. Die Wahrscheinlichkeit ist demzufolge gross, dass die eine Seite die Unterschriften sammelt, weil sie der Beachtung entwicklungshilfepolitischer Grundsätze Nachachtung verschaffen will, die andere Seite dann aber das Referendum gewinnt, weil sie entweder grundsätzlich gegen die Entwicklungshilfe anrennt oder aber wegen der Kosten des Beitritts einen solchen ablehnt.

Gewinner einer solchen Abstimmung wären letztlich die Gegner der Entwicklungshilfe, grosse und nachhaltige Verlierer der Hilfswerke und die kirchlichen Institutionen, namentlich aber die betroffenen Völker.

Gerade aus diesem Grunde sind unseres Erachtens just jene Kreise mehr als gut beraten, wenn sie in den vor uns liegenden Diskussionen nicht laufend mit dem Referendum drohen. Diese Melodie würde sehr gerne aufgenommen und vermutlich zu Ende gesungen. Wegen eines – in der Gesamtschau betrachtet – Nebenkriegsschauplatzes ist es sicher verfehlt, wenn es just die Entwicklungshilfe-Organisationen wären, welche das Gesamtgebäude zum Einsturz brächten. Die Gefahr erscheint indessen als gross. Noch haben nämlich andere Kreise bestimmte Volksabstimmungen nicht vergessen, als man besondere Staatsausgaben beschränken oder Staatsaufgaben aufheben wollte. Ein IWF- bzw. Bretton-Woods-Referendum gäbe einigen Kreisen eine wohlgesuchte wie auch gefällige Möglichkeit, ihren Missmut – wenn auch an einem untauglichen Objekt – abzureagieren.

Damit sind wir bei den Kosten des Beitritts. Der Bundesrat hält in seiner Botschaft die entsprechenden Zahlen fest. Die Beitrittsleistungen bei einer Mitgliedschaft beim IWF entsprechen der Quote von 1,7 Milliarden Sonderziehungsrechten oder rund 3,3 Milliarden Franken. Im Rahmen der Neunten Quotenrevision, die momentan im Gange ist, würde dieser Betrag auf 2,47 Milliarden Sonderziehungsrechte oder 4,8 Milliarden Franken ansteigen. 22,7 Prozent der Quote sind in Form von Devisen einzuzahlen, die restlichen 77,3 Prozent sind in unverzinslichen Schuldverschreibungen abzugelten, die auf Schweizerfranken lauten. Diese Leistungen würden von der Schweizerischen Nationalbank erbracht, wobei es sich um einen Austausch von Währungsreserven handelt.

Im Unterschied dazu sind die Kosten des Beitritts zur Weltbankgruppe vom Bund zu übernehmen. Sie belaufen sich auf einen Betrag von 3300,5 Milliarden US-Dollar oder je nach Wechselkurs auf rund 5 Milliarden Schweizerfranken. Davon sind 288,5 Millionen Dollar über fünf Jahre hinweg einzuzahlen. Für den Rest sind Garantiezusagen vom Bund zu leisten. In dem uns vorgelegten Kredit hat der Bundesrat auch einen Betrag von 23,5 Millionen Dollar für die 1992 geplante Kapitalaufstockung der Internationalen Finanz-Corporation aufgenommen.

Der Bundesrat hat sich zum Ziel gesetzt, bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,4 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben. Zudem soll der grösste Teil unserer Hilfe über multinationale oder bilaterale Programme in die notleidenden Staaten fliessen.

Abschliessend gestatte ich mir festzuhalten, dass mit dem beantragten Beitritt zu den Abkommen von Bretton Woods keine neuen Beziehungen zu internationalen Organisationen aufgenommen werden; vielmehr werden bisherige Beziehungen auf eine andere Ebene gestellt und andere Verpflichtungen übernommen. Das Mitbestimmungsrecht soll die Zuschauerrolle ablösen, welche wir bis anhin eingenommen haben.

Erwähnenswert ist sicher, dass der Ständerat dem Beitritt nach harten Diskussionen zustimmte.

M. Etique, rapporteur: Vous êtes en présence d'un message du Conseil fédéral et de trois arrêtés y relatifs qui proposent

l'adhésion de notre pays aux institutions de Bretton Woods, c'est-à-dire au Fonds monétaire international, à la Banque mondiale, à l'IDA et à la Société financière internationale. Je rappelle que ces institutions avaient été créées à la fin de la deuxième guerre mondiale, premièrement pour essayer d'instituer un système monétaire international basé sur la stabilité des taux de change et sur l'équilibre des balances des paiements. C'était le rôle assigné au Fonds monétaire international. Deuxièmement, pour organiser le financement et la coordination dans le domaine de la coopération au développement. C'était le rôle du Groupe de la Banque mondiale. Ces institutions de Bretton Woods se placent donc dans une perspective de coopération monétaire internationale, d'expansion du commerce mondial, de stabilité économique et monétaire et enfin d'encouragement du progrès économique et social dans les pays en voie de développement.

Quelle a été la position de la Suisse vis-à-vis des institutions de Bretton Woods? Sans en faire partie jusqu'à présent, la Suisse a collaboré de façon étroite avec ces institutions et en particulier avec le Fonds monétaire international en s'associant, puis en adhérant aux accords généraux d'emprunt, ce qui fait que la Suisse est membre à part entière du Groupe des Dix, en participant ensuite aux facilités d'ajustement, puis aux facilités d'ajustement renforcées du Fonds monétaire international destinées à venir en aide aux pays les plus pauvres ou les plus endettés de la planète. En ce qui concerne la Banque mondiale, la Suisse a bien sûr toujours ouvert largement et généreusement ses marchés financiers pour les emprunts émis par la Banque mondiale, ce qui permettait à notre pays de participer en contrepartie aux adjudications lancées par la Banque mondiale dans le cadre de ses programmes dans les pays en voie de développement. Enfin, la Suisse a participé à l'IDA sous la forme de deux prêts qui furent par la suite transformés en dons.

Si la Suisse n'a pas adhéré au départ à ces institutions, c'est que l'on redoutait un certain nombre de choses, et notamment le mécanisme de la clause de la monnaie rare qui permettait aux pays dont la monnaie était menacée de prendre des mesures de rétorsion à l'égard des pays à monnaie forte, et c'était bien sûr le cas de la Suisse à la fin de la deuxième guerre mondiale. On redoutait une internationalisation du franc suisse, on craignait que notre autonomie monétaire soit restreinte suite à une adhésion au Fonds monétaire international, on redoutait des entraves à nos possibilités de défense à l'égard de fonds étrangers, on craignait l'obligation de publier des données confidentielles et enfin les milieux bancaires et monétaires suisses craignaient que le système des droits de tirage spéciaux n'entraînant une inflation généralisée à travers le monde. Ces objections d'essence monétaire ont disparu de nos jours. Je citerai à ce propos un exposé de M. Peter Bomberger, économiste en chef et directeur adjoint de l'Union des Banques suisses, qui disait lors d'une conférence: «Ces réserves ont disparu de nos jours. Le franc suisse est devenu une monnaie internationale, une restriction de l'autonomie de notre politique monétaire n'est également plus à craindre. Quant aux conditions en matière de politique économique et monétaire fixées actuellement par le FMI, la Suisse s'y tient de toute façon. Elle y est d'ailleurs obligée depuis son adhésion au GATT. Les renseignements que la Suisse aurait à fournir au FMI ne constituent également plus un obstacle. De nos jours, notre pays est déjà soumis à des analyses de l'OCDE qui réclame qu'on lui fournisse approximativement les mêmes données que le FMI pourrait exiger».

Ces objections antérieures étant tombées, le Conseil fédéral a introduit en 1982 des consultations avec la Banque mondiale pour une adhésion de notre pays aux institutions de Bretton Woods et c'est à cette époque-là que le Conseil fédéral et la Banque mondiale ont conclu à l'opportunité d'une adhésion de la Suisse à ces institutions. C'est en 1989 que la procédure d'adhésion a été déclenchée, mais cette question avait déjà été abordée dans les années 1945 à 1947 et 1958 à 1960.

Qu'est-ce qui a changé depuis lors? En d'autres termes, quelles sont les raisons que l'on peut invoquer pour justifier aujourd'hui une adhésion de notre pays aux institutions de Bretton Woods? Il y a tout d'abord une raison très générale et

très philosophique, à savoir l'intérêt pour un pays fortement exportateur de pouvoir compter sur le bon fonctionnement de l'économie mondiale et d'apporter sa contribution à l'édification des conditions-cadres internationales. C'est l'intérêt qu'il a à faire partie d'une organisation internationale qui veut promouvoir la collaboration entre pays dans les domaines de la politique monétaire, du trafic des paiements et du rééquilibrage des balances des paiements.

Il faut encore constater que non seulement les marchés mais aussi les problèmes qui se posent sur la scène internationale se sont globalisés – problèmes de balances des paiements, de politique de développement, d'endettement – et cette globalisation des marchés et des problèmes appelle des solutions multilatérales qui ne sont possibles que dans le cadre d'institutions internationales.

Il faut aussi relever le fait que le FMI et la Banque mondiale sont appelés à jouer un rôle grandissant dans la coordination et le financement de l'aide aux pays en voie de développement, et que ces institutions de Bretton Woods sont également appelées à jouer un rôle déterminant dans les pays de l'Est qui entendent accéder à l'économie de marché.

Enfin, comme je l'ai relevé précédemment, même si nous ne sommes pas membre à part entière de ces institutions, nous y collaborons de façon étroite et y avons des engagements financiers importants. Dès lors, il serait intéressant que nous ayons parallèlement un droit de codécision, et c'est aussi avec l'espoir d'obtenir un siège au Conseil d'administration du FMI et de la Banque mondiale que nous déclenchons cette procédure d'adhésion, même si cela ne doit pas être une condition indispensable ou *sine qua non*, et même si nous n'avons bien sûr aucune garantie aujourd'hui d'obtenir ce siège au Conseil exécutif de ces institutions.

Voilà pour les arguments qui plaident en faveur de l'adhésion de la Suisse au FMI et à la Banque mondiale. Mais des arguments sont aussi invoqués contre cette adhésion, qui émanent de différents milieux. Il y a ceux qui redoutent que notre adhésion aux institutions de Bretton Woods n'entraîne une augmentation conséquente de notre aide aux pays en voie de développement. Il y a aussi des objections des représentants des milieux tiers-mondistes, qui menacent d'ailleurs de lancer un référendum si on ne souscrit pas aux conditions qu'ils ont exprimées, par exemple dans le cadre de la Commission des affaires économiques. Les représentants des milieux tiers-mondistes en veulent aux conditions imposées par le FMI aux pays en voie de développement, en matière de politique économique, monétaire et budgétaire, condition qui provoque des contraintes, des sacrifices et des restrictions pour les populations concernées. Mais n'oublions pas que les conditions imposées par le FMI ont pour but d'éradiquer les causes de certains déséquilibres dont souffrent ces pays. On dénonce le caractère surdimensionné de certains projets de la Banque mondiale et l'atteinte à l'environnement que certains projets provoquent. Enfin, les milieux tiers-mondistes dénoncent l'inversion des flux de capitaux qui se produit au détriment de ces pays.

D'autres milieux, qui s'exprimeront tout à l'heure sous la forme de proposition de non-entrée en matière, craignent que l'adhésion de notre pays aux institutions de Bretton Woods ne porte une atteinte importante à notre indépendance en matière de politique économique et monétaire. Ils estiment que, dans leur action, le FMI et la Banque mondiale n'ont pas été suffisamment efficaces puisque les problèmes des déséquilibres financiers et du sous-développement sont encore présents. Ils dénoncent le coût de fonctionnement élevé de ces institutions, et celui, élevé également, d'une adhésion de la Suisse au FMI et à la Banque mondiale. Enfin, ils estiment que, depuis 1973, c'est-à-dire depuis l'effondrement du système des taux de change fixes, le rôle du FMI devrait être reconsidéré avant que nous n'envisagions notre adhésion. Il y a donc, comme l'a relevé tout à l'heure le président de la commission, bien des risques qu'un référendum venant de différents milieux ne soit déclenché contre cet arrêté.

Il y a bien sûr le coût d'une adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods. Si nous adhérons au FMI, notre quote-part au capital de cette organisation représenterait un

engagement de 4,8 milliards de francs suisses de droits de tirages spéciaux, ventilés de la manière suivante: 23 pour cent versés en deux tranches sous la forme de devises et 77 pour cent sous forme de reconnaissances de dettes ne portant pas intérêt.

L'effet sur les finances fédérales serait nul, puisqu'il appartiendrait à la Banque nationale suisse d'exécuter ces opérations. L'effet pour les comptes de la Banque nationale ne serait pas tout à fait nul, puisqu'elle devrait supporter un différentiel de rendement sur ou par rapport aux taux de placement habituels de ses réserves monétaires, qui sont plus élevés que les taux obtenus sur les réserves détenues par le Fonds monétaire international.

Pour ce qui est de la Banque mondiale, le message sollicite un crédit-cadre de 4,986 milliards. Là, j'ai une petite divergence avec les auteurs du message. J'estime en effet que notre engagement dans le groupe de la Banque mondiale serait de 4,9733 milliards, soit une différence insignifiante de 12,7 millions. Sur ces 4,9 milliards en chiffre rond, 295,8 millions devraient être payés au titre de notre participation à la Banque mondiale, sous la forme de cinq tranches de 59 millions. Si l'on y ajoute notre participation à l'AID et à la SFI, 432,8 millions grèveront le compte financier de la Confédération, sur une période de cinq ans.

Votre commission a examiné très attentivement ce projet de message. Elle a pris la peine de requérir l'avis de milieux concernés par cette adhésion de la Suisse à la Banque mondiale et au Fonds monétaire international. Elle a entendu les représentants de la Banque nationale suisse, du Vorort, de l'Union suisse des banquiers qui, avec quelques nuances, se sont prononcés – nettement pour ce qui est de la Banque nationale et de l'Union suisse des banquiers – en faveur d'une adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods. Il me semble que les représentants des organisations tiers-mondistes se sont, sur le principe, également prononcés en faveur d'une adhésion, mais ils ont assorti leur accord d'un certain nombre de conditions dont nous aurons tout à l'heure l'occasion de reparler, lorsque nous traiterons l'article 6 de la loi.

En conclusion, la Commission des affaires économiques a pris les décisions suivantes et vous les recommande: écarter la proposition Reimann Maximilian de renvoyer le dossier au Conseil fédéral; entrer en matière (c'est ce que la commission a fait à l'unanimité moins une voix); entrer en matière et accepter la loi (c'est ce que la commission a fait à l'unanimité, mais avec un nombre impressionnant d'abstentions, 10); accepter également l'arrêté C (c'est ce que la commission a fait avec beaucoup d'abstentions, 9 voix en faveur de la loi et 11 abstentions).

Telles sont les propositions que la Commission des affaires économiques vous présente, suite à ses délibérations sur les propositions d'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods.

Frau Bär: «Es kann keinen Frieden geben, solange die Mehrheit der Menschen in bitterer Armut lebt und das Gefälle zwischen Nord und Süd immer grösser wird. Gründe dafür gibt es viele. Weit schlimmer als Selbstverschulden und Naturkatastrophen sind die immer härter werdenden unfairen Bedingungen auf den Weltmärkten und die den Schuldnerländern verordneten Strukturanpassungsmassnahmen. Es sind Programme, die leider nur zu oft auf einer Steigerung der Exporte um jeden Preis basieren und damit an den natürlichen Ressourcen zehren, Programme auch, die Sozialabbau nach sich ziehen oder sogar die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln gefährden.»

Diese einleitende Feststellung ist ein wörtliches Zitat; ich habe sie gerne zitiert, denn diese beachtenswerte Feststellung wurde am 14. Februar dieses Jahres von Bundespräsident Cotti gemacht. Drei Monate später hat der Bundesrat die Botschaft zum jetzt zur Diskussion stehenden Geschäft mit dem Titel «Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods» veröffentlicht.

Mit dem einleitenden Zitat im Kopf hat die grüne Fraktion die Botschaft gelesen und das Geschäft eingehend diskutiert. Darf die Schweiz – fragten wir uns – einer Institution beitreten,

deren Tätigkeit solch negative Auswirkungen hat, wie sie von Bundespräsident Cotti beschrieben wurden? Denn er sprach damals zweifellos vom IWF, von negativen Auswirkungen, die den grössten Teil der Weltbevölkerung treffen; zwei Drittel der Menschen leben in Entwicklungsländern, die fast ausnahmslos verschuldet sind und deshalb früher oder später unter das Diktat von IWF und Weltbank geraten. Treffen sie heute einen Teil der Bevölkerung, wird es eines Tages die ganze Weltbevölkerung sein: Die Täter von heute gehören zu den Opfern von morgen. Der der Dritten Welt aufgezwungene Ressourcenverschleiss hat globale Folgen.

Beim Lesen der Botschaft habe ich hinter den technischen Ausdrücken, hinter den nackten Zahlen und Statistiken die Augen der vielen hungernden Kinder gesehen, die ich auf den Abfallhalden von Tegucigalpa nach etwas Essbarem suchen sah. Ich habe an die Babys in Nicaragua gedacht, die jetzt wieder in grosser Zahl an Durchfall sterben, weil der Brennsprit zu teuer ist, um das Wasser abkochen zu können; an die Mütter in Peru, die plötzlich sechs Mäuler mit einer Ration stopfen müssen, die vorher kaum für drei reichte, weil das Brot umgerechnet 30 Franken kostet; an die Frauen in Afrika, die täglich stundenlang mit schweren Lasten zu Fuss unterwegs sind, weil die Subventionen für das Busfahren gestrichen worden sind. Ich denke an die vielen Menschen, die gegen die unmenschlichen Sparmassnahmen in Venezuela demonstriert haben und beim Einsatz der Polizei ums Leben kamen. Ich sehe die Bilder des zur dringenden Devisenbeschaffung abgeholzten Regenwaldes, und ich lese schliesslich im Jahresbericht 1990 des Hilfswerkes Unicef: «In den letzten 12 Monaten sind eine halbe Million Kinder zusätzlich gestorben als Folge der Massnahmen zur Tilgung der Schulden.»

Was diese Beispiele sollen, fragen Sie mich. Sie haben eines gemeinsam: Die betreffenden Länder unterziehen sich einem sogenannten Strukturanpassungsprogramm des IWF. Seit dem Ausbruch der Schuldenkrise im Jahre 1982 betrifft das praktisch alle Drittwelt-Schuldnerländer: «Strukturanpassung» heisst Menschenschicksale.

Die Ursachen der Verschuldung sind je nach Land etwas verschieden. Bei all den Ländern stand aber zu Beginn der siebziger Jahre eine aggressive Kreditvergebung von Weltbank und IWF, die den Industriestaaten für ihre kriselnde Exportwirtschaft neue Absatzmärkte eröffneten. Auf der anderen Seite standen häufig diktatorische und korrupte Regierungen, welche die gewährten Kredite für fragwürdige Prestigeprojekte, für bedenkenlose Industrialisierung und für Aufrüstung verwendeten. Opfer war damals der grosse Teil der Bevölkerung; heute zahlen nochmals dieselben Menschen die Zeche, zum Teil mit ihrem Leben. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die vom IWF verordneten Rezepte den Drittweltländern keine Chance geben, aus dem Teufelskreis der Verschuldung auszubrechen. Als Beispiel sei Brasilien erwähnt, das seiner Bevölkerung mit einem rigiden Sparprogramm einen Handelsbilanzüberschuss von 20 Milliarden Dollar abgehungert hat, dessen Aussenschuld aber gleichzeitig weiter gestiegen ist.

Das der Dritten Welt verordnete IWF-Rezept heisst Integration in den von den Industriestaaten dominierten und kontrollierten Weltmarkt, heisst Liberalisierung der Wirtschaft in den betreffenden Ländern, heisst Anpassung an die Bedürfnisse des reichen Nordens. Es ist nur unschwer zu erraten, wer die Bedingungen diktiert, wenn der freie Handel zwischen einem Millionär und einem mittellosen Strassenverkäufer stattfindet. Die Verschuldungskrise bietet dem Norden die Möglichkeit, den Süden in Abhängigkeit zu halten, was gleichbedeutend ist mit Zugang haben zu wichtigen Ressourcen und Rohstoffen. Bei der Frage zum Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods darf der ganze Komplex des wirtschaftlichen Gleichgewichtes nicht ausgeklammert werden; er muss vielmehr eine der zentralen Fragen sein.

Wir stellen deshalb die Frage nach der Strukturanpassung, die der Norden leisten muss, damit unsere Wirtschaft weltverträglich wird, und ohne welche der Süden keine faire Chance für eine dauerhafte Entwicklung hat. Eine konkrete Strukturanpassung, die auch unser Land längst hätte vollziehen müssen, heisst «Abwehr von Fluchtgeldern».

Eines der nächsten Geschäfte auf der Traktandenliste ist die Ratifizierung der beiden Uno-Menschenrechtspakte. Artikel 1 des Paktes lautet:

«(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer verfügen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.»

Die Folgen der Strukturanpassungsprogramme lassen die Frage stellen, wieweit menschenrechtliche Grundsätze der Völker, das Recht auf Befriedigung ihres Grundbedarfes, überhaupt noch Geltung haben.

Befürworter eines Beitrittes werden entgegenen, IWF und Weltbank seien lernfähig und Korrekturen der offensichtlichen Fehler seien bereits eingeleitet worden. Weder haben die sogenannten sozialen Abfederungsmassnahmen etwas Wesentliches verändert, noch hat eine ökologische Wende stattgefunden. Weiterhin sollen die Projekte finanziert werden, die das Abholzen von Regenwäldern für den Export zum Ziel haben. Dies hat zur Folge, dass bilaterale Entwicklungshilfe, private Entwicklungsprojekte und nicht zuletzt die humanitäre Hilfe zur Schadenbegrenzung der IWF-Sünden eingesetzt werden müssen.

Obwohl Weltbank und IWF universelle Institutionen sind, halten sie dem Grundsatz der Solidarität nicht stand. Massgebend für die Stimmkraft in den Entscheidungsgremien ist das einbezahlte Kapital. Dies hat zur Folge, dass die fünf Länder USA, BRD, Frankreich, Grossbritannien und Japan über rund 42 Prozent der Stimmen verfügen. Die 123 Entwicklungsländer kommen zusammen auf einen Stimmenanteil von rund 35 Prozent. Da die Beschlüsse von einiger Tragweite ein qualifiziertes Mehr von 85 Prozent erfordern, läuft der Stimmenanteil der USA oder der EG-Länder auf ein Vetorecht hinaus. Der IWF ist ein undemokratisches Gremium. Es ist deshalb völlig illusorisch zu meinen, die Schweiz hätte dort eine entscheidende Stimme, immer vorausgesetzt – das ist zu betonen –, dass sie überhaupt eine andere Rolle als die der tonangebenden fünf Länder einnehmen wollte.

Herr Dr. Gygi von der Finanzverwaltung hat dies in der beratenden Kommission der Entwicklungszusammenarbeit auch in aller Offenheit gesagt: «Es stimmt, wir sind ein kleines Land. Wenn die USA, Japan und Deutschland gesprochen haben, dann ist es vermutlich gelaufen.»

Für uns Grüne ist das Mitmachen bei den Mächtigen noch keine tragfähige Philosophie für eine verantwortungsvolle Aussenpolitik. Wir nehmen den ausserpolitischen Grundsatz der Solidarität ernst. Wir glauben, dass die Anträge der Kommissionsminderheit, die ein Mitspracherecht einer ausserparlamentarischen beratenden Kommission verlangt, wohl gut gemeint, aber ebenso blauäugig sind. Haben Sie wirklich den Eindruck, wir könnten einem alteingesessenen Fussballklub beitreten und der Bundesrat könne dann erklären, wir wollten jetzt Handball spielen?

Bundesrat Stich hat kürzlich an Kritikerinnen und Kritiker des IWF geschrieben: «Ich kann kein einziges Argument finden, wie die Schweiz die Lage eines einzigen Landes verbessert, indem sie Bretton Woods nicht beitrete.» Wir haben kein Argument ausser recht egoistischen gefunden, die für einen Beitritt sprechen. Nicht beitreten ist für uns nicht gleichbedeutend mit nichts tun, es heisst für uns nicht den isolationistischen Sonderfall zelebrieren. Wir müssen – im Gegenteil – unsere Solidarität mit der Völkergemeinschaft verstärken, indem wir die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, vor allem mit nichtgouvernementalen Basisbewegungen, verstärken, indem wir die gute Arbeit der Hilfswerke unterstützen und uns dezidiert für einen gezielten Schuldenerlass einsetzen, und zwar nicht nur bei denjenigen Ländern, die uns als strategisch wichtig erscheinen. Nur durch einen Schuldenerlass können wir langfristig das Ungleichgewicht Nord-Süd verringern und damit einen echten Beitrag zur Befriedung der Welt leisten.

Ich bitte Sie, und mit mir die grosse Mehrheit der grünen Fraktion, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Steffen: Meinen Nichteintretensanträgen liegen schwerwichtig staatspolitische, verfassungsrechtliche und verfahrenstechnische Ueberlegungen zugrunde. Hinzu kommen einige wirtschafts- und finanzpolitische Bedenken, die meiner Meinung nach zur Zeit der Ausarbeitung der Vorlagen bei Bundesrat und Aemtern noch nicht so klar erkennbar waren.

Vorab ein paar grundsätzliche Ueberlegungen zur Beitrittsfrage: Diese wurde in der Vergangenheit wiederholt aufgeworfen und von den interessierten Kreisen diskutiert. Doch bis vor kurzem begegnete man Widerstand, der währungs- und handelspolitisch begründet wurde, von den Hilfswerken auch entwicklungspolitisch. Nachdem Bundesrat und Nationalbank 1982 zum Schluss gelangten, dass ein Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen opportun sei, musste man sich entscheiden, welchem Geschäft der Vorzug zu geben sei, dem Uno-Beitritt oder dem Bretton-Woods-Beitritt. Man ging dabei wohl von der Ueberlegung aus, dass nach einem positiven Uno-Entscheid des Volkes der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen nur noch eine Formsache wäre.

Am 16. März 1986 hat die Uno-Abstimmung deutlich gemacht, dass das Volk die Meinung von Bundesrat und Parlament eben nicht teilt, dass kleine Länder wie die Schweiz ihre Interessen gegenüber den grossen besser zur Geltung bringen könnten, wenn sie mit Rechten und Pflichten in einer internationalen Organisation dabei wären. Vermutlich hat sich an dieser Meinung bis heute wenig geändert, was mit Blick auf ein mögliches Referendum von uns berücksichtigt werden sollte. Hier seien ein paar persönliche Bemerkungen eingeschoben, die den Respekt von Bundesrat, Verwaltung und Parlament vor dem Souverän, vor dem Volk, betreffen. Ich denke an das Jahr 1976 zurück, als das Volk in einem Referendumskampf gegen die Gewährung eines dritten Darlehens an die Weltbanktochter Ida stimmte. Die Schweiz hat seither keine Kredite mehr an die Ida gewährt, wandelte die beiden früheren Darlehen einfach in Geschenke um, beteiligte sich aber mit Hunderten von Millionen Franken an Kofinanzierungen der Internationalen Entwicklungsagentur (Ida). Nach den Paragraphen mag dies keine Beugung des Rechts sein, aber viele Leute empfinden dieses Vorgehen als Husarenstück zur Umgehung des Volkswillens.

Aehnliches wäre zur Verstärkung der Mitarbeit in anderen Organisationen der Uno bis hin zur Entsendung von blaube-mützten Friedenssoldnern nach Afrika zu sagen.

Hier wird vom Bundesrat so gehandelt, als ob es den negativen Uno-Entscheid vom 16. März 1986 nicht gegeben hätte.

Schliesslich beraten wir jetzt über Vorlagen, die Nationalbank und Bundeskasse à la longue mit Milliarden Franken belasten würden, obwohl das Volk am 2. Juni 1991 eine Bundesfinanzreform abgelehnt hat. Und da brüten wir und Soziologen über der Frage, warum das Stimmvolk viel seines Vertrauens in die Behörden und in die Bundesratsparteien eingebüsst hat.

Wer hat denn eigentlich ein Interesse an einem Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods? Die inländischen Kreise sind in der Ziffer 42 der vorliegenden Botschaft enthalten. Kurz: Bundesbehörden, Nationalbank und Exportwirtschaft. Ganz offensichtlich haben aber auch die Bretton-Woods-Institutionen ein Interesse an einem Beitritt der Schweiz. Ich erinnere Sie daran, dass am 24./25. April 1989 der Weltbankpräsident Barber Conable beim Bundesrat, bei einer Parlamentariergruppe und bei Vertretern der Privatwirtschaft seine Aufwartung machte. Dabei warb er erfolgreich für die Beteiligung der Schweiz an der Kofinanzierung von Ida 9. Man konnte auch zur Kenntnis nehmen, dass die Weltbank ihr Grundkapital von 96 um 75 Milliarden auf 171 Milliarden Dollar erhöhen werde, wobei bekanntlich nur 7,1 Prozent einzubezahlen sind. Für den Rest müssen die Mitgliedstaaten, genauer die Steuerzahler dieser Staaten, geradestehen.

Kaum war der Weltbankpräsident abgereist – um genau zu sein: drei Wochen später –, setzte sich der Bundesrat am 16. Mai 1989 zu einer Klausurtagung zusammen, und da wurden zwei Beschlüsse gefasst:

1. Man warf einmal mehr das Legislaturprogramm 87/91 über den Haufen und strich die vorgesehene Erstattung eines Berichtes über die Beziehungen der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods einfach aus dem Programm.

2. Dafür entschied der Bundesrat gleichentags, erste Schritte für den Beitritt einzuleiten.

Am 13. März 1990 folgte erwartungsgemäss auch der Besuch von Michel Camdessus, des geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds, bei Schweizer Behörden, Banken und Hilfswerkvertretern, wobei er letzteren gegenüber verbal Verständnis für die entwicklungs- und umweltpolitischen Bedenken signalisierte, allerdings ohne verbindlich zu werden. Man weiss natürlich beim Währungsfonds, dass von den Hilfswerken her ein Referendum droht. Nach exploratorischen Gesprächen von Bundesrat Stich und Nationalbankpräsident Lusser mit Vertretern der Währungsfonds-Mitgliedstaaten beschloss der Bundesrat genau ein Jahr später, am 16. Mai 1990, die Bewerbungsschreiben für die Mitgliedschaft zu den Bretton-Woods-Institutionen einzureichen.

Beurteilt man die ungewöhnliche Gangart des Bundesrates bei diesem Geschäft, regt sich der Verdacht, dass der Besuch eines Weltbankpräsidenten schon genügt, um den Bundesrat sofort in Trab zu versetzen. Nun wird das Geschäft mit Botschaft vom 15. Mai 1991 vom Ständerat am 18. Juni und von uns am 17. September im Schnellzugtempo behandelt. Das Sprichwort unserer Väter scheint sich zu bewahrheiten, nämlich: «Geld regiert die Welt.»

Nachdem der Bundesrat in seiner Botschaft die Tätigkeit der Institutionen von Bretton Woods positiv würdigt, möchte ich hier doch einen Kontrapunkt setzen und noch auf Muster einer fragwürdigen Kreditvergabe der Weltbank hinweisen. Man macht der Weltbank – wie das übrige Frau Bär vorhin schon erwähnt hat – den Vorwurf, sie habe Menschenrechtsverletzungen direkt finanziert. In den sechziger und siebziger Jahren gewährte sie dem tansanischen Diktator Julius Nyerere Unterstützung für ein Umsiedlungsprogramm, mit welchem dieser die kapitalistischen Neigungen seiner Landbevölkerung bekämpfte, indem er die Kleinbauern von ihrem Land vertreiben liess und sie andernorts zwangsweise ansiedelte. Die Landwirtschaft Tansanias wurde ruiniert, und viele Menschen litten Hunger. Entgegen interner Expertenberichte, die eine weitere Unterstützung ablehnten, wurde die Hilfe der Weltbank weitergeführt.

Seit 1976 wurden der indonesischen Regierung von der Weltbank mehr als 500 Millionen Dollar geliehen, um das grösste «freiwillige» Umsiedlungsprogramm der jüngeren Geschichte zu finanzieren. Ziel des Unternehmens war es, etwa drei Millionen Menschen aus den dichtbesiedelten Gebieten des Landes, vor allem aus Java, auf weniger bevölkerte Inseln zu bringen, wobei offensichtlich massiver Druck seitens der Regierung nötig war, um die Leute zu diesem Schritt zu bewegen. Heute muss man feststellen, dass dieses Programm katastrophale gesellschaftspolitische, ökologische und ökonomische Auswirkungen hat. Durch die Rodungen wurden grosse Flächen des Regenwaldes zerstört, Eingeborenenstämme in abgelegene Gebiete abgedrängt, und die gewonnenen Böden eignen sich nicht für eine dauernde landwirtschaftliche Bebauung.

Ein weiteres Beispiel: Im ehemals marxistischen Diktaturstaat Aethiopiens hungern Millionen von Menschen trotz zinsfreier Weltbankkredite mit 50jähriger Laufzeit. Allein 1988 entsprach das Weltbank-Engagement an das Regime Mengistu fast 200 Millionen Dollar oder 10 Prozent des Staatshaushaltes. Jahrelang wurden so Kredite gewährt, ohne dass irgendwelche grundlegende Reformen sichtbar geworden wären.

Ich möchte noch Jugoslawien erwähnen. Auch dieses Land hat rund 5 Milliarden Dollar erhalten; man wollte dort den Kommunismus funktionsfähig machen – den Scherbenhaufen kennen Sie.

Vermutlich wird auch hier jenes Prinzip sichtbar, welches besagt, dass weltweite, grosse und zentralistisch geführte Systeme anfälliger für Fehlleistungen und viel schwerfälliger bei der Behebung von Fehlleistungen sind als überblickbare, föderalistisch organisierte Systeme. Anders und konkret ausgedrückt: Die Schweiz ist wohlberaten, Entwicklungs- und Finanzhilfe direkt, gezielt und bilateral einzusetzen.

Zum Schluss stelle ich die Behauptung auf, dass der Zeitpunkt für dieses Geschäft sehr ungünstig ist. Die Wirtschafts- und Finanzlage der Schweiz verschlechtert sich zusehends. Ich

brauche Ihnen nichts über Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsschliessungen, Teuerung und Zinsen zu erzählen. Der Bund und die Kantone budgetieren Defizite in Milliardenhöhe, und da kommt der Bundesrat daher und will -zig Milliarden Franken für den Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods. Um die Hilfswerke bei der Stange halten zu können, beabsichtigt er, den Anteil der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,4 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben – und das, wohlverstanden, bei künftig leeren Kassen. Dazu kommt der Umstand, dass die vom Bundesrat angestrebte Einflussnahme über einen Sitz im Exekutivrat des Internationalen Währungsfonds vorläufig ein frommer Wunsch ist: Wir kaufen die Katze im Sack.

Sollten Sie, was zu erwarten ist, die Nichteintretensanträge ablehnen, dürfte das Szenario ungefähr so sein: Beitrittsbeschluss, Referendum, Abstimmung, Ablehnung – und Verstimmung in den Chefetagen der internationalen Organisationen. Brechen wir also die Übung noch rechtzeitig ab. Wir von den Schweizer Demokraten werden unserer Geschäftsleitung jedenfalls empfehlen, das Referendum zu ergreifen. Ich bitte Sie, die Nichteintretensanträge zu unterstützen.

Blocher: Ich bitte Sie, auf die Vorlage betreffend den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods nicht einzutreten; dies ist auch die Meinung der Mehrheit unserer Fraktion.

Die Schweiz hat bei beiden Institutionen – Währungsfonds und Weltbank – heute eine hervorragende Stellung. Sie hat vor allem ein ausserordentlich grosses Mitbestimmungsrecht, weil sie Nichtmitglied ist und so in jedem einzelnen Fall, wo man sie bezieht und für einzelne Engagements braucht, immer ihre Meinung äussern, ihre Bedenken zum Ausdruck bringen kann, auf sie gehört wird. Ist die Schweiz Mitglied bei diesen Institutionen, ist sie ein für allemal dabei – als kleiner Partner, der praktisch nichts zu sagen hat –, und sie ist verpflichtet. Das ist ein ganz wichtiger Grund, warum z. B. der frühere Nationalbankpräsident Leutwiler immer vor einem Beitritt gewarnt hat und es heute noch tut. Die Nationalbank war auch nicht die treibende Kraft für diesen Beitritt. Die Nationalbank hat aber schliesslich nachgegeben, indem sie sagte, sie habe nichts einzuwenden – zumindest hat man mir das so gesagt. Es gibt keinen Grund, diesen Institutionen beizutreten; bisher habe ich keinen gehört. Allgemeine Gründe wie weltwirtschaftliche Verflechtung, Universalität usw. sind doch keine Gründe. Ich kann nicht einsehen, warum wir diesen Schritt tun und uns von einer guten Stellung – natürlich eine Sonderstellung, das ist klar; für die Beamten etwas mühsam, weil man da nicht in die Konferenzen und Sitzungen eingebettet ist – in eine schlechte begeben wollen.

Nun, es geht ja hier um Geld. Es geht hier um viel Geld, und ich begreife nicht, dass man über dieses Engagement so leichtfertig hinweggeht. Wenn der Bundesrat sagt, 432 Millionen Franken à fonds perdu in fünf Jahren, das sei unser Beitrag, dann werden hier buchhalterisch die Dinge so begründet, wie man es nur bei einem Unternehmen tun kann, das kurz vor dem Konkurs steht.

Wie ist das Engagement? Bei der Weltbank geht es momentan um 4,9 Milliarden Franken – es wird ja dauernd aufgestockt –, und beim Währungsfonds geht es um weitere 4,8 Milliarden Franken. Wie sind diese 9,7 Milliarden zu beurteilen? Richtig ist, dass der Bund 432 Millionen Franken einbezahlen muss, weil wir bei der Weltbank 4,9 Milliarden Franken Engagement eingehen. 5 Prozent sind zu liberieren; das ist wie bei einer Aktiengesellschaft, wo man für 4,9 Milliarden Franken Aktien zeichnet, aber nur 300 Millionen Franken einzahlen muss, weil die anderen 4,6 Milliarden Franken Garantiekapital sind. Und für eine Firma, die keine Aktiven, sondern nur Schulden hat, die also nicht mehr lebensfähig ist, ist das verlorenes Geld.

Diese 4,6 Milliarden Franken kommen irgendeinmal zum Zug, und bei der Weltbank sind sie verlorenes Geld. Die Weltbank hat es in sich, dass sie – weil sie sonst in Konkurs ginge –, um das Defizit auszugleichen, immer wieder neue Aufstockungen macht, d. h. neue Guthaben erhält, damit sie die Löcher wieder stopfen kann. Also sie macht im Grunde genommen – das ist ja jetzt aktuell – genau das, was Herr Rey bei der Omni ge-

tan hat. Der hat immer wieder eine neue Situation bekommen, hat auch wieder neue Schulden gemacht, um alte Löcher zu stopfen. Eines Tages müssen diejenigen bezahlen, die die Garantie leisten, ob es nun die Berner Kantonalbank oder wie hier bei diesen 4,9 Milliarden der Schweizer Steuerzahler sei. Wer die Sache anders darstellt, der streut dem Stimmbürger Sand in die Augen.

Zum Währungsfonds: Von den 4,8 Milliarden Schweizerfranken sind 22,7 Prozent, also etwa eine Milliarde, als Devisen zu erbringen. Es handelt sich um niedrig verzinsliche Darlehen mit einer geringeren Sicherheit, als man sie bei normalen Darlehen hat. Ich nehme einmal grosszügig diese eine Milliarde und sage: Das sind keine Kosten der Nationalbank. Aber auf jeden Fall ist dies kein sicheres Darlehen.

3,7 Milliarden werden von der Nationalbank als unverzinsliche Schuldverschreibung übernommen. Auch hier handelt es sich um Volksvermögen, obwohl mir Politiker gesagt haben, das betreffe nur die Nationalbank. Die Nationalbank ist ein Teil unseres Volksvermögens. Tatsache ist, dass weder Währungsfonds noch Weltbank je einmal in der Lage sein werden, die Summen zurückzuzahlen. Das ist die Tatsache! Gesamthaft sind also mindestens 8,5 Milliarden Engagements, die nicht zurückbezahlt werden können. Ich bitte doch, der Sache in die Augen zu schauen. Man muss deswegen noch nicht dagegen sein, aber es handelt sich um Kosten von 8,5 Milliarden. Alles andere ist eine Beschönigung der Tatsache.

Jetzt könnte man ja sagen: Gut, wir nehmen diese 8,5 Milliarden, davon 430 Millionen A-fonds-perdu-Beiträge für fünf Jahre, in Kauf, weil das eine so gescheite Angelegenheit ist. Wenn man diese Vorlage liest, wird die Sache aber immer fragwürdiger. Der Währungsfonds hat die Währungsstabilität zum Ziel. Er hat etwas an Bedeutung verloren, seit man zu den floatenden Wechselkursen übergegangen ist. Wir sind bisher nicht beigetreten – mit gutem Grunde –, weil wir unsere Währungsstabilität ausserhalb des Währungsfonds besser wahren können. Jetzt wird dieser Währungsfonds in unzulässiger Weise mit Entwicklungshilfe vermischt. Das kann nicht gutgehen. Sie können nicht zwei so verschiedene Dinge miteinander koppeln und vermischen.

Zur Weltbank: Ich meine, die Weltbank diene der Entwicklungshilfe. Interessant ist, dass wir das, was wir für die Weltbank leisten werden, nicht unter der Entwicklungshilfe abbuchen wollen. Weshalb denn nicht? Entweder ist das Entwicklungshilfe, dann gehört es beim Bund unter die Entwicklungshilfe – aber da sträubt man sich, das zu tun –, oder es ist nicht Entwicklungshilfe. Dann soll mir jemand sagen, was es dann ist. Ist es Exportförderung? Wenn das Exportförderung ist, dann müssen Sie es ohnehin ablehnen. Wir haben es doch nicht nötig, unsere Exporte durch den Bund zu finanzieren. Ich weiss, es gibt Unternehmen in der Schweiz, die für den Beitritt zur Weltbank sind, weil sie davon ausgehen, dass sie dann Aufträge bekämen. Wir haben aber in der Schweiz immer wieder Aufträge von der Weltbank gehabt, und zwar nicht, weil wir bezahlt haben, sondern weil wir die besseren Projekte, die besseren Arbeiten angeboten haben. So soll es auch sein. Jetzt will man beitreten, damit unsere Wirtschaft exportieren kann. Ist es jetzt Entwicklungshilfe oder Exportförderung? Ich meine, man sollte das klar sagen.

Der Bundesrat hat am Anfang Bedingungen bekanntgegeben – fest und klar und gut, Herr Bundesrat Stich! Da habe ich mir gesagt: Der geht mit einem klaren Ziel in die Verhandlungen. Der Bundesrat hat gesagt: Die Quote ist entscheidend und was damit zusammenhängt; wir wollen einen Exekutivdirektor, und wenn wir den nicht bekommen, treten wir nicht bei.

Wir haben nun weder das eine noch das andere und treten trotzdem bei. Die Schweiz ist heute als ernsthafter Verhandlungspartner estimeriert, der international seine Positionen bekanntgibt. In Zukunft aber wird man sagen: Das sagen sie, einhalten muss man nichts, denn die Schweiz macht es trotzdem. Wir bekommen keinen Exekutivdirektor, das ist schon klar zu sehen. Und wenn es ein Schweizer sein soll, dann vertritt er ein Konglomerat von Ländern. Eines davon wird die Schweiz sein. Damit haben wir eine schlechte Stellung.

Aus entwicklungshilfefreundlichen Kreisen wird versucht, jetzt hier Bedingungen einzubauen. Ich verstehe das. Diese Kreise

merken natürlich, dass wir unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgeben. Jetzt wollen sie hier Bedingungen aufstellen. Man kann schon Bedingungen ins Gesetz aufnehmen. Für deren Einhaltung aber ist nicht gebürgt. Es entscheiden nachher die Weltbank und der Währungsfonds. Das ist ein Gremium, und für dieses Gremium ist die Schweiz ein ganz kleiner Brocken. Das ist die Tatsache. Es hat eben stets Vor- und Nachteile, wenn man irgendwo eingebunden ist.

Zum letzten: Wie beurteilen Sie eigentlich unsere finanzpolitische Situation im Bund? Mich nimmt wunder, wann und wo dieses Parlament eigentlich mit Kostensenkungsmassnahmen – ich rede jetzt nicht vom Sparen – beginnen will. Ich sage das hier heute nicht zum ersten Mal. Ich sage es auch nicht erst, seit die Defizite drohen. Herr Bundesrat Stich weiss das. Ich habe in der Finanzkommission seit Jahren vor diesem Zustand gewarnt, weil die Steuereinnahmen bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage zurückgehen werden. Das sieht man ja schon seit drei Jahren. Wie wollen Sie aber das Defizit vermindern?

Das zur Diskussion stehende Vorhaben wird das Defizit erhöhen, und man wird es in dieser Session noch weiter erhöhen – und zwar durch Massnahmen im Bereich der Forschung, Wohnbauförderung usw., die nicht dringend nötig sind. Der Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbankgruppe – Herr Bundesrat Stich – wird von keiner Seite als dringlich erachtet. In der Sanierungssituation, in der wir stecken, sollten wir nicht Dinge in solchem Ausmass beschliessen, die wir nachher nicht mehr rückgängig machen können.

Gleichzeitig schreibt der Bundesrat in der Botschaft noch – ich weiss nicht, ob wir damit diese Stossrichtung gutgeheissen haben –, Entwicklungshilfe von 0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts sei sein Ziel. Haben Sie einmal ausgerechnet, um wieviel diese Positionen das Bundesdefizit zusätzlich erhöhen würden? Da werden wir wahrscheinlich dann an Dingen sparen müssen, die die Schweiz in der Substanz treffen. Man wird mit den Krankenkassen und weiss nicht was allem kommen. Die Bauern müssen darunter leiden, die Landesverteidigung wird gekürzt usw. Das sind die Folgen, alles vitale Dinge für unser Land.

Ich versuchte herauszufinden, wer eigentlich die treibende Kraft für den Beitritt zu diesen Institutionen sei. Zuerst habe ich, was den Währungsfonds betrifft, an die Nationalbank gedacht. Die Nationalbank ist es nicht; sie erklärt sich zwar heute damit einverstanden, sie sagt aber auch, Dringlichkeit bestehe keine. Sind die Entwicklungshilfekreise für die Weltbank? Anscheinend bestehen hier grosse Vorbehalte. Ist es die Wirtschaft? Es gibt Kreise in der Wirtschaft, die zur Weltbank wollen, weil sie Exportförderung wollen. Diese Art von Exportförderung ist abzulehnen. Das ist ein Teil planwirtschaftlicher Fehlentwicklung, wie wir sie zunehmend erleben.

Wahrscheinlich aber ist es die Bundesverwaltung, welche diesen Institutionen beitreten will. Das ist verständlich, wahrscheinlich weil man dann wie alle anderen dort vertreten ist. Es muss dann nicht mehr zu Hause darüber beschlossen werden, ob man Kredite geben soll oder nicht, man ist dann verpflichtet, ein für allemal. Darum bleibt es auch nicht beim heutigen Engagement. Die allgemeine Begründung der weltweiten Verflechtung und der Universalität ist keine plausible Begründung! Sie sind nicht konkret genug, um ein solches Engagement, um eine solche Einschränkung unseres Landes zu rechtfertigen. Darum bitte ich Sie im Namen der Mehrheit unserer Fraktion, auf diese drei Vorlagen nicht einzutreten.

Reimann Maximilian, Sprecher der Minderheit: Mit meinem Antrag, der Eintreten voraussetzt, ist beabsichtigt, zwei ausserpolitische Vorlagen wenn immer möglich am gleichen Abstimmungswochenende dem Volk zu unterbreiten: diese Vorlage und die EWR-Frage. Diese zeitliche Koppelung ist aus zwei Gründen wünschenswert.

1. Die Schweiz ist heute auf der Suche nach einer neuen Identität in ihren internationalen Beziehungen. Sie sucht ihre künftige Position in Europa neu zu definieren, und sie versucht gleichzeitig, ihre Stellung in der Weltgemeinschaft auszubauen.

Wohin diese Suche letztlich führt, wissen wir nicht. Im Parlament wollen die einen mehr, andere weniger und wieder andere überhaupt nichts. Das letzte Wort liegt beim Souverän. Der Souverän sollte in einer Gesamtdiskussion über diese Neuausrichtung der ausserpolitischen Dimension unseres Landes nachdenken und urteilen können. Macht es denn Sinn, innerhalb von wenigen Monaten den Souverän möglicherweise gleich zweimal zu elementaren Fragen an die Urne zu rufen: im Frühling 1992 zum Beitritt zu den Bretton-Woods-Abkommen und im Herbst 1992 zum EWR-Vertrag? Wir sollten es vermeiden, die Diskussion in zwei Stücke aufzubrechen: hier Europa – dort Dritte Welt. Der innere Konnex ist unverkennbar.

2. Die Kosten. Das Volk soll – gerade im Hinblick auf die vom Finanzminister notorisch heraufbeschworenen düsteren Wolken am eidgenössischen Finanzhimmel – wissen, wieviel uns dieses künftige neue Engagement in Europa und in der Welt kostet. Heute gehen die Meinungen über dieses Gesamtengagement weit auseinander. Wir wissen nicht, wieviel uns der Beitritt zu Weltbank und IWF letztlich kosten wird. Ebenso wissen wir nicht, was mit dem EWR und insbesondere mit dem ominösen Kohäsionsfonds alles auf uns beziehungsweise auf unseren Finanzminister zukommen wird. Also müssen wir den Mut haben, dem Volk nicht Bruchstücke vorzulegen, sondern ihm in einem Zug zu sagen, wie teuer das künftige ausserpolitische und ausserwirtschaftspolitische Engagement der Schweiz zu stehen kommt.

Wie steht es mit der zeitlichen Dringlichkeit dieser Bretton-Woods-Vorlage? Die Expertenhearings haben gezeigt, dass von zeitlicher Dringlichkeit nicht die Rede sein kann. Nur gerade der Vertreter der Nationalbank hat meine diesbezügliche Frage bejaht. Die anderen, namentlich die Vertreter der Entwicklungshilfe, verneinten diese Dringlichkeit. Die Vertreterin der Aktion «Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt» plädierte ohnehin dafür, dass im Volk eine Diskussion über diese Vorlage stattzufinden habe. Das heisst nichts anderes als Referendum.

Ich schliesse mich dieser Meinung an, wenn auch aus einer etwas anderen Optik. Jahrzehntlang standen wir ausserhalb dieser beiden Institutionen, und nun soll plötzlich alles husch, husch gehen, nur weil uns die kleine Wahrscheinlichkeit zuläuft, einen Exekutivdirektor zu erhalten, einen von 23 also. Damit wird uns mehr Einfluss schmuckhaft gemacht. Diese Argumentation schmeckt mir nicht. Es ist mir lieber, wir treten einige Monate später bei, haben aber das Volk um seine Meinung gefragt und erhalten diesen Exekutivdirektor erst zwei oder drei Jahre später, wenn überhaupt. Wird das Referendum nicht ergriffen, erreichen wir den ersten Zug für diesen Exekutivdirektor immer noch spielend, und mein Antrag wird gegenstandslos. Er wird ebenfalls gegenstandslos, wenn sich diesen Herbst abzeichnen sollte, dass der EWR-Vertrag definitiv in der Sackgasse gelandet ist, zumindest aus der Sicht der Schweiz.

Lassen Sie wenn immer möglich nicht zu, dass der Souverän innert weniger Monaten gleich zweimal zu fundamentalen ausserpolitischen Vorlagen zur Urne gerufen wird! Im übrigen stelle ich fest, dass sich Kollege Schüle ebenfalls Gedanken zum Timing dieser Vorlage gemacht hat. Auch er bejaht die Dringlichkeit nicht. Sein Antrag ist eine valable Alternative zu meinem Antrag.

Baerlocher: Die Botschaft geht auf die Bedeutung des IWF, dessen zentrale Rolle zur Ueberwindung der Schuldenkrise zu Beginn der achtziger Jahre ein.

Anfang der achtziger Jahre haben sich Weltbank, westliche Banken und IWF zu einem Gläubigerkartell gegenüber den Schuldnerländern zusammengeschlossen. Die Schweiz ist bekanntlich durch ihre Mitgliedschaft im Zehnerklub in Paris und im Londoner Klub im Gläubigerkartell beteiligt. Die Strukturanpassungsprogramme, welche infolge der Schuldenkrise vom IWF geschaffen wurden, gehören in der aktuellen Diskussion zu den Hauptkritikpunkten an der Politik des IWF: Ihre Folgen sind einerseits die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in den Ländern der Dritten Welt und andererseits die Bereicherung der Gläubiger.

Der IWF und die Weltbank haben von Anfang an erklärt, dass die Strukturanpassungsprogramme – weil sie der Schuldentrückzahlungsfähigkeit und der Zahlungsstabilität dienen – durchaus negative soziale Auswirkungen haben können, dass sie aber die Voraussetzung für eine zukünftige positive nationale Wirtschaftsentwicklung schaffen würden. Wo ist aber diese Wirtschaftsentwicklung geblieben? Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den letzten zehn Jahren kleiner geworden, währenddem der Umfang des Welthandels zugenommen hat. Das heisst also: Auf der makroökonomischen Ebene ist die Entwicklungshilfe zur Schuldentrückzahlungshilfe verkommen. Die Folgen sind bekannt. Jahr für Jahr stieg der Finanzrückfluss aus den Entwicklungsländern an. 43 bis 60 Milliarden Dollar Nettorückfluss jährlich werden geschätzt.

Das Ziel der positiven nationalen Wirtschaftsentwicklung wurde bis heute also keineswegs erreicht. Es konnte lediglich ein Zusammenbruch der Gläubigerbanken verhindert werden. Die Steigerung des Schuldendienstes war nur möglich um den Preis der Senkung des materiellen Lebensstandards der Menschen. Die negativen Auswirkungen, wie es so schön heisst, bedeuten Millionen von Toten, von hungernden Kindern. Sie sind ein Skandal!

Trotz aller Rückzahlung auf dem Buckel der Bevölkerung hat sich der Gesamtbetrag der Aussenverschuldung der Entwicklungsländer im gleichen Zeitraum verdoppelt. Die bisherige Politik des IWF ist in bezug auf die Verschuldung des Südens sozial und ökologisch unverantwortlich und aus makroökonomischer Sicht reichlich fragwürdig.

Anstelle der auf Deregulierung, Liberalisierung und Weltmarktintegration abzielenden Strukturanpassungsprogramme des IWF gibt es nur ein Instrument, das diesen Ländern wirklich hilft: das sind Schuldenerlasse. Allfällige Strukturanpassungsprogramme müssen meines Erachtens an Bedingungen geknüpft werden, das heisst, sie müssen sozial verträglich, grundbedürfnisorientiert und umweltverträglich sein.

Mit der Schuldenproblematik verbunden – und für die Schweiz ist das wohl das Bedeutendste – ist die Kapitalflucht. Kapitalflucht ist eine der Hauptursachen der Verschuldungskrise. Die weltweite Kapitalflucht wird auf ungefähr 1000 Milliarden Franken geschätzt. Dies entspricht etwa der Hälfte der gesamten Aussenschuld der Drittstaaten. Von diesen 1000 Milliarden verwalten die Schweizer Banken rund 25 bis 30 Prozent. Dies entspricht 40 000 Franken pro Kopf der Schweizer Bevölkerung. Einerseits besteht die Kapitalflucht aus Vermögen der wirtschaftlichen und politischen Elite, andererseits aus Verrechnungsmanipulationen der internationalen Konzerne.

Jedes Jahr gehen den Drittweltländern im Austausch mit den Industrieländern mindestens 100 Milliarden Dollar verloren: durch Nettotransfer im Schuldendienst, Repatriierung von Profiten aus den Niederlassungen von transnationalen Konzernen, Preiszerfall und Terms-of-Trade-Verluste, Technologietransfers – Stichwort Patentgebühren – und Kapitalflucht. Darüber müsste gesprochen werden.

Der Bundesrat seinerseits bringt als Hauptargument für einen Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen die Rolle des IWF als Garant für die Aufrechterhaltung einer stabilen Währungsordnung und eines freien Handels- und Zahlungsverkehrs sowie zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung des aussenwirtschaftlichen Gleichgewichts seiner Mitglieder. Die vom Bundesrat verwendeten Begriffe sind angesichts der dargelegten Realitäten blanker Hohn.

Die heute üblichen Slogans «Die Freiheit gewinnt» oder «Freie Marktwirtschaft bringt den Entwicklungsländern den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung» sind ja auch in der Botschaft zu finden, und sie entsprechen der politischen Ueberzeugung der in diesem Saale vorherrschenden Mehrheit. Aber Sie müssen sich angesichts der vorher beschriebenen Realität und der Folgen dieser Politik die Frage gefallen lassen, ob diese Slogans und wirtschaftspolitischen Programme dem Geist der Solidarität entsprechen.

Wenn Sie von den schweizerischen aussenpolitischen Prinzipien der Solidarität und Universalität sprechen, möchte ich auf die konkreten Auswirkungen der Politik des IWF hinweisen und Sie fragen: Sind ein Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen und die Uebernahme des makroökonomischen

Modells des IWF mit Artikel 5 des schweizerischen Entwicklungshilfegesetzes überhaupt vereinbar?

Noch etwas möchte ich Ihnen zu bedenken geben: Für Sie ist die freie Marktwirtschaft das Allerweltsmittel. Aber sehen wir uns die Realitäten dieser Länder an. Gerade die Strukturanpassungsprogramme haben die Zerstörung der sozialen und politischen Voraussetzungen marktwirtschaftlicher Regeleungsmechanismen zur Folge, wie starker Abbau des Staatsapparats und damit Zunahme sozialer Konflikte und Instabilität, wie Verelendung und damit Zunahme von Gewalt und Kriminalität, wie fehlende Ausbildung und Gesundheitsvorsorge, die die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung untergräbt. Zudem stellt sich auch die Frage, ob ein exportorientiertes Wachstumsmodell mit heutigen ökologischen Zielsetzungen überhaupt vereinbar ist.

Ein weiterer Aspekt sind meines Erachtens die Auswirkungen der IWF-Politik auf die Frauen. Jüngste Untersuchungen einer Arbeitsgruppe der Uno bestätigen die bis anhin zumeist von Entwicklungspolitikerinnen dargelegten Tatsachen vollauf. Gerade die Strukturanpassungsprogramme verfestigen die heute vorherrschenden krassen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern noch mehr. Hier nur einige Stichworte: die Arbeitslast der Frauen; die Art der Beratung bei der Exportlandwirtschaft, welche die Probleme der Frauen in der Landwirtschaft ignoriert; die Gesundheitssituation.

Zum Schluss möchte ich noch auf den Aspekt der Demokratisierung eingehen. Einerseits betrifft dies die Strukturen des IWF. Die Bretton-Woods-Institutionen sollen zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und zu grundlegenden sozialen und umweltorientierten Entwicklungen der Dritten Welt und auch der Ostländer führen, also zu einer Demokratisierungsreform. Der Bundesrat müsste sich viel eher darauf verpflichten, als ein Gerangel um einen Exekutivsitze zu führen. Zudem müssten die Bretton-Woods-Institutionen von ihren extrem hierarchischen Strukturen wegkommen und dürften ihre Entscheidungen nicht mehr zur Hauptsache nach den aussenpolitischen Interessen der USA ausrichten.

Letztlich geht es auch um eine Demokratisierung der schweizerischen Aussenpolitik. In diesem Sinne ist auch mein Rückweisungsantrag zu verstehen. Es geht mir in meinem Antrag keineswegs um isolationistische Positionen. Im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, dass es internationale, demokratisch ausgehandelte Regeln für eine Finanz- und Wirtschaftsordnung braucht und damit auch internationale Institutionen, in denen die Schweiz Mitglied sein sollte.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, meinem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Schüle: Ich beantrage Eintreten und Rückweisung an die Kommission, mit dem Auftrag, das Geschäft so auf den europapolitischen Entscheidungsprozess abzustimmen, dass dem Entscheid über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum sachlich und terminlich die Priorität eingeräumt werden kann.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Asylpolitik hat der Bundesrat in seinem Strategiebericht völlig zu Recht festgestellt, dass eine ganzheitliche Politik der Schweiz gegenüber dem Ausland im Bereiche der internationalen Beziehungen nötig ist. Wir haben damals dieser Auffassung zugestimmt. Sie trifft ohne jeden Zweifel auch auf dieses Geschäft zu, doch wir vermissen hier diese Optik. In unserer Aussenpolitik muss heute Europa die Priorität haben. Wir müssen dringend unsere Position in den Verhandlungen über den EWR klären. In diesen Entscheid wird das Schweizervolk direkt miteinbezogen sein.

In diesem Umfeld kommt nun der Bundesrat mit seinem Anliegen, rasch den Institutionen von Bretton Woods beizutreten. Im Schnellzugtempo ist die Vorlage durch die Kommissionen und durch den Ständerat gepötscht worden – eine Vorlage, bei der es immerhin um eine finanzielle Dimension von langfristig 10 Milliarden Franken geht. Niemand hat unser Land zu dieser Eile gedrängt. Es ist offenbar einfach der Wunsch des Departementes von Bundesrat Stich, in diesen Institutionen rasch Einsitz zu nehmen und einen Sitz in den Exekutivdirektoren-

rien zu erhalten, die im Herbst 1992 neu verteilt werden und dann erst wieder im Jahre 1994.

Nach den Gründen für diese unschweizerische Eile befragt, hat man im Bernerhof auf die in Gang gekommene neue Gruppenbildung verwiesen, auf die Möglichkeit, dass die Schweiz einen der bisherigen 22 Sitze in den Exekutivdirektorien erhalten könnte, im Rahmen einer neu zu bildenden Gruppe, oder dass allenfalls ein 23. Sitz geschaffen würde. Nachdem die neuen Länder von Mittel- und Osteuropa heute bereits in andere Gruppen aufgenommen worden sind – also dieser Zug längst abgefahren ist –, bleibt kaum mehr Spielraum für eine solche neue Gruppenbildung. Nachdem unter anderem auch Russland vor der Tür steht, sind unsere Chancen für einen neuen 23. Sitz minim und wohl auch kaum für IWF und Weltbank gleichzeitig realisierbar.

Unbestritten bleibt die Feststellung – Herr Blocher hat dazu einiges gesagt –, dass der Beitritt nur in Kombination mit einem Sitz im Exekutivdirektorium Sinn macht. Sonst verschlechtern wir unsere Stellung. Wir arbeiten heute ja auf bilateraler Ebene als Partner eng zusammen und tragen die Politik, vor allem ihre Finanzierung, mit.

Es wird interessant sein, von Bundesrat Stich zu erfahren, wie er diese zentrale Frage einer Einsitznahme in die Exekutivräte heute einschätzt. Wir erwarten eine konkrete Aussage.

Unsere Präsenz in diesen Gremien scheint aber nicht nur nicht gesichert, sie scheint auch nicht überall erwünscht. Die Entwicklungsländer monieren ihr zahlenmässiges Untergewicht. Die Amerikaner beklagen die Dominanz der Europäer. Die Spanier wiederum sehen ihre Chancen vermindert, sich ausserhalb der spanisch-lateinamerikanischen Ländergruppe einen permanenten Sitz zu sichern. Sie haben vor nicht allzu langer Zeit, verärgert über die schweizerische Aktivität, einen Ministerbesuch in unserem Land abgesagt.

Schliesslich verbleiben die osteuropäischen Länder, die ebenfalls eine gewisse Erwartungshaltung haben und zu einer neuen Konkurrenz im Gerangel um diese Exekutivsitze werden könnten. Bleibt Südafrika als einziger ungebundener Partner mit einer respektablen Quote? Wäre das vielleicht, aufgrund der neuen innenpolitischen Situation in Südafrika, ein Partner für uns? Fragen über Fragen, die wohl heute weitgehend unbeantwortet bleiben – ich lasse mich aber gerne überraschen.

Man hat im Bernerhof unverhohlen zu erkennen gegeben, dass es einen weiteren Grund zur Eile gibt: die schwindende Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz. Die Befürchtung ist berechtigt, dass wir deswegen in Zukunft weniger Gewicht in den internationalen Institutionen von Bretton Woods haben werden. Aber die Konsequenz daraus muss lauten: rasche Verbesserung der Finanzplatz-Rahmenbedingungen hier in unserem Land. Wir müssen jetzt und heute dafür sorgen, dass unsere Konkurrenzfähigkeit auf diesem Gebiet nicht noch mehr leidet. Aber das ist ja für Bundesrat Stich und die Sozialdemokraten kein Thema! Man will die Stempelsteuer nicht jetzt behandeln und droht sinnigerweise mit dem Referendum. Da kann man wirklich nur sagen: verkehrte Welt.

Die heutige Vorlage wirft die Frage auf: Wer führt denn eigentlich in der schweizerischen Aussenpolitik Regie? Ist es überhaupt Regie, oder ist es unkoordinierte Hektik? Für mich ergibt sich klar, dass wir diesen Beitritt nicht überstürzen sollten. Wir gewinnen nichts; nicht einmal der Sitz in den Exekutivdirektorien ist gesichert. Auf der anderen Seite gefährden wir in erheblichem Masse unsere europapolitischen Zielsetzungen. IWF und EWR, und möglichst noch am selben Abstimmungstermin, damit würde das Fuder mit Sicherheit überladen. Ob das wohl die wahre Absicht von Herrn Bundesrat Stich ist? Zumindest finanzpolitisch wäre das durchaus erklärbar. Ich frage Sie: Können wir es uns leisten, den Weg nach Europa mit einem solchen europapolitischen Stolperstein zu pflastern? Konzentrieren wir uns heute auf Europa. Für den Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods ist es morgen noch früh genug. Stimmen Sie bitte dieser Prioritätensetzung zu.

M. Eggly: Le groupe libéral est partisan de l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods. Il entrera en matière sur l'arrêté permettant au Conseil fédéral de négocier les

conditions d'adhésion, sur la loi concernant la participation de notre pays et sur l'arrêté ouvrant un crédit-cadre destiné à financer les institutions du Groupe de la Banque mondiale.

Permettez-moi quelques réflexions générales. Il n'est pas besoin de revenir sur les raisons qui ont incité la Suisse, jusqu'à une époque récente, à garder ses distances, particulièrement vis-à-vis du Fonds monétaire. Tant le Conseil fédéral, dans son message, que les rapporteurs tout à l'heure, ont rappelé ces raisons. Le contexte a changé, notamment avec le passage aux taux de change flottants. Aujourd'hui, la défense autonome de notre monnaie ne passe plus par une distance «olympienne». Au contraire, l'évolution des choses montre que tout se tient et que tous dépendent les uns des autres.

Pour son intérêt bien compris et de par sa coresponsabilité, la Suisse doit participer pleinement aux actions internationales visant à tendre un filet de sécurité monétaire sous les mouvements de l'économie mondiale. L'enjeu est considérable. Un désordre monétaire peut casser l'expansion, condamner par conséquent les espoirs des pays en voie de développement, précipiter des désordres sociaux et amener des éruptions politiques. Comparaison étroite n'est pas raison, mais il faut toujours garder à l'esprit des possibilités d'analogie. Je pense à ce qui s'est passé à la fin des années vingt et au début des années trente. C'est par le biais de la stabilité monétaire, des crédits y tendant, que le Fonds monétaire est branché sur les buts de développement. Pour être de plus en plus complémentaire, le rôle spécifique du Fonds monétaire est distinct de celui de la Banque mondiale. Ses critères d'action ont leur propre logique et leur propre rigueur. Nous y reviendrons tout à l'heure lors de la discussion de l'article 6 de la loi.

Vendredi dernier, la Commission des affaires économiques était informée sur les perspectives de coopération avec l'Est, y compris l'URSS. Le Conseil fédéral va présenter son paquet de deuxième crédit et, là encore, pour la coordination des efforts internationaux, pour tendre le filet de sécurité en URSS, le Fonds monétaire pourrait jouer un rôle absolument principal. Quant à la Banque mondiale, avec les divers éléments de son Groupe, l'expérience montre qu'elle est de plus en plus un élément central de la coopération au développement.

Les institutions de Bretton Woods sont critiquées par deux camps; vous venez d'ailleurs d'en avoir la démonstration. Il y a celui des tiers-mondistes, aux yeux desquels ces institutions n'ont jamais assez pris en compte les besoins et les misères des peuples en sous-développement sur le terrain. Et il y a le camp tout aussi agressif – vous venez d'entendre M. Blocher – de ceux pour qui le Fonds monétaire et la Banque mondiale cèdent beaucoup trop, au contraire, à toutes sortes de pressions politiques, d'où ce qui serait, à leurs yeux, une large inefficacité.

Les critiques de ces deux camps ne sont pas fondées. Certes, dans le domaine du développement, il y a eu des erreurs. Comment en aurait-il été autrement? Ces erreurs furent dues autant à ce qui se passe dans certains pays bénéficiaires qu'à des mesures non ajustées et non adaptées aux situations. Toutefois, des corrections ont eu lieu et ont sans cesse lieu en cours d'action et d'évolution.

On voit bien qu'une rigueur monétaire et budgétaire imposée par le Fonds monétaire à certains pays est souvent la seule chance de succès pour des actions parallèles ou ultérieures de la Banque mondiale et pour des chances de développement. De plus en plus de responsables du tiers monde admettent que les belles intentions généreuses et humanitaristes de milieux tiers-mondistes de chez nous vont finalement à fin contraire, tant il est vrai qu'il n'y a pas de miracle en économie. Cette prise de conscience est d'ailleurs une bonne réponse aux sceptiques et aux allergiques à toute concertation internationale dans le domaine.

Non, la Suisse ne peut plus défendre seulement sa monnaie, ses échanges, et contribuer à la stabilité mondiale dans une superbe autonomie. Non, sa coopération bilatérale ne saurait plus être l'alpha et l'oméga de sa politique de développement au sens large.

Revenons à la nécessité de l'adhésion aux institutions de Bretton Woods. Nous n'aimons pas les propositions de renvoi et particulièrement celle de la minorité Reimann Maximilian.

Elles n'ont pas de sens à nos yeux, ou plutôt l'idée de lier la date d'un référendum éventuel à celle de la votation sur l'Espace économique européen pourrait bien masquer une double opposition désireuse de deux bons coups en un seul vigoureux coup de balai. Or, les cercles de participation suisses aux ensembles internationaux, européens compris, se complètent sans se confondre. Même si la Suisse devait ne pas adhérer à l'Espace économique européen, ce que je regretterais énormément, elle aurait toutes les raisons d'adhérer quand même aux institutions de Bretton Woods. Elle en aurait même davantage, serais-je tenté de dire, car il faudrait alors démontrer une volonté helvétique de ne pas s'isoler du concert international et des efforts mondiaux de stabilisation et d'équilibre monétaire et économique.

En ce qui concerne la date de l'adhésion suisse aux institutions de Bretton Woods, on peut discuter. En agissant plus tôt, le Conseil fédéral n'aurait-il pas facilité l'obtention d'un bon droit de codécision, notamment un siège dans l'organe de surveillance? Sur ce point, M. Stich sera sans doute amené, tout à l'heure, à justifier ce que l'on pourrait appeler «l'attentisme» du Conseil fédéral et son changement d'attitude. Mais raison de plus pour ne pas attendre davantage. Tout atermoiement rendrait ultérieurement les choses encore plus difficiles à nos négociateurs.

Il faut donc repousser, aussi bien les propositions de non-entrée en matière que celles de renvoi à la commission. Le groupe libéral votera l'entrée en matière.

M. Borel: Je précise tout d'abord à l'intention de M. Reimann Maximilian et consorts que bien qu'ils s'en soient défendus en commission, leur objectif est clair: s'opposer à la fois à l'adhésion au FMI et à l'adhésion à l'EEE. Ils espèrent élargir le front du refus en proposant d'organiser une votation sur ces deux objets le même jour. Ce serait se moquer du peuple que de permettre à certains politiciens sans scrupule de prétendre que ces deux objets ont un quelconque rapport l'un avec l'autre. Nous refuserons donc la proposition de renvoi. Il en ira de même pour les deux autres propositions.

Le groupe socialiste votera l'entrée en matière pour les trois raisons principales suivantes: premièrement, nous estimons que la Banque mondiale joue un rôle utile, même s'il est quantitativement modeste, dans le financement de projets de développement dans le tiers monde. Certains projets qu'elle a soutenus en son temps sont à juste titre qualifiés d'«éléphant blanc» et méritent d'être critiqués. Notre analyse nous permet cependant de dire que l'activité actuelle de cette banque correspond mieux aux besoins des pays pauvres. Pour soutenir de l'intérieur cette récente évolution, d'une part, et pour exercer notre indispensable solidarité de pays riche, d'autre part, nous devons devenir membre à part entière de la Banque mondiale et, par conséquent, également du Fonds monétaire international.

Deuxièmement, nous constatons à l'égard du FMI que nous nous trouvons à l'heure actuelle dans une situation inconfortable. L'importance de la place financière suisse et notre situation économique nous ont contraints à le cofinancer par l'intermédiaire des accords généraux d'emprunt. Nous payons sans avoir rien à dire. Vous savez que les socialistes suisses ont formulé de nombreuses critiques à l'égard de la politique menée par le FMI, même si nous admettons que cette institution a quelque peu évolué et n'est pas restée le défenseur exclusif des intérêts de l'économie américaine. Mais à l'heure actuelle, les responsables suisses de la politique monétaire ont beau jeu d'envoyer «en corner» nos critiques en répondant qu'ils n'ont pas de pouvoir au sein du FMI. Entrant donc de plein pied dans ce club que nous finançons déjà, nous pourrions y envoyer des Suisses qui pourraient y prendre des responsabilités et à qui nous pourrions demander des comptes.

Enfin, nous sommes favorables à l'adhésion pour une troisième raison. Les relations entre pays créanciers et pays débiteurs sont toujours très complexes, personne n'ayant intérêt à la rupture. Pour chercher des solutions politiques aux nombreux problèmes bilatéraux et multilatéraux, l'existence d'un forum international disposant d'institutions stables paraît indispensable. L'ONU ne peut jouer ce rôle. Par contre, le FMI

devient petit à petit ce forum et son rôle en la matière ira, espérons-le, grandissant. La Suisse a un rôle à jouer au sein de ce forum.

Dans la discussion de détail, nous aurons à nous prononcer sur diverses propositions concernant les principes de la politique de développement et une éventuelle commission consultative. En ce qui concerne les principes de notre politique de développement tout d'abord, nous devons donner par la loi un mandat clair aux représentants suisses au sein du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale. Ce mandat ne sera pas qu'un alibi, comme certains le prétendent. J'illustrerai mon propos par l'exemple d'un tel mandat concret: les représentants des USA à la Banque mondiale ont reçu l'ordre de refuser les projets qui ne sont pas accompagnés d'une étude d'impact sur l'environnement et appliquent cette consigne avec rigueur et efficacité. Je n'oserais prétendre que la Suisse puisse avoir autant d'influence que les USA au sein des institutions de Bretton Woods, mais en s'alliant à d'autres pays qui partagent nos objectifs en matière de développement – et ces alliés potentiels existent – les représentants suisses sauront se faire entendre s'ils disposent d'un mandat clair. Ce dernier l'est relativement dans la version du Conseil fédéral, mais nous préférons la formulation de la minorité Vollmer qui est plus précise. Nous vous invitons par contre à rejeter la proposition Eggly qui est une manière à peine voilée de permettre aux négociateurs suisses d'oublier notre loi quand bon leur semblera.

J'en viens maintenant à la commission consultative extraparlamentaire proposée par la minorité Gardiol. Rappelons tout d'abord que cette commission existe déjà et qu'il ne s'agit que de lui confier une tâche supplémentaire. Le Parlement n'a ni le temps, ni la tâche surtout, d'examiner en détail notre politique d'aide au développement. Il fixe les grands principes, leur application relevant de la DDA et des organisations d'entraide privées auxquelles de nombreux projets sont délégués avec notre accord. Pour assurer la coordination et évaluer l'adéquation des projets concrets aux principes fixés dans la loi, notre Parlement a voulu cette commission extraparlamentaire. Il est parfaitement logique que notre intégration aux institutions de Bretton Woods se fasse en coordination avec nos autres activités d'aide au tiers monde. La commission existante doit donc également avoir accès aux dossiers qui transitent par le FMI ou la Banque mondiale et cela doit être clairement précisé dans la loi. Le groupe socialiste acceptera l'entrée en matière.

Zbinden Hans: Ich muss heute ein wenig langsamer sprechen, weil meine Worte, ähnlich wie Gold, in Unzen gemessen werden. Unsere Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage, lehnt also die Nichteintretensanträge und die Rückweisungsanträge ab.

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sind ein Buch mit sieben Siegeln. Wenn man die Wirkungen dieser beiden Institutionen von Bretton Woods bewertet, dann kommt man zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen über die Auswirkungen im humanen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich, kurzfristig und langfristig. Ich möchte zuerst darstellen, von welchem Vorverständnis her unsere Fraktion und unsere Partei an diese Frage herangehen.

1. Der IWF hat Ende der siebziger Jahre seine ursprüngliche währungspolitische Funktion eigentlich abgeben müssen; er ist aus dieser Funktion entlassen worden. Es sind andere Institutionen, die diese Ausgleichsfunktionen im Währungsbe- reich übernommen haben. Der IWF befasst sich heute zentral mit entwicklungspolitischen Fragen, indem er Kredite an Drittweltländer und wahrscheinlich in Zukunft vor allem auch an die ehemaligen Ostblockländer gewährt. Wir argumentieren also primär entwicklungspolitisch.

2. Es ist wichtig, dass wir zuerst unsere Position in der Schweiz sehen. Unsere Partei, zusammen mit den Gewerkschaften, vertritt die Peripherie in diesem Land, die Lohnabhängigen, die Benachteiligten, die Menschen mit wenig Lebensqualität. Und es ist selbstverständlich, dass wir die Peripherie in den Entwicklungsländern, die Benachteiligten dort, ebenso unterstützen. Und deshalb entwickeln wir eine Solidarität mit der Peripherie in diesen Ländern. Also für uns gibt es – im IWF

oder nicht im IWF – eine Politik des menschlichen Antlitzes und der ökologischen Verantwortung.

In der Fraktion hatten wir vier Denkpfade. Wir hatten keine einheitliche Meinung.

Den ersten Pfad beschränkten die Mitglieder, die der Meinung sind, man solle grundsätzlich der Weltbank und dem IWF nicht beitreten. Das sind Leute, die Erfahrung haben mit konkreten Projekten in diesen Ländern. Sie empfinden die Rahmenbedingungen des IWF als Erschwernis ihrer konkreten Entwicklungsarbeit.

Wir hatten einen zweiten Denkpfad. Es gibt in der Fraktion Leute, die meinen, man könne zum IWF und zur Weltbank ja sagen, wenn ganz klare entwicklungspolitische Vorgaben erfüllt würden, wenn die Philosophie des Bundesrates, unsere entwicklungspolitischen Ideen in die Bretton-Woods-Institutionen explizit aufgenommen würden.

Ein dritter Denkpfad: Wir haben Mitglieder, welche die Auffassung vertreten, wir sollten mit der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aufhören und längerfristig in multilateralen Organisationen international inkorporiert arbeiten.

Ein vierter Denkpfad: Globale Probleme, globale Schulden erfordern globale Lösungen. In der neuen Weltordnung ist es nur möglich, an diesen globalen Lösungen zu partizipieren, wenn man in den Institutionen ist. Gleichzeitig bedingt das aber Strukturanpassungen und Reformen in der Schweiz diese werde ich zum Schluss noch erwähnen.

Unsere Partei hat an einem Parteitag Vorgaben gegeben. Zwei sind wichtig: Erstens müssen entwicklungspolitische Grundsätze verbindlich in diesem Bundesgesetz verankert sein, und zweitens verlangt man eine ausserparlamentarische Konsultativkommission. Im weiteren verlangt man eine Demokratisierung der Bretton-Woods-Institutionen und Strukturanpassungen bei uns.

Zu den Strukturanpassungen: Wir sind der Meinung – und wir werden in nächster Zeit im Parlament aktiv werden –, dass auch auf der Seite der Gläubigerländer Anpassungen realisiert werden müssen. Ich will zwei, drei erwähnen: Es beginnt beim Umbau der Exportrisikogarantie. Das geht in den Bereich der Fluchtgelder, Gewinntransfers. Wir sind der Meinung, dass die multinationalen Konzerne in diesen Entwicklungsländern mehr investieren sollten. Wir möchten den Entwicklungsländern leichteren Zugang zu unseren Lizenzen und Patenten geben, und wir möchten im Agrarsektor unseren Protektionismus gegenüber diesen Ländern lockern.

Für unsere Fraktion ist das Bundesgesetz entscheidend. Darin ist der ganze Geist enthalten, der allenfalls nach Washington transportiert wird oder nicht. Für uns ist es wichtig, welche Ergebnisse da aus den Anträgen unserer Fraktion und den anderen resultieren.

Eine klare Mehrheit unserer Fraktion – ich betone: eine klare Mehrheit – ist der Meinung, dass man, auch wenn diese Anträge nicht durchkommen, letztlich trotzdem den Bundesrat unterstützen sollte.

Ich persönlich – ich bin ja auch als Person da – vertrete die Minderheit, die die relativ harten Bedingungen der Hilfswerke, der Entwicklungsorganisationen und der Drittweltorganisationen unterstützt.

M. Cavadini: Le groupe radical a décidé de soutenir l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods. Certains collègues de notre groupe, tel M. Schüle, se sont demandé si le moment choisi était le meilleur eu égard aux autres grands thèmes sur lesquels le peuple et le Parlement seront appelés à se prononcer prochainement. Toutefois, cet aspect du «timing» nous paraît secondaire. Il faut en effet comprendre qu'il est souhaitable pour la Suisse de participer à ces importantes organisations internationales. Là, notre groupe répond affirmativement.

Je me rends compte que ce message ne va pas susciter un grand enthousiasme dans le Parlement et dans une certaine partie de l'opinion publique. Toutefois, après en avoir examiné les différents aspects, nous pensons que les éléments en faveur d'une participation de la Suisse l'emportent sur les arguments des opposants. Je dirai même qu'après les expériences de l'été dernier, ces arguments ont pris encore plus d'im-

portance – je pense d'une part aux problèmes qui se sont manifestés dans les pays de l'Est et notamment en Union soviétique et, d'autre part, aux problèmes des réfugiés albanais qui ont été près de 20 000 à envahir l'Italie en juillet dernier.

Au niveau international, il devient de plus en plus indispensable de coordonner les actions des pays riches pour aider intelligemment les pays pauvres et ceux qui sont affligés de structures économiques dépassées et lourdes à sortir de leurs difficultés. Il faudra intensifier l'aide dans des programmes de restructuration et de développement afin d'améliorer le niveau de vie de ces populations et de diminuer aussi le risque de migrations de masses de personnes vers les nations telles que la nôtre, risque qui est à nos portes et qui engendrerait en Suisse également de nombreuses difficultés et des coûts supplémentaires. Les institutions de Bretton Woods assumeront un rôle encore plus grand à l'avenir dans cette politique d'aide aux pays pauvres et aux pays qui sont sortis du bloc communiste. Le Fonds monétaire international et la Banque mondiale sont, au niveau international, les deux seuls organismes assez puissants pour assumer cette tâche délicate et complexe. Il n'y a donc aucune raison pour que la Suisse reste en dehors de ces organisations, surtout si nous sommes convaincus que les problèmes des pays en difficulté ont besoin d'une action coordonnée au niveau international.

Nous sommes maintenant confrontés avec deux groupes d'opposition: d'un côté, des organisations tiers-mondistes, de l'autre ceux qui s'opposent à cette adhésion pour des raisons financières. Je le répète, il y a des associations d'aide au développement qui sont opposées à l'adhésion de la Suisse car elles critiquent surtout l'activité du Fonds monétaire international dont les programmes de réhabilitation économique prévoient des mesures parfois assez dures pour les pays intéressés. Mais les choses se sont améliorées récemment grâce à certaines corrections dans la politique du Fonds monétaire et, en général, les résultats de ces politiques sont assez encourageants, même si l'on doit intervenir dans des situations très complexes et très difficiles. En outre, les institutions de Bretton Woods sont les seules capables de réaliser cette tâche. C'est pourquoi je ne comprends pas la position de ces associations de développement qui veulent aider les pays pauvres et qui sont contre une participation de la Suisse aux institutions de Bretton Woods dont le but est identique.

Les autres opposants à l'adhésion invoquent des raisons de nature financière. On utilise même les arguments financiers d'une manière assez démagogique qui ne correspond pas à la réalité. A propos de ces éléments, j'ai voulu vérifier quelques points et j'ai pu obtenir des renseignements supplémentaires qui confirment que les dangers auxquels a fait notamment allusion M. Blocher ne sont pas réels.

En ce qui concerne le Fonds monétaire international, la quote-part de la Suisse s'élèvera à 3,3 milliards de francs, mais 23 pour cent seulement de ce montant sera versé sous forme d'un déplacement des avoirs en devises de la Banque nationale. Au lieu d'investir 750 millions de francs, soit les 22,7 pour cent, en titres de l'Etat américain, la Banque nationale transférera ce montant au Fonds monétaire international et cet argent sera investi en droits de tirage spéciaux. Le débiteur changera, la Banque nationale recevra un intérêt plus bas qu'actuellement, mais sans pratiquement aucun risque de perdre cet avoir investi auprès du Fonds monétaire international, lequel est généralement considéré comme une institution bien gérée dont la situation financière est saine. Pour l'autre part, le 77 pour cent, il s'agit d'une garantie éventuelle pour laquelle la Banque nationale ne créera même pas de réserves spéciales car les risques sont pratiquement nuls.

Par conséquent, selon les renseignements qui ont pu être obtenus auprès de la Banque nationale, on constate que son expérience du Fonds monétaire la place à l'abri des risques de perdre ses garanties ou les avoirs qu'elle placera auprès de ce dernier.

Pour la Banque mondiale, la situation financière est également bonne. Sa politique de prêt est très prudente, ses emprunts sont classés comme «triple A». La situation financière de la Banque mondiale est saine. Au cours des dernières années, elle a réalisé des bénéfices avec lesquels elle a même pu créer

des réserves supplémentaires, grâce aux profits qu'elle a réalisés par son activité.

Les pays qui ne remboursent pas les prêts reçus par la Banque mondiale sont très rares, car si un pays ne respecte pas les engagements pris envers cette banque, il court le risque de ne plus recevoir d'autres aides, soit de cet organisme, soit du Fonds monétaire, soit d'autres organisations ou d'autres Etats sous forme d'aide bilatérale. Pour les pays les plus démunis, on fait appel à l'IDA qui dispose de capitaux versés à fonds perdu par les Etats, la Suisse y ayant aussi participé dans le passé. Une partie des capitaux de l'IDA a aussi été mise à disposition par la Banque mondiale, grâce aux profits qu'elle a réalisés dans son activité antérieure. Pour celle-ci, la Confédération devra verser 433 millions de francs en cinq ans. A mon avis, cette somme doit être considérée comme un renforcement de notre aide au développement.

En ce qui concerne la motivation de M. Reimann Maximilian, il faut être conscient de ne pas pouvoir charger le bateau devant le peuple avec un éventuel accord sur l'Espace économique européen et, en plus, avec l'adhésion aux institutions de Bretton Woods. Les deux choses doivent être présentées séparément au peuple. Le décalage demandé par M. Schüle ne me paraît plus de grande actualité parce que le Parlement tranchera durant cette session sur l'adhésion aux institutions de Bretton Woods et, en cas de référendum, le peuple devra se prononcer probablement avant l'été prochain alors qu'en ce qui concerne l'Espace économique européen, il ne sera certainement pas appelé à se prononcer avant la fin de l'année prochaine. Ce décalage de temps nous permettra donc d'examiner les deux objets séparément.

En conclusion, le groupe radical, pour les motifs que je viens de vous évoquer, vous propose de voter l'entrée en matière ainsi que les trois arrêtés et de rejeter les propositions de non-entrée en matière ou de renvoi au Conseil fédéral, déposées par plusieurs collègues.

M. Maître: Le groupe démocrate-chrétien se prononce pour l'adhésion aux institutions de Bretton Woods. Quelques réflexions d'abord justifiant cette adhésion, concernant en premier lieu le Fonds monétaire international.

L'analyse de cet instrument montre qu'il n'y a aucun doute qu'il est aujourd'hui irremplaçable pour promouvoir la coordination nécessaire au niveau multilatéral entre les gouvernements concernés.

Nous avons besoin d'un instrument de ce type parce que nous vivons l'époque de la globalisation des marchés et du développement des activités de production. Il ne fait aucun doute aussi que nous avons besoin d'un instrument de type multilatéral tel que le FMI, compte tenu de l'interdépendance croissante entre les problèmes économiques, de développement, d'endettement et d'environnement.

S'agissant du rôle spécifique joué par le FMI, on doit considérer que la Suisse, pays exportateur par excellence, a un intérêt essentiel à contribuer à la promotion de la stabilité monétaire et à la réduction des déséquilibres des balances de paiement. Comme place financière importante, la Suisse ne peut décidément plus rester absente d'une organisation universelle de ce type.

Concernant le Groupe formé de la Banque internationale pour la reconstruction et le développement, de l'Association internationale de développement et de la Société financière internationale, groupe que l'on appelle Banque mondiale, il s'agit aussi d'institutions de politique de développement de toute première importance. Les problèmes de développement, vus sous l'angle strict, impliquent aussi aujourd'hui une approche multilatérale. On constate que la Banque mondiale a de surcroît des priorités semblables à celles de la Suisse, en particulier par l'attention prioritaire aux pays les plus pauvres, le respect des droits de l'homme et la collaboration avec un certain nombre d'institutions non gouvernementales.

On entend toujours – et les propositions de rejet ou de non-entrée en matière en témoignent – un certain nombre d'hésitations à l'égard d'institutions multilatérales. Je crois que nous sommes ici au cœur d'un problème qui ne concerne pas seulement les institutions de Bretton Woods, mais, de manière

plus générale, l'attitude que notre pays doit avoir à l'égard des organisations actives sur la scène multilatérale. Nous devons être conscients d'une chose: le monde a fondamentalement changé. On n'a plus en présence deux blocs. Tout cela s'est complètement pulvérisé et, aujourd'hui, l'approche helvétique, faite essentiellement de bilatéralisme pragmatique, est largement dépassée. Elle n'est pas devenue inutile, mais on ne peut plus miser exclusivement sur ce type d'approche-là. Le monde vit au rythme du multilatéral et la Suisse doit être présente dans les institutions multilatérales, sous peine de se couper définitivement de ce que sont devenus aujourd'hui les canaux de la concertation internationale.

Telles sont les raisons pour lesquelles, compte tenu des justifications à l'adhésion au Fonds monétaire international et à la Banque mondiale, du devoir de se placer résolument maintenant dans les institutions multilatérales, le groupe démocrate-chrétien estime que nous devons rejeter les propositions de non-entrée en matière.

Nous demandons également le rejet des suggestions de renvoi au Conseil fédéral, notamment de celles de MM. Reimann Maximilian et Schüle. Elles sont tout à fait dangereuses, parce qu'elles tentent de mêler deux débats, en soi différents, avec le risque considérable – et je me demande s'il n'y aurait pas des intentions sous-jacentes à cet égard – de faire couler et l'une des démarches, et l'autre. Lier le débat sur le Fonds monétaire international, sur les institutions de Bretton Woods et celui relatif à l'Espace économique européen, c'est tout simplement prendre le risque d'alourdir le bateau à un point tel que l'ensemble de l'embarcation sombre.

Il est véritablement l'heure de prendre des décisions en ce qui concerne l'approche européenne, bien entendu, mais aussi en ce qui concerne cette approche multilatérale notamment par l'adhésion de notre pays aux institutions de Bretton Woods. Il convient donc que ce Parlement prenne ses responsabilités, ne tergiverse pas, rejette en conséquence les propositions de non-entrée en matière et de renvoi au Conseil fédéral ou à la commission, et se décide d'adhérer aux institutions de Bretton Woods.

Frau Stocker: Hätten Sie Zeit, ich würde Sie einladen zu einem entwicklungspolitischen Spiel. Sie hätten die Ressourcen, und ich würde die Marktbedingungen diktieren, und in der kürzester Zeit hätten wir den grössten Krieg miteinander. Ich möchte Sie einladen, nach dem Wahlkampf, wenn Sie alle wieder über freie Abende verfügen, einmal ein solches Spiel, vor allem mit jungen Menschen, zu spielen. Sie werden sich wundern über Ihre Emotionen, die dabei auftauchen. Sie können arbeiten und arbeiten und werden täglich ärmer. Mit Ihrem Verdienst können Sie sich kein Brot und kein Aspirin mehr kaufen.

Jetzt stehen wir in der Debatte und tun so, als ob wir humanitäre Institutionen zu alimentieren hätten. Dazu drei Ueberlegungen der Mehrheit der grünen Fraktion: Materialismus und Kapitalismus sind keine guten Wörter mehr, auch nicht mehr für die traditionelle Linke. Aber wenn wir einfach vom freien Markt sprechen, dahinter aber nur den nackten Kapitalismus verstehen, wird der freie Markt nicht besser. Markt wäre dann das richtige Wort, wenn wir die ökologischen, sozialen und die Ressourcenpreise wirklich auf die Waren schlagen würden. Alles andere ist doch Augenwischerei. Es ist unverzeihlich, wenn hier so getan wird, als ob wir den BWI beitreten würden, um dort das schweizerische Kreuz auf die Fahne zu heften und durch die armen Länder zu tragen. Es geht doch darum, zu verdienen! Da sind die Argumente von rechts wenigstens ehrlich.

Um die BWI ist ein fast pseudoreligiöser, medizinmännischer Kult entstanden. Sie hören das an der Sprache. Es heisst da: «Dem Dollar geht es gut.» «Der Dollar hat sich erholt.» «Brasilien macht Fortschritte.» Was soll denn das? Dürfen wir am Ende dieses Jahrhunderts, wo zwei Drittel der Menschheit hungern, derart irrational sein?

Es sei nicht die Frage, ob die BWI gut seien oder nicht, wird heute von links gesagt. Wir wollen innenpolitisch mitdiskutieren. Aber meine lieben Demokraten und Technokraten von links: Mitmachen bei den Grossen dieser Welt war schon im-

mer der Traum des kleinen Mannes. Auch wenn wir dafür Verständnis haben: Mitmachen ist am Ende dieses Jahrhunderts, das vor lauter Mitmachen dauernd in Kriege verwickelt wurde, auch kein gutes Tätigkeitswort mehr.

Eine zweite Ueberlegung: Es gibt einen gravierenden Denkfehler mit fatalen Folgen. Die westlichen Industriegesellschaften und die östlichen Planwirtschaften haben ihn begangen, nämlich den Denkfehler, soziale Wohlfahrt lasse sich allein mit produktiver Arbeit herstellen. Auch unsere Sozialversicherungen machen diesen Denkfehler. Aber wir wissen doch heute aus etlichen Erfahrungen, Evaluationen der Unicef usw.: Nur ein Land, in dem die Subsistenzarbeit gewährleistet ist, kommt zu einem minimalen Existenzstandard.

Diese Arbeit machen natürlich vor allem die Frauen. Aber sie kämpfen im Alltag um das Ueberleben, um Nahrung, um gutes Trinkwasser für ihre Kinder, für die alten Menschen. Es ist eigentlich erstaunlich, dass so viele gescheite Männer in diesen Institutionen das noch immer nicht wahrhaben wollen. Die Frauen und Kinder verlieren ihre Existenz. Wenn bei uns jemand über seine Verhältnisse lebt, dann wird er gepfändet, dann kommt das Betreibungsamt. Aber kein Mensch wird bei uns so gepfändet, dass ihm das Bett weggenommen wird, dass ihm die Nahrung verweigert wird, dass ihm das Dach über dem Kopf entrissen wird. Die BWI sind ein permanentes Betreibungsamt. Kein internationales Betreibungsrecht schützt diese Menschen vor der Betreibung unter das Existenzminimum.

Eine letzte wichtige Frage, die ich meinen linken Freundinnen und Freunden stellen möchte: Wie ändert man ein System? Man kann hineingehen und es von innen anknacken; das ist das, was die SP jetzt will. Aber die Fehler des Kapitalismus kann man nicht mit dem Kapitalismus bekämpfen. Das wissen wir doch am Ende dieses Jahrhunderts. Bessere Argumente, bessere Projekte, bessere Erfolge vorweisen im praktischen und konkreten Leben, das sind doch die Argumente, die zählen, und nicht der Götzendienst am Dollar.

Deshalb sagt die grosse Mehrheit der grünen Fraktion, Herr Bundesrat Stich, man dürfe nicht die Ressourcen versauen, die man für die kommenden Generationen brauche. Wir dürfen gerade als weltoffener, humanitärer Kleinstaat nicht den Schuldenterror der Grossen mitmachen. Die BW-Institutionen, die Machtkartelle verteilen, warten nicht auf den Moralapostel Schweiz – wie immer er dann heissen möge.

Eine finanzielle und weltwirtschaftlich wirksame Hilfe ist nur im ehrlichen Bemühen, die Ressourcen in reelle Marktwerte umzusetzen, und in einer echten Entschuldung zu finden. Die Frage lautet nicht: Wem bringt es jetzt am meisten, wenn wir wie taktieren, sondern: Wie müssen wir jetzt vor dem Gewissen der Dritten Welt und der kommenden Generationen entscheiden?

Die grüne Fraktion sagt mehrheitlich nein. Es steht zu viel auf dem Spiel. Es geht um Menschenleben.

Mme Gardiol: C'est au nom d'une petite minorité du groupe écologiste que je vous propose d'entrer en matière.

Nous sommes tous d'accord que les institutions de Bretton Woods sont bourrées de défauts, de lacunes, que leur choix comporte souvent toutes sortes d'effets pervers. Même le message du Conseil fédéral les mentionne, celui-ci n'est peut-être pas aussi exhaustif que le chapelet des points négatifs soulevés au début de la séance; il est parfois malheureusement très partiel lorsqu'il mentionne les causes de l'endettement. Il oublie complètement d'indiquer la lourde responsabilité des pays industrialisés, des banques, des institutions de Bretton Woods qui, par l'intermédiaire de leur politique monétaire, ont créé ce développement dramatique du surendettement du tiers monde. Bref, nous sommes tous d'accord que les institutions de Bretton Woods n'ont pas de quoi susciter l'enthousiasme. Mais, malgré cela, je pense qu'il y a du positif et c'est pourquoi je vous propose d'entrer en matière, c'est-à-dire que j'estime qu'il y a moyen d'améliorer le projet soumis. Je veux absolument miser sur les lueurs d'espoir que je vois filtrer par une porte entrebâillée.

Je vous mentionnerai deux de ces espoirs. Le premier se rapporte au fait que, dès 1992, les représentants américains de-

vront rejeter tout crédit qui n'a pas fait l'objet d'une étude d'impact écologique. C'est une orientation prometteuse qui nous ouvre des voies d'action pour donner un mandat clair à nos représentants au cas où nous adhérierions à ces institutions. La deuxième leur émane de l'évolution de ces dernières qui ne sont pas sclérosées. Elles semblent même tirer des enseignements de leurs erreurs passées. En effet, les programmes d'adaptation structurelle restants apportent des correctifs en prenant au sérieux des paramètres sociaux et l'environnement. Je lis par exemple dans l'un d'eux, qui est valable pour les années 1991 à 1993: «l'action du gouvernement s'attachera particulièrement à améliorer l'accès des femmes à l'éducation et aux services de santé, ainsi que leurs conditions de travail afin de promouvoir leur rôle dans tous les domaines de l'économie». En tant que féministe, j'estime que ce postulat est très important. Je serais heureuse de le soutenir dans un pays en voie de développement.

Je continue à lire mon programme et note dans le secteur de la santé «la priorité donnée au renforcement des infrastructures sanitaires, à l'amélioration de la gestion des services de santé, afin de rendre les soins de santé essentiels plus accessibles à la population. Cet effort portera surtout sur les zones rurales où vit 90 pour cent de la population et où la couverture sanitaire est insuffisante».

C'est en raison de ces éléments que nous devons soutenir, ou pour le moins entrer en matière sur ce projet. Certes, vous me direz: «ce sont là des phrases de programme et nous sommes tous bien placés pour savoir qu'il y a parfois un monde entre l'écrit et les faits». Néanmoins, je souhaite que la Suisse s'efforce d'appliquer ce genre de résolution et les traduise dans les faits.

Tout en reconnaissant l'excellent travail accompli par notre pays sur le plan bilatéral, je suis convaincue que certains vastes problèmes sont mieux attaqués par l'intermédiaire du multilatéralisme. Je pense entre autres aux problèmes globaux d'environnement, de migration ou de démographie. Du reste, M. Maître a fait tout un plaidoyer sur le multilatéralisme. Je n'allongerai donc pas. Entrer en matière, c'est aussi accepter de mettre la main à la pâte, de se salir les mains plutôt que de jouer les Ponce Pilate car, qu'on le veuille ou non, la Suisse économique y est et je souhaiterais que la Suisse politique entre en matière avec pour mission de veiller à ce que les plus démunis, les familles, les enfants, les femmes, ceux qui n'ont pas profité au moment où l'argent des prêts coulait à flots, qui ne s'en sont pas mis plein les poches, ne soient pas ceux qui, justement maintenant, passent sous le rouleau compresseur, comme cela s'est produit dans les années quatre-vingts.

D'autre part, j'entends aussi les demandes des pays en voie de développement qui connaissent la qualité de notre aide et nos compétences, qui souhaitent que nous joignons nos forces à tous ces Lucky Luke qui travaillent dans leur intérêt. Tous ces pays en restructuration ont besoin de porte-parole qui les défendent au sein du FMI ou de la Banque mondiale. J'estime que la Suisse aurait un rôle à jouer. C'est dans cette optique que je propose d'entrer en matière.

Nous devrions aussi traduire dans les faits les promesses du message, l'engagement pris par le Conseil fédéral, en demandant que nos représentants s'engagent aussi pour des ajustements structurels dans des pays industrialisés. Le chapitre 461 du message nous en mentionne quelques-uns. Qu'il s'agisse de la politique agricole, de la politique d'émigration ou de gaspillage d'énergie, je crois qu'il y a aussi du travail à accomplir de ce côté de l'hémisphère. J'aimerais également que l'on prenne au sérieux la promesse du Conseil fédéral indiquant que le désendettement doit rester prioritaire. Le message indique aussi qu'il faut mettre en place des stratégies durables, supportables à long terme, dans les domaines de l'éducation et de la réforme agraire. Teis sont tous les points que nous devons inclure dans les mandats donnés à nos représentants si nous adhérons au Fonds monétaire.

Au vu de la situation des pays d'Europe centrale et de l'Est qui sont en pleine restructuration, qui effectuent un passage à l'économie de marché, il est important que la Suisse adhère au Fonds monétaire afin de travailler avec eux et de les aider de manière à éviter qu'ils n'intègrent que les plus mauvais cô-

tés de l'économie de marché. C'est la raison pour laquelle je voudrais que l'on modère notre adhésion en incluant des garanties et des conditions. Nous y reviendrons lors de la discussion par articles.

J'ai une question à l'intention de M. Stich. Monsieur le Conseiller fédéral, pouvez-vous me confirmer qu'il est indiscutable que les engagements financiers découlant de l'adhésion aux institutions de Bretton Woods n'auront pas pour conséquence de limer les crédits de l'aide bilatérale, que toutes ces sommes seront des crédits additionnels octroyés par la Suisse, que l'aide bilatérale telle que nous la connaissons sera poursuivie et que ce que nous prévoyons à ce stade sera en supplément? Le message le laisse supposer, mais j'aimerais bien vous entendre me le confirmer oralement.

Certains ou certaines estimeront que j'ai une vision idéaliste et trop optimiste des devoirs que j'aimerais transmettre à nos représentants, mais refuser d'entrer en matière n'apporte rien, n'est pas une alternative constructive et renforce les forces isolationnistes et égoïstes. En claquant la porte qui s'entrouvre, on restera complice de la dégradation de la situation. De toute manière, la Suisse financière, en menant sa politique monétaire conservatrice depuis son strapontin, est présente, qu'on le veuille ou non. Elle s'assure que les flux monétaires coulent toujours bien dans sa direction. J'ai un autre but, et j'aimerais que nous prenions les décisions adéquates pour les atteindre.

J'entre donc en matière, mais je veux lier notre politique au sein des institutions de Bretton Woods à notre loi sur le développement, à un contrôle extra-parlementaire qui aura la qualité des personnes qui en seront chargées. J'espère que ce seront les meilleures. Je préfère vous demander d'entrer en matière plutôt que d'avoir raison toute seule, à l'extérieur. Telles sont mes raisons justifiant ma prise de position et j'aimerais prendre au mot les promesses contenues dans le message et les traduire noir sur blanc dans la loi, au fil des amendements proposés.

Biel: Der Auftakt der heutigen Debatte glich eher einer Wahlveranstaltung mit populistischem Einschlag. Da ich keine Wahlrede halten muss, kann ich mich relativ leidenschaftslos mit dem befassen, was zur Diskussion steht, nämlich dem Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen.

Wir wissen, dass man nicht auslesen kann. Wenn man bei der Weltbankgruppe mitmachen will, muss man auch beim Währungsfonds Mitglied sein. Das hängt zusammen. Was wir aber eigentlich heute nicht hätten tun sollen, ist, wieder eine riesige Entwicklungsdebatte vom Zaun zu brechen. Die haben wir nämlich jetzt mehrfach hintereinander geführt, eingehend und kritisch in allen Bereichen. Wir haben zuletzt beim 700-Millionen-Kredit noch einmal darüber diskutiert. Mir scheint, vor allem im Zusammenhang mit dem Währungsfonds sei ein Teil dieser Diskussionen deplaziert.

Vielleicht sollte man sich wieder einmal damit auseinandersetzen, warum man überhaupt die Bretton-Woods-Institutionen hat. Man hat sie gegründet, weil man aus den Ereignissen der Zwischenkriegszeit die Lehren gezogen hat. Diese Ereignisse haben zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft und letztlich zu einem weltweiten Krieg geführt. Man wollte das für die Zukunft vermeiden und hat sich gesagt, man müsse weltweit tätige Institutionen ins Leben rufen, die in der Lage sind, einerseits geordnete Währungsverhältnisse zu schaffen und andererseits zum Wiederaufbau der Welt – diesen Teil vergisst man ganz – und zur Entwicklung beizutragen. Das waren ursprünglich die Weltbank und die mit ihr affilierten Organisationen. Das war ein wichtiger Schritt. Wir haben aus ganz bestimmten Gründen damals nicht mitgemacht. Aber diese Gründe sind heute nicht mehr vorhanden.

Wenn wir nun den Währungsfonds ansehen, müssen wir als international tätiges Land mit einer Wirtschaft, die weltweit aktiv ist, alles Interesse an geordneten Währungsverhältnissen haben. Wir sind aber auch aus aussenpolitischen Erwägungen daran interessiert, dass wir keine Zerrüttung der Währungen haben. Deshalb entspricht letztlich die Zielsetzung des Währungsfonds den Zielen unserer Wirtschafts-, aber auch unserer Aussenpolitik.

Ursprünglich gab es einige Hindernisse – mit denen müssen wir uns auch kurz befassen –, so dass wir nicht mitgemacht haben. Der Währungsfonds beruhte ursprünglich auf einem politischen Kompromiss verschiedener Ansichten und war zu Beginn mit einer Fehlkonstruktion behaftet. Die nötige Liquidität konnte nur beschafft werden, indem sich die Vereinigten Staaten verschuldeten, weil anderweitig die nötigen Dollars nicht zu beschaffen waren. Das war verhängnisvoll. Dem hat man abgeholfen, indem man Sonderziehungsrechte eingeführt und Kreditfazilitäten geschaffen hat, teilweise mit, teilweise neben dem Währungsfonds.

Das zweite falsche Instrument war jenes der festen Wechselkurse. Die Schweiz war nicht Mitglied des Währungsfonds. Aber sie hat sich so sklavisch an dieses falsche Konzept gehalten, dass wir in gewaltigem Ausmass Inflation importiert haben. Das hat auch mit dazu geführt, dass wir eine verfehlt, eben nicht marktmässige Währungsbewertung mit der ganzen Fehlentwicklung unserer Wirtschaft hatten. Den Preis haben wir mit dem Zusammenbruch und der scharfen Rezession von 1975 bitter bezahlt. In der Zwischenzeit ist auch dieses Hindernis verschwunden. Man ist nicht mehr verpflichtet, feste Wechselkurse zu haben. Damit entfällt natürlich auch ein wichtiger Hinderungsgrund.

Ich war früher wegen dieser falschen Währungspolitik ein Gegner eines Beitritts. Das ist heute nicht mehr gegeben.

Doch nun zum entwicklungspolitischen Problem. Heute soll für die Misere der Währungsfonds verantwortlich sein. Meine Damen und Herren, das ist Geschichtsklitterung, was wir heute gehört haben! Zweifellos haben auch die Funktionäre des Währungsfonds gelegentlich Fehler begangen. Auch diese Institutionen mussten ihre Politik im Laufe der Jahre ändern, anpassen. Sie haben einen Lernprozess mitgemacht. Auch wir machen Lernprozesse mit und werden sie noch in vielen Gebieten machen. Nur die Entwicklungsideologen wissen alles am besten! Die wissen, wie man es macht, die brauchen nichts zu lernen, die haben alle Rezepte auf dem Tisch. Auf der anderen Seite die Populisten, die hier ein populäres Vehikel haben; auch sie wissen alles genau. Wenn ich denke, was Herr Steffen alles erzählt hat! Er weiss offensichtlich alles besser. Wie wenn man in der Schweiz nicht auch in allen Bereichen der Politik Fehler feststellen könnte!

Für mich ist es richtig, dass wir die Frage leidenschaftslos prüfen, ob wir beitreten wollen oder nicht. Aber wir sollten nicht nur über den Währungsfonds reden, sondern auch über die Weltbank, und die hat nun zweifellos – wie auch der Währungsfonds – wichtige Beiträge dazu geleistet, dass das nicht mehr passiert, was in der Zwischenkriegszeit passiert ist.

Man kann sich fragen: Können wir – wie es einige von uns wollen – den Bundesrat noch zu einem besonderen Verhalten verpflichten? Der Bundesrat ist an die Grundsätze unseres Entwicklungshilfegesetzes in allen Bereichen gebunden, die mit Entwicklungshilfe zu tun haben, und das scheint mir gut so. Aber glauben Sie doch nicht, dass man in Washington, im Währungsfonds, auf uns gewartet hat, damit wir mit unserer Weisheit anrücken und sagen, wie man es tun soll!

Ich möchte noch etwas zu den Bedingungen sagen, die der Währungsfonds stellt. Wenn er keine stellen würde, müssten wir ein Fragezeichen setzen. Zweifellos haben diese Bedingungen soziale Auswirkung, aber, meine Damen und Herren Kritiker: Sind denn tausend Prozent Inflation nicht auch sozial verhängnisvoll? Wahrscheinlich viel schlimmer als das, was wir als Folgen des Währungsfonds nun kritisieren. Das trifft auch die Aermsten am schärfsten, aber es zerrüttet auch die wirtschaftlichen Grundlagen. Wir haben viele Länder, die tausend und mehr Prozent Inflation gehabt haben. Wenn jemand von Ihnen einmal in einem solchen Land gewesen ist, kann er sich ungefähr vorstellen, wie es zugeht. Auch das müssen wir hier sagen.

Selbstverständlich kann man sich fragen: Müssen wir heute beitreten? Der Bundesrat hat den Antrag gestellt, folglich müssen wir uns entscheiden. Hinausschieben bringt uns nichts. Ich bin überzeugt: Man kann heute in aller Ruhe dafür oder dagegen entscheiden; ich sehe vor allem die Verknüpfung mit den europäischen Vorhaben nicht. Mir scheint das unglücklich. Wir sollten das heute tun: ja oder nein sagen. Der heutige

Moment ist insofern sehr wichtig geworden, wie es schon von anderen Kolleginnen und Kollegen hier gesagt wurde, als die Weltbankgruppe und der Währungsfonds durch die Ereignisse im Osten einen ganz neuen Stellenwert bekommen werden. Wir haben neben der Nord-Süd-Beziehung nun auch die West-Ost-Beziehung, die gewaltig an Gewicht gewinnen wird. In diesem Zusammenhang scheint es mir durchaus zu verantworten, dass die Schweiz dabei ist und mitwirkt. Das ist auch der Grund, weshalb wir der Vorlage zustimmen und keinen Anlass haben, diese Vorlage zurückzuweisen beziehungsweise aufzuschieben, bis weitere Entscheidungen in anderen Bereichen unserer Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik fällig werden.

M. Ziegler: Je suis totalement opposé à l'entrée en matière. Je suis en rupture de discipline avec mon groupe, bien sûr, ce qui n'est pas agréable, mais c'est ma conscience qui me dicte cette intervention. Je ne peux pas dire ici le contraire de ce que je répète à longueur d'année dans mes cours à l'université, dans les séminaires où nous sommes invités par la Banque mondiale et par le FMI, à Washington, Paris ou ailleurs, et surtout je ne peux pas oublier ce que je vois tous les ans sur le terrain.

J'ai entendu les propos tenus par M. Blocher et nous nous retrouverons peut-être au même comité référendaire, mais les raisons qui me poussent à voter la non-entrée en matière sont tout à fait différentes des siennes.

Banque mondiale et FMI procèdent d'une philosophie très cohérente et très structurée. Les dirigeants, les experts et les cadres de ces deux institutions sont en général des intellectuels de très haut niveau, scientifiquement formés, c'est indiscutable, mais qui possèdent une vision du monde meurtrière pour la majeure partie des habitants de notre planète. Je citerai quelques principes d'action, du FMI essentiellement, mais aussi de la Banque mondiale.

Nous sommes un peu plus de 5 milliards d'êtres humains sur terre, dont 3,8 milliards vivent dans l'un des 122 pays dits du tiers monde, c'est-à-dire de la périphérie du monde industrialisé, riche et capitaliste, que nous connaissons. Ces 122 pays ont une dette extérieure cumulée qui atteignait au 31 décembre dernier plus de 1000 milliards de dollars. Rembourser des dettes n'entre pas en ligne de compte pour le Brésil, le Mali, le Zaïre et la plupart des pays surendettés. Il faut donc refinancer périodiquement la dette. C'est là que le FMI met en oeuvre ses principes. Avant que le club des riches, des créanciers, le Club de Paris, accepte d'accorder de nouveaux crédits à des conditions toujours pires aux pays endettés, il demande au FMI un examen du pays en cause. Les corbeaux noirs de Washington descendent alors sur ce pays, s'installent à la Banque centrale et proposent un certain nombre de mesures qu'on appelle des «letters of intent». Si les mesures proposées par le FMI deviennent réformes ou lois, le FMI fait alors une recommandation et le Club de Paris accorde le nouveau crédit. Si vous examinez un pays quelconque où le FMI s'est installé ces cinq dernières années – le Pérou, le Ghana, le Mali, le Zaïre – vous constaterez que les experts du FMI imposent aux pays la liberté totale des investissements étrangers au détriment de l'industrie locale et la liberté de marché, ainsi qu'un grand nombre d'autres réformes qui sont totalement défavorables à la population pauvre – suppression par exemple de tout subventionnement des denrées de base, comme cela s'est fait en Egypte, dans le plan tunisien ou ailleurs.

Jamais le FMI ne demande une réduction du budget militaire, ou une réforme fiscale, c'est-à-dire une redistribution du revenu national par la voie de l'impôt. Je mets au défi les grands dirigeants de notre coopération technique, que je vois dans cette salle, de me citer un seul exemple où le FMI serait intervenu sur la fiscalité en proposant d'introduire un impôt pour les riches qui, dans ces pays-là, ne paient rien du tout, ou de toucher à l'armée! C'est, paraît-il, le principe de non-intervention qui l'empêche.

Mais alors, après le départ du FMI et l'arrivée des nouveaux crédits – qui en général sont directement déviés, comme ce fut le cas pour Mobutu, Hassan II, Eyadéma, Compaoré ou Traoré, en grande partie sur les comptes privés numérotés du

Crédit suisse, de l'Union de Banques suisses ou vers d'autres institutions philanthropiques – les subventionnements destinés aux hôpitaux ou aux écoles qui, c'est vrai, ne sont pas conformes à la liberté du marché mais qui sont une protection pour les plus pauvres, que les syndicats, les démocrates, en général, ont obtenus sont coupés, le peuple a faim et est anéanti. Alors le FMI se retourne contre les pays riches en disant qu'il a fallu faire des ajustements structurels – c'est un terme terrible dans sa neutralité, c'est comme le langage militaire.

Il y a une misère terrible. A Bamako: en 1989, sur cinq hôpitaux trois ont été fermés après le passage du FMI. Air Mali a été supprimé, mais l'armée est partie à l'attaque des Touaregs avec du nouveau matériel. Je prends l'exemple du Mali parce que M. Stich le connaît bien. Ajustements structurels = misère! Et alors on se retourne vers la coopération technique bilatérale, vers la Suisse, la France ou ailleurs, en demandant de faire des chantiers publics, des programmes de santé pour compenser les ravages faits par le FMI, et pour le Mali, la Suisse a déjà accepté et est même allée plus loin, puisqu'elle a payé les honoraires de deux avocats suisses, dont l'un siège d'ailleurs ici, afin de récupérer dans les banques suisses les dizaines de millions de dollars volés par Mussa Traoré, le dictateur militaire, au moment même où les experts du FMI étaient installés à la Banque centrale de Bamako.

Le contribuable suisse, entre autres, est grugé et roulé dans la farine. De plus, si l'on veut que ce monde change, qu'il cesse d'être un charnier et l'effroyable abattoir qu'il est devenu pour les anonymes et innombrables victimes les plus pauvres de la planète qui n'ont jamais la parole, il faut dire aujourd'hui non au FMI, non à cette logique meurtrière élaborée avec une immense intelligence et une totale bonne foi, je le répète, ce sont des gens que je respecte mais qui possèdent une vision du monde meurtrière pour la plus grande partie des habitants de notre planète. La Suisse doit montrer ici l'exemple, dire non, et s'engager dans un programme totalement différent de réformes structurelles, fondamentales et qualitatives des rapports entre les deux hémisphères d'inégale situation de notre planète.

Mme Pitteloud: Comme M. Ziegler, au cours de ces dernières années, j'ai eu à plusieurs reprises l'occasion de critiquer la politique des institutions de Bretton Woods, notamment lors de la participation de la Suisse aux Accords généraux d'emprunt, à l'Agence mondiale de garantie des investissements et, comme lui, je n'ai pas ménagé mes critiques aux effets catastrophiques des mesures imposées aux pays concernés et également aux populations et aux plus faibles, en particulier les femmes et les enfants. Je ne répéterai pas ici ce que Mme Bär a déclaré avec beaucoup de justesse; c'est exactement ce qui se produit sur le terrain.

Il me semble qu'il a fallu beaucoup de temps et maintes expériences désastreuses pour qu'on admette que se limiter à une approche monétariste qui ne prend pas en compte la réalité des pays pauvres remet en cause le développement à long terme et revient à pratiquer une politique de la terre brûlée, que ce soit sur le plan humain, social ou écologique. Aujourd'hui encore, même si l'on peut constater que le Fonds monétaire international s'est quelque peu ouvert aux critiques concernant la compatibilité sociale de ses programmes, les effets réels de cette ouverture ne sont pas encore mesurables; rien n'a encore été constaté sur le terrain. Il est bien évident que, sans remises de dettes, sans changements en profondeur dans les relations économiques mondiales, il est illusoire d'imaginer que la situation des pays concernés puisse s'améliorer.

D'ailleurs, ce qui devrait frapper ceux qui prônent les recettes du Fonds monétaire international, c'est que les résultats obtenus dans les pays qui ont appliqué les programmes d'ajustement structurel dictés par le FMI ne sont pas probants. Ils n'ont pas obtenu, en termes de croissance économique, de diminution de la dette et du déficit budgétaire, de contrôle de l'inflation et du développement des exportations – tous les critères qui sont ceux du FMI – de meilleurs résultats que les autres pays! Nous nous trouvons toujours dans cette situation inac-

ceptable où davantage d'argent se dirige du sud vers le nord que l'inverse, et où toutes les décisions politiques et économiques des pays industrialisés cimentent un ordre économique toujours plus défavorable aux pays du tiers monde.

Les recettes du fonds monétaire international n'ont pas payé dans le passé et elles ne paieront pas davantage dans l'avenir si elles ne se modifient pas. Au contraire, elles toucheront petit à petit l'ensemble des pays de notre planète. On peut peut-être mettre l'armée aux frontières contre les migrations, il est plus difficile d'arrêter le choléra de cette manière-là, y compris des produits devenus invendables dans les autres pays.

Fort bien, nous dit-on, mais puisque la Suisse participe d'ores et déjà à ces institutions en tant que payeur, pourquoi alors s'opposer à ce qu'elle devienne aussi un décideur et qu'elle puisse éventuellement participer à une réforme de leur politique, et qu'elle puisse, et je cite le message: «soutenir une nouvelle approche se fondant sur les principes et les buts de la politique suisse de développement et user de son influence pour que les rigueurs liées aux programmes d'ajustement structurel affectent le moins possible les couches les plus pauvres de la population». C'est l'argumentation du message, et on peut difficilement y être opposé, c'est pourquoi nous sommes entrés en matière. Mais c'est pourquoi aussi nous demandons que la ligne de la politique suisse soit fixée clairement et qu'elle respecte les règles de la démocratie et de la transparence. Nous ne nous contenterons pas de déclarations d'intention non contraignantes au sujet du rôle de la Suisse. Notre pays doit respecter les principes et les objectifs de sa politique de développement, et non pas, selon le message, «promettre de prendre en considération ces principes», tout en déclarant, par ailleurs, s'aligner par principe derrière la politique destructrice de ces institutions. Nous savons d'expérience que de telles déclarations d'intention peuvent ne pas être respectées. Nous l'avons constaté en ce qui concerne la loi sur l'exportation de matériel de guerre et dans le cas de la garantie contre les risques à l'exportation. Nous ne nous contenterons donc pas de ces promesses.

C'est pourquoi il nous paraît aussi logique que, dans le cas où la Suisse adhère au Fonds monétaire et à la Banque mondiale, sa politique à l'intérieur de ces institutions soit transparente et publiquement contrôlable et qu'une commission extra-parlementaire y soit associée. Si ces conditions ne sont pas acceptées, nous refuserons l'adhésion, car il ne serait pas responsable, vis-à-vis de la population suisse, d'accepter que de telles sommes soient affectées à financer des politiques qui, à terme, seront nuisibles pour notre avenir à tous. Nous pensons en effet qu'il y a d'autres possibilités d'ouverture internationale de la Suisse qu'une alliance privilégiée avec les Etats-Unis et les principales puissances industrielles, et qu'on pourrait tout à fait imaginer, comme l'ont d'ailleurs fait certains représentants des populations du sud qui se sont exprimés dans le dernier numéro d'*Helvetas*, à propos de l'adhésion de la Suisse au Fonds monétaire internationale, que «si le gouvernement suisse souhaite s'associer à la construction et au développement du sud, il peut déposer les fonds de l'adhésion, par exemple, dans une Swiss development Bank qui serait dirigée par le gouvernement et qui développerait son activité selon les postulats les plus progressistes de la politique de développement suisse». Ils ont ajouté que, de cette façon, la Suisse serait à même d'évoluer dans une aire d'action beaucoup plus importante, de mieux contrôler l'investissement de ses moyens et de pouvoir soutenir d'autres projets que ceux de la Banque mondiale qui, à cause de sa politique de développement périmée, finance des projets dépassés, pour un monde dépassé.

Nous avons donc d'autres possibilités si nous ne pouvons pas obtenir ici que l'on fixe clairement les règles de notre participation. C'est la raison pour laquelle je vous invite à soutenir les minorités I et III, et, dans le cas de leur rejet, à refuser l'adhésion.

Rechsteiner: Die Schweiz ist bekanntlich einer der wichtigsten Horte für Fluchtgelder, die den Völkern der Dritten Welt abgepresst worden sind. Die Schweiz beteiligt sich an der Ausbeutung dieser Länder durch ungerechte Handels- und

Kapitalverkehrsbeziehungen. Wirksame Rechtshilfe verweigert sie regelmässig, wie der Fall Marcos belegt.

Der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen, insbesondere zum IWF, hat bekanntlich eine starke entwicklungspolitische Dimension. Wenn die Schweiz tatsächlich einen positiven Beitrag zur Verschuldungsproblematik leisten wollte, gäbe es gerade in der Schweiz sehr viel zu tun. Ein erster unabdingbarer Tatbeweis wären ernsthafte Massnahmen gegen Fluchtgelder, und ein erstes Zeichen wäre die tatsächliche Rechtshilfe im Fall Marcos. Ebenso dringend wäre der Einsatz für die Streichung der effektiv längst bezahlten Schulden der Dritten Welt. Der Beitritt zum IWF bedeutet jedoch prinzipiell das Gegenteil. Der IWF ist, wenn man seine Praxis betrachtet, eine neokolonialistische Agentur, mittels welcher die reichen und mächtigen Staaten des Westens, versammelt in der G-7, ihre ausserwirtschaftlichen Interessen dem Süden und nun auch immer mehr dem Osten gegenüber durchsetzen. Das politische Wohlverhalten den Mächtigen gegenüber, insbesondere den USA gegenüber, wird belohnt, wie die Fälle Aegypten und Polen belegen, und jede Abweichung von den Interessen der Reichen bestraft. Disziplinierungsmittel sind die Strukturanpassungsprogramme, deren verheerende soziale Auswirkungen, eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der grossen Mehrheit der betroffenen Bevölkerungen, notorisch sind, ohne dass die angestrebten makroökonomischen Ziele in der Regel erreicht worden wären. Die Umschuldungspolitik, um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, hat die frühere Kationenbootpolitik ersetzt.

Die Haltung zum IWF und zu seiner Politik kann aus linker Sicht unter diesen Umständen nur eine kritische sein. Es stellt sich einzig die Frage, ob die Kritik von innen oder die Kritik von aussen die wirksamere ist. Die tatsächliche Rolle des Finanzplatzes und des Fluchtgeldhorts Schweiz spricht gegen die Kritik von innen, denn es liegt die Vermutung nahe, dass die Schweiz im IWF strikt die sowieso schon übermächtigen Interessen der Reichen vertreten würde. Ein Korrektiv ist nur dann gegeben, wenn die Haltung der Schweiz verbindlich auf die entwicklungspolitischen Grundsätze festgelegt wird, wie das die Minderheit I (Vollmer) bei Artikel 6 des Bundesgesetzes (Vorlage B) verlangt. Andernfalls haben die von der Ueber-schuldung betroffenen Drittweltländer – ohne natürlich den Schweizer Einfluss zu überschätzen – von einem IWF-Beitritt nichts Positives, sondern höchstens Negatives zu erwarten. Das ist die Position des SPS-Parteitages aus dem Jahre 1990, die ich nach wie vor für richtig halte. Sicher gibt es auch gegen die Kritik von aussen ernst zu nehmende Einwände. Trotzdem: Die Tatsachen, dass es erstens für die währungspolitischen Aufgaben eine universelle Institution wie den IWF braucht, dass zweitens die Schweiz faktisch und finanziell heute schon weitgehend mit dabei ist, dass drittens die Schweiz ausserpolitisch traditionell eine fatale Neigung zum Isolationismus zeigt – alle diese Tatsachen reichen für ein Ja zum IWF nicht aus, wenn die Minimalbedingung der Verpflichtung auf die entwicklungspolitischen Grundsätze nicht erfüllt ist. Solange die dominierenden Staaten des Westens über den IWF gegenüber den betroffenen Bevölkerungsmehrheiten der Drittweltländer eine unverantwortliche Verelendungspolitik betreiben, stellen Kritik und Distanz zum real existierenden IWF keine isolationistische, sondern eine solidarisch-internationalistische Haltung gegenüber diesen Bevölkerungsmehrheiten dar. Aus dieser Sicht sind nach wie vor nicht die Kapitalverwertungsinteressen der wenigen reichen und wirtschaftsmächtigen Staaten massgebend, sondern die arme und ärmere Bevölkerung der Drittweltländer, deren Interessen heute mehr denn je von Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen – nicht mehr in erster Linie von Staaten, die kaum mehr Bewegungsspielraum haben – artikuliert werden.

Das spricht für Ablehnung dieser Vorlage, sofern nicht eine verbindliche Verpflichtung auf die entwicklungspolitischen Zielsetzungen erfolgt.

Eisenring: Die bisherige Debatte zwingt mich deshalb zu einigen Bemerkungen, weil wir so tun, als ob wir der Nabel der Welt seien. Wir sind offenbar Weltverbesserer auf der ganzen Linie. Wir sollten noch die Aufgaben der Finanzpolizei, der Kre-

ditpolizei – und was für Polizeien sonst noch erfunden werden – erfüllen. Ich bitte Sie zu bedenken, dass wir ein Kleinland sind, dass wir uns einer gewissen Zurückhaltung befleißigen müssen und dass wir nicht den grossen Mann spielen wollen, als der wir uns offenbar vorkommen, weil wir Geld geben sollten.

Völlig neben der Landschaft liegen die Bemerkungen in bezug auf die weltumspannenden Organisationen, wonach durch einen eventuellen Beitritt der Schweiz – gegen den ich bin – die reichen Länder noch stärker würden. Es wird völlig übersehen, dass Russland Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank werden wird, sodann über zehn befreite Länder, die alle zusammen Entwicklungsländer sind. Es gibt eine ganz neue Konstellation innerhalb von IWF und Weltbank. Wir haben diese Veränderungen in der Debatte bisher nicht berücksichtigen können. Die Botschaft konnte infolge der raschen Entwicklung der Ereignisse gar nicht mehr darauf eintreten.

Mich interessiert, wie in der künftigen Geschichte die vorliegende Botschaft beurteilt wird. Sie ist ein Pamphlet zugunsten des Beitrittes! Die Geschichte wird eine Nuancierung treffen. Wir stehen doch seit Jahr und Tag als eines der für die Weltbank wichtigsten Länder mit der Weltbank in Beziehungen. Gestern wurde beispielsweise in Zürich in 31 verschiedenen Titeln der Weltbank an der Börse Handel getrieben. Ich mache darauf aufmerksam – die Botschaft bemerkt das, allerdings mit Vorsicht, ebenfalls –, dass wir gegenüber der Weltbank über lange Zeit hin eine Präferenzstellung gehabt haben. 1962/1963 waren wir sogar froh – das richte ich an die Sozialdemokraten –, dass wir Weltbankanleihen gewähren konnten, weil es damals nicht nur gelang, an Vorzugsbedingungen anzuknüpfen, sondern die Emissionsbedingungen wurden tatsächlich mit der Möglichkeit schweizerischer Lieferungen ins Ausland gekoppelt. Die Weltbank hat diese mit dem auf unserem Markt aufgenommenen Kapital bezahlt.

Wesentlich für uns ist also nicht, dass wir Mitglied der Weltbank sind, sondern dass wir einen starken Kapitalmarkt haben und uns nach bestem Wissen und Gewissen gut verkaufen.

Es geht also nicht nur um Umweltbedingungen und um ein sogenanntes Mitspracherecht. Ich habe bewundert, wie Herr Bundesrat Stich in der ganzen Welt herumgelaufen oder -gefloten ist, um das Mitspracherecht in den beiden Institutionen in grösseren Zusammenhängen abzuklären. Das war hochinteressant. Aber halten wir uns doch nicht beim Grössenwahn auf. Unser Mitspracherecht bei der Weltbank und beim Währungsfonds wird sich konkret ungefähr auf dasselbe reduzieren, wie wenn ein Liechtensteiner, der eine St. Galler Auto Nummer kauft, im Appenzel an der Landsgemeinde sprechen will. (*Heiterkeit*) So ungefähr sieht *de facto* unser Mitspracherecht in Zukunft aus! Geben Sie sich also keinen Illusionen hin! Sie kaufen ja auch kein Kinobillet und glauben, sie hätten Einfluss auf den Ablauf der Filmgeschichte.

Wir müssen uns mit Realpolitik auseinandersetzen. Es wurde zu Recht gesagt, dass das Schwergewicht nicht so sehr bei den Beitragsleistungen liegt, sondern bei den Garantien. Ich betone in aller Form, dass diese Garantien honoriert werden müssen. Es ist daher nicht richtig, wenn die «Luzerner Neuesten Nachrichten» heute schreiben: «760 Millionen Franken nur für ein besseres Image». Die Zahl müsste anders lauten, nämlich einige Milliarden für ein besseres Image! Auch hier sollten wir ehrlich sein, und zwar gegenüber dem Volk.

Herr Blocher stellte die interessante Frage, woher es eigentlich komme, dass sich niemand so richtig für einen Beitritt erwärmen könne. Herr Stich und ich sind im gleichen Jahr in den Nationalrat gewählt worden; nur hat er es zu etwas gebracht. Damals war es Bundesrat Max Weber, der ein konsequenter Anhänger des Beitrittes der Schweiz zur Weltbank und zum Währungsfonds war. Die Meinung des Bundesrates lief damals aber darauf hinaus, erst den Uno-Beitritt abzuwarten und dann aufgrund des Uno-Beitrittes dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beizutreten.

Unser allseits – auch von den leeren Bänken – geschätzter Aussenpolitiker Herr Mühleman hat zwar in einem Interview erklärt, er sehe drei Prioritäten: erstens Westeuropa, zweitens

Osteuropa inklusive Sowjetunion und drittens Benützung der Bretton-Woods-Institutionen als «globale Etage». Die globale Etage ist aber wirklich nicht die Geldetage, sondern die politische Etage. Konsequenterweise müsste der Bundesrat daher auf sein ursprüngliches Konzept zurückkommen und es beim Volk noch einmal versuchen, ob es zu einem Uno-Beitritt reicht oder nicht. Vielleicht gelingt der zweite Anlauf. Ich bin aber nicht sicher, ob ich dann nicht doch erneut auf der Seite der Gegner stehen werde!

Ich bitte Sie, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

M. Matthey: Nous sommes en face des institutions de Bretton Woods, en face d'une organisation et d'institutions internationales complexes, donc faillibles, mais aussi perfectibles. Et nous avons à nous prononcer sur une attitude nationale et, en définitive, simple. Quelle place notre pays veut-il occuper sur la place internationale? Celle de l'isolement, de la solitude, ou celle de la participation, de la responsabilité commune et partagée, celle de la solidarité? L'isolement et avec qui, Madame Stocker, puisque vous nous avez interpellés directement? L'isolement avec Andorre, Cuba, Le Liechtenstein, Monaco, St-Marin et la Cité du Vatican. Ces pays ne participent pas au Fonds monétaire international et je ne crois pas qu'ils soient plus progressistes que les pays les plus pauvres de la planète. La participation et la solidarité, cela signifie être avec les cent cinquante-cinq pays qui participent au Fonds monétaire international, y compris les pays les plus pauvres.

On a souvent opposé l'aide multilatérale à l'aide bilatérale. Cette dernière n'a pas été remise en cause. Mais, les pays les plus pauvres de notre planète n'ont-ils pas besoin que l'on règle le problème de l'endettement, du soutien des cours des matières premières, de leur balance des paiements, du problème – pour nous – des migrations et de la politique monétaire? Comment pouvons-nous par l'aide bilatérale participer à la solution de ces problèmes qui ne peuvent être résolus que par l'ensemble des pays qui participent actuellement aux institutions de Bretton Woods. Il ne faut d'ailleurs pas idéaliser l'aide bilatérale. Cette aide est toujours liée à l'accord et à l'intérêt des pays qui l'accordent. On sait que, dans un certain nombre de circonstances, cette aide a été retirée parce que les gouvernements qui se sont succédé dans les pays bénéficiaires ne correspondaient plus à l'idée que les pays qui accordaient cette aide se faisaient des gouvernements qu'ils voulaient voir au pouvoir dans les pays en question. Il y a donc complémentarité de l'aide bilatérale et de l'aide multilatérale.

Certes, les institutions de Bretton Woods ont souvent été critiquées, et elles doivent continuer à l'être lorsqu'elles paraissent ne pas remplir le mandat qui leur est confié. Mais penser que l'on peut reconstituer une économie sans douleur est aussi une illusion. Dire que l'on pourra reconstituer les économies des pays de l'Est, des Républiques soviétiques, que l'on pourra reconstituer les économies des pays en voie de développement sans mesures difficiles, sans douleur pour leur population, c'est aussi leurrer la population. C'est aussi prendre le Fonds monétaire international pour un bouc émissaire que de mettre à sa charge la corruption, la bureaucratie que l'on rencontre dans un certain nombre de pays. Je crois que nous devons être, là aussi, extrêmement attentifs aux changements qui sont intervenus dans ces organisations.

Je me souviens de déclarations tout à fait claires du directeur du Fonds monétaire international et du directeur de la Banque mondiale contre, précisément, ce que certains ont appelé le non-interventionnisme en matière militaire. Les dépenses militaires ont été également largement contestées par les responsables mêmes du Fonds monétaire international. Il y a donc une évolution dans ces organisations dont on doit tenir compte.

En définitive, quelle est l'ambition de notre pays? L'ambition de notre pays est-il de rester une sorte d'officine comptable, comme le voudrait M. Blocher, devrait-il rester replié sur lui-même, à constater qu'il est seul sage? Je crains bien qu'à force de vouloir être sage il s'endorme et que personne ne vienne le réveiller.

Fischer-Sursee: Die Diskussion und Argumentation erstaunen. Grundsätzlich gegensätzliche Lager bekämpfen die Vorlage aus ebenso grundsätzlich gegensätzlichen Motiven. Noch selten habe ich in diesem Rat eine derart unheilige Allianz gesehen. Es ist schon ein Unikum, dass z. B. ein Christoph Blocher, ein Paul Eisenring mit einer Frau Bär oder einem Jean Ziegler am gleichen Strick ziehen.

Die Argumentationen, die hier vorgetragen werden, gehen am Kern der Sache vorbei. Da kommt jetzt einmal das Zeitelement: Wir fahren im Schnellzugstempo, wird behauptet. In der Regel hören wir hier das gegensätzliche Argument: Man wirft uns vor, es werde alles verschleppt, der Bundesrat handle nicht usw. Der Bundesrat hat aber bereits im Jahre 1982 die Erklärung abgegeben, dass er den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen anstrebe.

Als zweites kommt der Vorschlag, man solle zuwarten, bis die EG beziehungsweise der EWR für uns spruchreif sei. Meines Erachtens ist auch das ein taktischer Zug, denn erstens wissen wir nicht, wann die Frage EG für uns hier spruchreif ist, und zweitens handelt es sich bei der europäischen Integration und bei den Bretton-Woods-Institutionen um zwei Paar vollkommen verschiedene Schuhe. Sie haben miteinander überhaupt nichts zu tun.

Die Ziele der Bretton-Woods-Institutionen sind zweifelsohne unterstützungswürdig und auch für die Entwicklungsländer nützlich. Denken Sie an die stabilen Währungsverhältnisse, an die Beseitigung der aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und an eine vernünftige Strukturanpassung bei den Entwicklungsländern.

Hier ging der Vorwurf an die Weltbank, dass sie falsch gehandelt habe. Zweifelsohne war nicht alles, was die Weltbank getan hat, gut. Es sind Fehler vorgekommen. Aber es war auch nicht alles falsch. Sie hat sehr viel Nützliches und Gutes getan. Zudem wurden, wo Fehler passiert sind, diese erkannt. Man ist auch bestrebt, diese auszumerzen und nicht zu wiederholen. Ich erinnere Sie daran: Auch die privaten Entwicklungshilfeorganisationen haben ihre «Lehrblätze» machen müssen.

Ich komme nicht um den Eindruck herum, dass hier ein ausgesprochenen Stellvertreterkrieg geführt wird – über eine Sache und ein Thema, die hier nicht oder nur indirekt betroffen sind. Herr Biel hat darauf hingewiesen. Es geht im Kern doch um folgendes: Die Gegner einer vermehrten Entwicklungshilfe wollen Entwicklungsgelder abblocken. Die Befürworter einer vermehrten Entwicklungshilfe hingegen wollen die BWI direkt in die Entwicklungshilfe einbetten.

Meines Erachtens ist beides fragwürdig und schadet der Entwicklungshilfe. Ich fürchte nämlich, dass bei dieser Diskussion und bei der Abstimmung die Sache scheitern wird, denn viele Hunde sind bekanntlich des Hasen Tod. Ich verstehe daher die Befürworter einer vermehrten Entwicklungshilfe nicht ganz. Der Kommissionspräsident hat schon darauf hingewiesen: Bei einer Ablehnung werden die Gegner der Entwicklungshilfe die Gewinner sein, die Verlierer die Hilfswerke, denn ein Nein des Volkes wird zweifelsohne von den Gegnern in ein Nein gegen eine vermehrte Entwicklungshilfe umfunktioniert werden.

Ich möchte Sie daran erinnern: Die Schweiz ist heute beim Währungsfonds und bei der Weltbank Trittbrettfahrer. Wir bezahlen zwar, partizipieren aber nicht an der politischen Verantwortung. Der Schweiz steht es daher nicht schlecht an, sich an den BWI direkt zu beteiligen.

Frau Haering Binder: Wer heute den Beitritt der Schweiz zum IWF befürwortet, weist darauf hin, dass sich die Entwicklungspolitik der Bretton-Woods-Institutionen seit einigen Jahren im Wandel befindet und soziale Aspekte stärker berücksichtigt als ehemals, er weist darauf hin, dass diese Institutionen nach dem Zerfall des Ostblocks heute keine Frontorganisation der USA mehr sind, weist darauf hin, dass zurzeit international die Karten neu verteilt werden und dass sich die Schweiz daran beteiligen soll.

Das mag alles wohl so sein, aber nur unter dem Gesichtspunkt einer einzigen Logik, nur unter dem Gesichtspunkt der weltweiten kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Die IWF-Strukturanpassungsprogramme haben trotz der seit 1987 eingeführten zusätzlichen Programme der sozialen Dimension verheerende Auswirkungen auf die ärmsten Bevölkerungsschichten der Dritten Welt. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Der Wirtschaft der strukturanangepassten Länder geht es besser, breiten Bevölkerungsschichten schlechter. Der Oberschicht in den strukturanangepassten Ländern geht es besser; der Unterschicht – und dabei insbesondere den Frauen – geht es schlechter. Die traditionellen sozialen Netze in diesen Ländern zerfallen. So zementiert der IWF eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung, eine Weltwirtschaftsordnung, die den ärmsten Bevölkerungsschichten der Dritten Welt noch für Generationen eine lebenswerte Perspektive verbaut, eine Weltwirtschaftsordnung, die den Preis der Anpassung ausschliesslich den Ländern des Südens und des Ostens überbürdet, obwohl für ihren Erfolg ebenso Anpassungsmassnahmen bei uns notwendig wären.

Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke hat diese Massnahmen, die bei uns zu ergreifen wären, gestern in einem Schreiben an Sie alle nochmals wiederholt. Sie lauten:

1. massiver Schuldenerlass;
2. Abbau protektionistischer Hürden. Ich verstehe darunter auch die Exportrisikogarantie;
3. ökologische Reformen;
4. eine neue Rohstoffpolitik.

Hinzuzufügen wären zudem wirksame Massnahmen gegen Fluchtgelder hier bei uns in der Schweiz.

Solange sich nur die Entwicklungsländer anpassen müssen, nicht aber auch die Industrieländer, solange tickt eine Zeitbombe.

Wenn Sie es also ernst meinen mit Ihrem Engagement für die Länder des Ostens und des Südens, dann müssen Sie zu diesen Anpassungsmassnahmen hier bei uns ja sagen.

Es stimmt, die Karten werden heute weltweit neu verteilt. Doch das Verheerende daran ist, es gilt nur noch eine einzige Karte, es gilt nur noch eine einzige Farbe. Die ungeschminkte Logik der Marktwirtschaft wird nicht Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der Länder des Ostens und des Südens. Diese Länder werden kaum mehr Spielraum haben für eine selbstbestimmte und ihrem Land angepasste Entwicklung.

Und dies wird leider so sein mit oder ohne Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods. Ich denke, die Mitarbeit der Schweiz im IWF wird dessen Politik weder massiv verbessern noch verschlechtern. So bedeutend sind wir dann doch nicht. Vergessen Sie das faktische Vetorecht der Vereinigten Staaten, das faktische Vetorecht der EG bei den entscheidenden, wichtigen Beschlüssen nicht. Diese Einschätzung relativiert einerseits die Bedeutung der konkreten Anträge, die wir im Rahmen der Detailberatung zu bereinigen haben werden, andererseits ist es um so erstaunlicher und um so stossender, dass der Bundesrat nicht bereit ist, diesen Forderungen formell entgegenzukommen. Sie stellen das absolute Minimum an Bedingungen dar, die heute für den Beitritt der Schweiz zum IWF zu fordern sind.

Dreher: Zweifellos hat der IWF seine guten Seiten. Er ist eine jener Institutionen, die korrupte Volkswirtschaften diszipliniert, in denen die kolonialen Reserven verprasst werden und lokale Oligarchien glauben, das Land als Privatbesitz behandeln zu können, und eine Misswirtschaft betreiben, wie wir sie leider kennen.

So bleibt also das Problem des Preises. Es geht ja ums Geld. 9000 Millionen Franken sollten wir dafür ausgeben. Es sind nun nicht die einzigen 9000 Millionen Franken, die wir in nächster Zeit ausgeben sollten. Es steht eine Neat an für 30 000 Millionen Franken, von denen man noch nicht so recht weiss, wie sie finanziert werden sollen. Bleiben wir also bei diesen 9000 Millionen Franken, bei einer leeren Bundeskasse! Da stellt sich natürlich die Frage, ob das sinnvoll sei. Wir sind der Auffassung: Bei dieser Sachlage ist dieses Engagement nicht sinnvoll.

Betrachten wir das Projekt daher realpolitisch: Wir wissen, das Referendum ist angekündigt. Das Referendum wird im Falle der Zustimmung zum Beitritt ergriffen werden. Das Referendum wird zustande kommen, und wir werden eine Volksab-

stimmung haben. Ich kann Ihnen schon heute und im voraus sagen – wir haben doch alle die Erfahrung gemacht mit Vorlagen, welche der Stimmbürger und die Stimmbürgerin, um niemandem nahezutreten, nicht durchschauen –, was dann passieren wird!

Ich erinnere Sie an das letzte Finanzpaket, das weitherum nicht verstanden worden ist. Die Versenkung dieser Vorlage ist vorprogrammiert. Wenn man dem Volk noch sagt, dass sie 9000 Millionen Franken kostet und niemand so recht weiss wofür, dann ist die Chance einer Annahme sehr, sehr gering. Ich glaube, dass es bei dieser Sachlage doch wohl gescheiter wäre, auf das Eintreten zu verzichten oder allenfalls Rückweisung zu beschliessen, als nachher einen Scherbenhaufen und ein bisschen internationale Verstimmung zu haben, die sich allerdings auch wieder legen würde.

Frau Uchtenhagen: Nur ganz kurz: Ich möchte mich an die Skeptiker bei den Linken und Grünen wenden, weil ich bis vor kurzem auch zu ihnen gehört habe. Ich fand die Politik, die der IWF und die Weltbank in den Entwicklungsländern betrieben, zum Teil sehr schlecht – auch als Oekonomin –, weil man auf die politischen Strukturen keine Rücksicht nahm und mit einer monetaristischen Politik ohne Auflagen dann eben erreichte, dass in diesen feudalen und militaristischen Diktaturen die nötigen Strukturanpassungen wirklich zu Lasten der Armen und Schwachen durchgeführt wurden.

Ich habe anhand von vielen Entwicklungsprojekten, die ich selber studiert habe, feststellen können, dass hier wirklich Korrekturen vorgenommen worden sind, dass man sich mehr bemüht, mit Auflagen zu arbeiten, die dazu führen, dass die Rechnung nicht nur von den Schwächsten bezahlt wird. Dass jede Strukturanpassung schwierig ist, wenn man u. U. jahrelang ökonomisch falsch operiert hat, das kann man nicht aus der Welt schaffen. Ich glaube, heute haben die Weltbank und der Währungsfonds gelernt, und wir sollten jetzt unsere internationale Solidarität manifestieren, indem wir dieser Vorlage zustimmen.

Für mich gibt es aber noch einen weiteren wichtigen Grund. Wir haben in der Wirtschaftskommission gehört: Es wird uns eine sehr grosse Vorlage über die Osthilfe vorgelegt werden. Wenn wir in diesen Ländern die Demokratie am Leben erhalten wollen und soziale, marktwirtschaftliche Regime sich etablieren lassen wollen, dann braucht es eine ganz grosse Hilfe aus dem Westen. Es gibt nur die Weltbank und den IWF, die diese Hilfe koordinieren können. Ich wüsste nicht, wer das sonst tun könnte. Diese Institutionen haben diese Aufgabe auch bereits übernommen. Deswegen finde ich es sehr wichtig, dass man jetzt diesen Institutionen beitritt. Ich bitte Sie also, für Eintreten zu stimmen.

Spälti: Die bisherige Diskussion hat gezeigt, dass es zwar gute Gründe für einen Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods gibt. Allerdings ist ebenso klargeworden, dass einige der geäusserten Bedenken gegen einen Beitritt sehr ernst genommen werden müssen. Man kann sich wirklich fragen, ob das heutige wirtschaftliche und finanzielle Umfeld überhaupt geeignet ist, mit einer solchen Vorlage vor das Volk zu kommen.

Eines möchte ich – völlig unabhängig von der Position, welche man schliesslich einnimmt – festhalten: Mühe bereiten mir die Argumente der fundamentalistischen entwicklungspolitischen Kreise, die sich – natürlich nicht zu Unrecht – stets gegen die Rüstungsausgaben in den Entwicklungsländern gewendet haben und das auch heute tun. Ich habe aber interessanterweise in der ganzen Diskussion zu diesem Punkt nichts gehört.

Wahrscheinlich deshalb, weil es gerade der IWF ist, als meines Wissens einzige internationale Institution, der Anliegen aufgenommen hat, die auch der humanitären Schweiz an sich wichtig sind. Es ist der IWF, der die Kosten der Hochrüstung in der Dritten Welt in den Jahren 1972 bis 1988 untersuchte und deutlich darstellte, dass die Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer zu Lasten ihrer Wirtschaftsprogramme gehen. Entwicklungsländer geben durchschnittlich über 6 Prozent ihres Brutto sozialproduktes für Rüstung aus, und nicht eingeschlossen

– so die Studie des IWF – sind militärische Geschäfte, die mit Auslandhilfe getätigt werden oder die mit Geldern ausserhalb der jeweiligen Etats bezahlt werden. Der Anteil der erfassten 125 Drittweltländer an den weltweiten Militärausgaben beträgt sage und schreibe 55 Prozent!

Der IWF hat – das kann man nicht bestreiten – mit konsequenter Haltung immer wieder auf diesen fatalen Rüstungswettlauf in den Entwicklungsländern hingewiesen. Es ist der gemeinsame Entwicklungsausschuss von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, der dieses Jahr zum ersten Mal verlauten liess, dass jene Drittweltländer mit übermässig hohen Militärausgaben in Zukunft Schwierigkeiten haben würden, Kredite von der Weltbank zu bekommen. Dieser Ausschuss forderte von den Entwicklungsländern, die öffentlichen Ausgaben – einschliesslich der Militäraufwendungen – neu zu ordnen, um sich mehr auf den Kampf gegen die Armut ausrichten zu können, also gerade etwas, was die Entwicklungskreise an sich fordern.

Obwohl diese Forderungen natürlich die Souveränität der einzelnen Entwicklungsländer einschränken, will die Weltbank auf diese übermässigen Ausgaben für Waffen in den Entwicklungsländern hinweisen und die Entwicklung beeinflussen, um mehr für Gesundheit und Erziehung in die Wirtschaftsprogramme der Länder der Dritten Welt einfliessen zu lassen. Dieser Punkt sollte unabhängig davon, welche Position man gegenüber dieser Vorlage einnimmt, um der Objektivität willen doch auch einmal festgehalten werden. Mit Schlagworten und einseitigen Positionen lösen wir diese Probleme nicht.

Frau Mauch Ursula: Nachdem von grüner Seite her die politischen Kontrahenten heute eher links geortet worden sind, möchte ich doch für die Fraktion klarstellen, was zu unserer Zustimmung zur Vorlage geführt hat.

1. Wir erachten den innenpolitischen Trend zum Isolationismus als eine der grössten Gefahren für unser Land und unsere Gesellschaft. Es gibt nicht einen guten und einen schlechten Isolationismus, sondern es gibt ihn nur an sich, und wir sind damit nicht einverstanden. Es geht in erster Linie nicht um Folgen eines allfälligen wirtschaftlichen Isolationismus. Dieser wird mit Bestimmtheit nicht erfolgreich sein, ganz im Gegenteil. Unsere Erfahrung zeigt, dass weltwirtschaftliche Offenheit gepflegt wird und daneben reaktionäre Politik im Inland. Das ist ein altbekanntes Muster der politischen Rechten. Ältere Wirtschaftsführer wie Herr Leutwiler lassen grüssen! Mit der Ausbreitung des gesellschaftlichen, politischen und geistigen Isolationismus wird nach unserer Meinung innenpolitisch sehr viel aufs Spiel gesetzt. Mit unserer Haltung gegenüber dieser Vorlage möchten wir darlegen, dass wir mit Bestimmtheit gegen isolationistische Tendenzen kämpfen wollen.

2. Die Begriffe Mitbestimmung und Mitgestaltung sind für die SP nach wie vor positiv besetzt. Wenn die Schweiz den Willen hat, ihre Möglichkeiten der Mitgestaltung in den Institutionen wahrzunehmen, können wir mithelfen, was alle hier ja wollen, nämlich mehr zu tun für die Aermsten dieser Welt.

Die SP als politische Kraft in diesem Land hat diesen Willen. Das ist auch der Grund, warum wir dieser Vorlage zustimmen.

Oehler, Berichterstatter: Es scheint, dass wir uns in unserer Diskussion in einer schier ausweglosen Situation befinden. Wenn ich die Diskussion passieren lasse, habe ich angesichts der uns bevorstehenden Wochen mit dem Endziel vom 20. Oktober ein gewisses Verständnis dafür, dass die eine oder der andere unter uns mit ihrem oder mit seinem oralen Kürlaufen, den geistigen Pirouetten und dem eingebauten Saito mortale für Entwicklungshilfe ein bisschen über das Ziel hinaus schiessen musste. Die Frage, worum es letztlich eigentlich geht, ist in der Botschaft auf Seite 83 klar umschrieben und vom Bundesrat festgehalten worden.

Herr Eisenring hat uns dargelegt, wir täten so, als ob wir angesichts der Vorlage den «Nabel der Welt» zu spielen versuchten, wo wir doch wegen der allgemeinen Situation mittlerweile einen ganz anderen Platz einzunehmen hätten. Ich gestatte mir, nicht auf die einzelnen Voten einzugehen, sondern die Voten in vier Gruppen aufzuteilen.

Die Gruppe 1 nenne ich die Optimisten, die hoffen, durch das Abseitsstehen – vor allem mit den Anträgen von Frau Bär und von Herrn Baerlocher – aus eigenen Anstrengungen von aussen her die Weltbank und den IWF zu verändern, aber vor allem Entwicklungshilfe zielstrebig und erfolgversprechend betreiben zu können.

Herr Spälti hat uns dargelegt, dass dann und wann die starke Hand notwendig ist, damit da und dort für Ordnung gesorgt wird.

Herrn Steffen und Herrn Dreher stuft ich – in der Gruppe 2 – als die Pessimisten ein, welche – um Klartext zu reden – die Entwicklungshilfe ablehnen, auf dasselbe Ross aufsteigen und das Fuder mit den anderen von links und rechts in die Scheune einzufahren versuchen.

Die Utopisten als dritte Gruppe mit dem neudeutschen Wort «wait and see», Herr Schüle und auch Herr Reimann, wollen die Vorlage mit der EWR-Abstimmung kombinieren oder das Fuder überladen; denn der andere will gar nicht, dass beide miteinander ins Ziel kommen.

Die Realisten sind die vierte Gruppe; ich zähle hier Herrn Blocher dazu, der uns die tatsächlichen Verhältnisse aufgezeigt hat. Die Schlussfolgerungen erwähnte ich eingangs. Es scheint, als ob wir sicher mit einem Referendum zu rechnen haben, wenn wir dem Beitritt zustimmen. Soll uns die Angst vor den Volksrechten, vor einem Ja oder Nein, davon abhalten, einen richtigen Entscheid zu fällen? Ich bin der Meinung nein. Wenn im Nachgang zu unserem Entscheid ein Referendum ergriffen werden sollte, ist das ein Volksrecht, und wir werden uns dem Volk zu stellen haben. Aber ich möchte jene Kreise, welche sich sehr intensiv und mit ehrlichen Absichten hinter die Entwicklungshilfe stellen und sich für die armen Länder und Völker dieser Erde einsetzen, daran erinnern, dass sie die Verantwortung mittragen, wenn wegen ihres Verhaltens und wegen ihrer Argumente die Entwicklungshilfe letztlich Schiffbruch erleidet. Ob das das Idealziel ist, wage ich zu bezweifeln; im Gegenteil. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, dass wir nicht versuchen sollten, über unser Verhalten in diesem Saal oder über unsere Argumente die Weltbank und den IWR verändern zu wollen, sondern dass wir unseren Beitrag über die Solidarität, mit unserem Einsatz leisten. Die Ziele sind auf Seite 83 der Botschaft dargelegt.

Zuletzt noch zum Eilzugstempo, das uns und dem Bundesrat vorgeworfen wird: Herr Fischer-Sursee hat darauf hingewiesen, und Sie können es in der Botschaft auf Seite 87 ebenfalls nachlesen, dass der Bundesrat bereits 1982 einen Grundsatzentscheid gefällt hat. Warum sich das Szenario seit einem Jahr so abspielt, wie wir es erleben, können Sie auf Seite 83 nachlesen. 1982 also der Grundsatzentscheid, 1991 der Vorwurf an den Bundesrat, er betreibe seit neun Jahren Eilzugstempo. Wer das meint, sieht die Sache entweder durch eine unsaubere oder durch eine falsche Brille.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig bei einer Enthaltung, in Anwesenheit von 22 ihrer 23 Mitglieder, auf die Vorlage einzutreten. Ich möchte das all jenen, die gegen die Botschaft gesprochen haben, in Erinnerung rufen.

M. Etique, rapporteur: Le débat auquel nous venons d'assister sur l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods est révélateur de la mentalité qui est en train de s'installer en Suisse à propos de notre participation aux institutions et aux organisations chargées de gérer la solidarité internationale ou l'intégration européenne. Une certaine radicalisation du débat s'opère avec, d'un côté, ceux qui demandent que la Suisse adhère à tout, et à tout prix, parce qu'il faut absolument faire comme tout le monde. Et, d'un autre côté, ceux qui estiment qu'il faut rester à l'écart à tout prix, parce qu'il ne faut précisément pas faire comme les autres. Je n'appartiens personnellement ni à l'une ni à l'autre de ces tendances; je préfère une approche pragmatique et sélective des problèmes, seule capable de prendre en compte tout à la fois nos intérêts légitimes et l'expression d'une nécessaire solidarité internationale. Je constate, et on peut le regretter, que ce débat a dégénéré en un débat sur l'aide au développement. C'est bien dommage, c'est même illogique, puisque le Fonds monétaire international n'est pas une institution d'aide au développement,

mais conserve dans ses objectifs une priorité monétaire internationale. On peut constater avec un certain amusement que ce débat a été le prétexte d'une attaque en règle contre l'économie de marché et l'économie libérale de la part de ceux qui semblent digérer très difficilement l'effondrement et la faillite de l'économie planifiée dans les pays de l'Est.

A Mme Bär, je répondrai les choses suivantes: nous avons une fois de plus assisté à une tentative de culpabilisation des pays industrialisés face à ce qui se passe dans les pays en voie de développement. La misère de ces derniers, c'est aussi le fait d'une politique laxiste en matière financière et budgétaire des gouvernements de ces pays. Il s'agit, par les actions du Fonds monétaire international, d'éradiquer les causes pour faire disparaître les déséquilibres structurels que connaissent les pays bénéficiaires de l'aide. Enfin, il faut reconnaître et constater que les programmes d'ajustement imposés par le Fonds monétaire international sont aussi une condition posée par les bailleurs de fonds, et que si ces programmes d'ajustement et leur caractère conditionnel allaient disparaître, ce serait tout simplement l'ensemble de l'aide internationale qui s'effondrerait.

A M. Steffen je ferai les observations suivantes: il y a un danger de procéder à toutes sortes d'amalgames entre des problèmes qui n'ont rien à voir les uns avec les autres. Vous avez évoqué, Monsieur Steffen, le problème de l'ONU. Je plaide aujourd'hui en faveur de l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods, alors que j'étais fermement opposé à l'adhésion de notre pays à l'ONU, par exemple. Cette solution est un bon compromis entre ceux qui veulent faire le moins possible en faveur des pays en voie de développement et ceux qui voudraient faire tout et à n'importe quel prix. Il faut aussi remarquer que, si la famine règne en Ethiopie, il n'en va pas de la responsabilité du Fonds monétaire international, et qu'enfin le bilatéralisme n'est plus possible exclusivement, compte tenu de l'ampleur et de la globalisation des problèmes.

A M. Blocher je ferai remarquer que le Fonds monétaire international et la Banque mondiale ne sont évidemment pas des sociétés à faire de gigantesques bénéfices. Nous sommes satisfaits si ces institutions tournent et sont bien gérées. En ce qui concerne les 77 pour cent de nos engagements au Fonds monétaire international sur lesquels on pourrait tirer, il faut faire observer que ce serait, en cas d'effondrement du système monétaire et financier international, effondrement dans lequel la Suisse, compte tenu de ses relations internationales, serait impliquée quoi qu'il en soit. Je fais encore observer à M. Blocher que le développement des ressources de la Banque mondiale est aussi fonction du développement et de la croissance économique mondiale.

La commission vous demande de rejeter les propositions de non-entrée en matière ainsi que les deux suggestions de renvoi de MM. Reimann Maximilian et Schüle. Il ne faut en effet pas faire un amalgame entre l'adhésion aux institutions de Bretton Woods et la problématique de l'Espace économique européen. Il n'y a pas de relation entre ces deux événements, et je fais remarquer à M. Schüle qu'il est faux de vouloir sacrifier l'ensemble de nos réflexions et de nos intérêts sur la seule problématique européenne, parce que nos intérêts sont également à l'extérieur de l'Europe et les dossiers, comme ceux du GATT et des institutions de Bretton Woods, doivent également être traités dans les meilleurs délais.

Enfin, nous vous invitons à rejeter la proposition présentée par M. Baerlocher qui voudrait assortir l'adhésion de la Suisse au Fonds monétaire international et à la Banque mondiale de quatre conditions, deux qui dépendraient exclusivement de la Suisse, c'est-à-dire l'institution d'un organe consultatif dont nous parlerons dans le cadre de l'article 6 de la loi, et l'élaboration d'une politique à suivre par nos représentants aux institutions en vue de remédier aux points faibles de la politique macro-économique.

Nous estimons aussi que M. Baerlocher va trop loin lorsqu'il demande purement et simplement l'annulation de la dette mondiale et nous lui faisons observer que les institutions de Bretton Woods fonctionnent selon des statuts et avec des organismes qui en garantissent ou en assurent un minimum de fonctionnement démocratique.

Pour toutes ces raisons, nous vous invitons à rejeter les propositions de renvoi et de non-entrée en matière.

Bundesrat Stich: Wir haben heute sehr viel über die Bretton-Woods-Institutionen gehört. Herr Blocher hat die Frage aufgeworfen, wer eigentlich dafür verantwortlich sei, dass wir die Beitrittsfrage überhaupt diskutieren.

Es ist richtig, der Bundesrat hat 1982 den Grundsatzentscheid getroffen. Er hat damals entschieden, der Uno die Priorität zu geben, weil die Uno die politische Institution ist, eine Institution, die sich vor allem mit Krieg und Frieden in dieser Welt auseinandersetzt. Diese Einschätzung des Bundesrates war richtig.

Herr Blocher fragte sich, wieso wir dazu kommen, das jetzt plötzlich zu tun. Sind die Entwicklungshilfeorganisationen daran interessiert? Da hat er offenbar doch gewisse Zweifel bekommen, nachdem er heute gehört hat, was die Entwicklungshilfeorganisationen oder ihnen nahestehende Leute alles über den IWF erzählen; sie können also nicht der Auslöser gewesen sein. Er hat sich überlegt: Ist es die Wirtschaft gewesen, die das verlangt hat? Da ist er offensichtlich zum Schluss gekommen, dass er es gewusst hätte, wenn dem so wäre, ergo könne das auch nicht sein. Und er hat den Schluss gezogen, ergo müssten es die Beamten gewesen sein.

Das ist seine Schlussfolgerung. Aber zu dieser Schlussfolgerung kommt man nur dann, wenn man davon ausgeht, dass man in der Schweiz keinen Bundesrat hat und vor allem eine Regierung, die nie führt. Viele Leute haben sich etwas daran gestossen, dass der Bundesrat dieses Beitrittsgesuch gestellt hat, ohne auf mindestens sieben Motionen zu warten, die das von ihm verlangt haben. Das passt nicht ins Bild, und deshalb darf das nicht so sein.

Herr Eisenring hat gefunden, eigentlich gehe das auf Max Weber zurück, der 1967 ein Postulat eingereicht hat. Damals war man in den Forderungen noch etwas zurückhaltend. Wenn Sie genau nachgesehen hätten, Herr Eisenring, hätten Sie festgestellt, dass dieses Postulat auch meine Unterschrift trägt, damals allerdings aus einem anderen Grund. Damals haben wir gehofft – im Gegensatz zu dem, was viele Gegner heute angenommen haben –, vielleicht könnten wir doch etwas tun, um eine unmögliche Währungspolitik des IWF etwas zu korrigieren, auch wenn wir nicht massgebend wären.

Ich möchte all denjenigen Leuten etwas sagen, die auf der einen Seite den IWF gerne demokratisieren möchten, die dann aber ihre Zweifel wegen einem zu kleinen Anteil an Stimmrechten haben, weil wir immerhin nur das dreizehntgrösste von diesen 155 Ländern wären: Ich habe im Jahre 1947 zum ersten Mal an einer eidgenössischen Volksabstimmung teilgenommen, als es um die Einführung der AHV ging. Das war meine erste Volksabstimmung. Seither, das kann ich Ihnen versichern, habe ich eine einzige eidgenössische Volksabstimmung verpasst, weil man damals noch nicht mit Zustellungs-couvert stimmen konnte. Ich kann Ihnen auch sagen: Ich mache mir keine Illusionen. Denn wenn es eine oder zwei Millionen Stimmberechtigte gibt und ich eine Stimme habe, zählt diese gleich viel wie jede andere. Da könnte ich mich auch fragen: Was soll's eigentlich? Ich habe ja wirklich nichts zu sagen! Und trotzdem bin ich immer zur Abstimmung gegangen, und zwar aus der Ueberzeugung heraus, dass es richtig, dass es notwendig ist, dass man Stellung nimmt. Ich bin sogar gegangen, wenn ich gewusst habe, dass ich am Abend bei den Verlierern sein würde. Sogar dann bin ich gegangen! Mir scheint, das allein wäre doch eine Motivation, in einer internationalen Organisation etwas mitzubestimmen.

Die Frage stellt sich: Warum wollen wir denn und warum sollen wir denn eigentlich diesen Institutionen beitreten? Viele Leute denken, Weltbank und Währungsfonds hätten nur mit Währung und mit Finanzplatz etwas zu tun. Natürlich trifft das auch zu, denn der schweizerische Kapitalmarkt hat immerhin 20 Prozent der Mittel der Weltbank aufgebracht. In bezug auf die Währung können wir heute immer noch sagen, dass sich der Schweizerfranken an der fünften bis sechsten Stelle der Welt befindet. Er ist also nicht ganz unbedeutend. Ich begreife jedoch die sehr vielen, die finden, dieser Finanzplatz und diese Beteiligung interessierten sie nicht sehr. Ihnen möchte

ich sagen, dass der Werkplatz Schweiz ein sehr grosses Interesse hat, an stabilen Währungsverhältnissen und natürlich auch an guten Bedingungen für den Import und Export. Das heisst, dass die Beziehungen zwischen den Ländern so gestaltet werden, dass es möglichst nicht allzu viele Hindernisse gibt.

Erstaunlich ist es dann, wenn hier gesagt wird, man müsse die Weltordnung verbessern. Ich würde da gerne mithelfen, aber Sie können nichts verbessern, wenn Sie im Schneckenhaus bleiben, sondern Sie müssen eben antreten und Ihre Anträge einbringen. Das ist die einzige Möglichkeit.

Interessant ist, dass sich bis jetzt niemand dagegen gewehrt hat, dass wir schon längstens beim Gatt Mitglied sind. Das Gatt will ja die Handelsrelationen etwas vereinfachen, um – verallgemeinernd – gleiche Bedingungen für alle zu schaffen, im Süden wie im Norden. Darüber hat noch niemand etwas gesagt. Aber hier, wo es darum geht, die Währungsverhältnisse zu stabilisieren, da ist man offensichtlich sehr skeptisch. Da halte ich es mit Herrn Biel. Herr Biel hat Ihnen zu Recht gesagt, die Leute hätten offensichtlich vergessen, warum es überhaupt einen Währungsfonds gebe. Es gibt ihn, weil man anlässlich der Atlantik-Charta gefunden hat, man müsse nun am Ende dieses Zweiten Weltkriegs dafür sorgen, dass in der Welt andere Verhältnisse herrschten als in der Zwischenkriegszeit. In der Zwischenkriegszeit ist das Währungssystem zusammengebrochen, sind die Handelsbeziehungen eingeschränkt worden, total natürlich dann durch den Krieg. Aber an sich hat dieser Zusammenbruch in der Zwischenkriegszeit zur Weltwirtschaftskrise geführt. Die weiteren Zusammenhänge mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges muss ich hier wahrscheinlich nicht weiter erläutern. Diese Situation war für die Gründung massgebend.

Vielleicht werden Sie mir jetzt sagen, das sei heute nicht mehr notwendig, das sei nicht mehr das gleiche. Da muss ich Ihnen folgendes erwidern: Der Bundesrat hat im Jahre 1982 den Beitritt beschlossen. Etwa im Jahre 1982 – da erinnere ich mich sehr gut – ist ein bedeutendes Land zwischen Mittel- und Nordamerika in eine akute Zahlungsbilanzkrise gekommen. Ich bin damals nicht im Bundesrat gewesen. Ich habe also den Antrag nicht stellen können, den Bretton-Woods-Institutionen beizutreten. Aber ich bin in der Eidgenössischen Bankenkommision gewesen. Damals haben wir uns in dieser Kommission – übrigens zusammen mit der Nationalbank – eingehend darüber unterhalten, was passieren würde und was zu tun wäre, wenn es in diesem Land zu einer Einstellung der Zahlungen käme mit der Konsequenz, dass nachher so und so viele Banken zusammenbrechen würden und dann dasselbe geschähe, was in der Weltwirtschaftskrise passiert ist.

Sie sehen damit, dass diese Probleme vielleicht näher sind, als wir es gerne hätten, denn gerade mit der heutigen weltweiten Ueberschuldung ist es nicht so sicher, dass wir immer davor verschont bleiben. Deshalb ist es notwendig, dass man solche Institutionen hat. Für den Währungsfonds, aber auch für die Weltbank gibt es keine Alternative. Man braucht sie, und deshalb ist es auch richtig, wenn die Schweiz mitmacht.

Man kann natürlich sagen, dass man nicht vom Sparen reden könne – Herr Blocher –, wenn man gleichzeitig Milliarden ausgeben. Hier handle es sich von vornherein um verlorenes Geld. Glauben Ihre Aktionäre, Herr Blocher, dass sie von Ihnen das Geld wieder einmal zurückbekommen? (*Zwischenruf Blocher: Jawohl!*) Das ist eine Frage, die man sich stellen kann. Eben, die Aktionäre haben Ihnen das Geld gegeben, weil sie hoffen, das Geld vielleicht wieder einmal zu bekommen oder die Anteilscheine verkaufen zu können, um so zum Geld zu kommen. Vor allem aber möchten sie natürlich einen Ertrag haben. Das ist im Grunde genommen bei dieser Anlage ja auch so. Diejenigen, die ihr Geld zur Verfügung stellen, beteiligen sich am Währungsfonds, sie beteiligen sich an der Weltbank, und sie glauben, und wir glauben alle – zumindest mit der gleichen Berechtigung wie Ihre Aktionäre –, das Geld nicht zu verlieren. Dazu muss man ganz klar sagen: Es geht trotz allem eben nicht um 9000 Millionen – Herr Dreher –, sondern im Moment um 433 Millionen Franken, die in den nächsten fünf Jahren haushaltwirksam sind. Sie können ruhig abwinken, es macht nichts, aber es ist trotzdem so.

Die Weltbank – das muss man vielleicht noch einmal sagen – hatte am 30. Juni 1990 Gesamtdarlehen im Umfang von 89 Milliarden Dollars ausstehend. Davon wurden 2,9 Milliarden von den Schuldnern nicht bedient. Das sind 3,2 Prozent der Gesamtkredite. Umgekehrt hat die Weltbank damals Rückstellungen für Forderungsausfälle von 1,25 Milliarden Dollar und allgemeine Rückstellungen von 9,2 Milliarden Dollar, also 10,5 Milliarden Dollar eigene Mittel, gehabt. Wenn Sie diese beiden Zahlen vergleichen – 2,9 Milliarden nicht bediente Forderungen im Moment und 10,5 Milliarden oder 11,8 Prozent Eigenkapital –, dann müssen Sie sagen, dass die Weltbank verhältnismässig ein sehr grosses Eigenkapital hat und die Forderungen in gar keiner Art bedroht sind. Die Weltbank hat ein «Tripel A» in der Bewertung, das ist die höchste Stufe, die man auf dem Kapitalmarkt haben kann. Sie ist auch darauf angewiesen, das in der Zukunft zu haben. Denn sie muss ja auch Kredite aufnehmen.

Man kann sagen, man sollte sparen. Aber hier handelt es sich im Grunde genommen um eine Investition. Völlig falsch ist es aber zu sagen, es gehe um Ausgaben von über 9 Milliarden. Es ist der Vergleich mit der Finanzordnungsvorlage (Abstimmung vom 2. Juni 1991) gemacht worden: Am 2. Juni war – von mir aus gesehen – die falsche Anschuldigung entscheidend, wir würden die Steuern erhöhen. Das war ein Argument, das falsch war. Aber wenn man etwas Falsches genügend wiederholt, hat es unter Umständen doch Erfolg.

Hier muss ich ganz klar sagen, auch Herrn Steffen: Es ist nicht richtig, wenn man sagt, der Beitritt koste 9,8 Milliarden Schweizerfranken. Das ist sachlich nicht richtig. Bei der Weltbankgruppe haben wir lediglich ausgabenwirksame Beitrittskosten von 433 Millionen Franken; beim Rest (4,5 Milliarden) handelt es sich um Garantieleistungen. Beim IWF sind es Verpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 4,8 Milliarden. Dort geht es aber um eine Verschiebung der Währungsreserven von Bern nach Washington. Das ist eine Verschiebung, und weiter ist es nichts.

Die etwas tiefere Verzinsung spielt hier vermutlich keine Rolle; denn wir haben in der Schweiz immerhin Währungsreserven in Gold von 11,9 Milliarden, zum offiziellen Kurs bewertet; zum heutigen Marktwert sind dies 42 Milliarden Franken, aber Gold bringt keinen Ertrag. Wenn man sagt, eine etwas tiefere Verzinsung in Amerika sei nicht vertretbar, muss man sich auch diese Frage überlegen. Aber die Nationalbank ist nicht da, um Gewinne zu erzielen, sondern um den Geldkreislauf so zu regeln, dass wir keine Inflation haben. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe.

Umgekehrt könnte man sogar sagen, die Anlage in Sonderziehungsrechten sei im Moment eher sicherer als in Dollar. Denn die Kursschwankungen in Sonderziehungsrechten werden vermutlich nicht ganz so hoch sein wie jene in Dollar. Ueber die Dollarentwicklung seit dem Bestehen des Währungsfonds möchte ich hier nichts sagen.

Eine wichtige Frage stellt sich vor allem für jene Leute, die offensichtlich die EWR-Verhandlungen und den Beitritt zum Währungsfonds gleichzeitig bachab schicken möchten. Nur das kann der Sinn der Zusammenlegung sein; einen anderen sehe ich wirklich nicht. Denn es gibt keinen Grund, irgend etwas aufzuschieben. Ich hoffe trotz allem und trotz der Ankündigung des Referendums von verschiedenen Seiten, dass wir ohne Referendum durchkommen. Dann muss es keine Volksabstimmung geben.

Wenn man über Prioritäten spricht, muss man auch sagen: Der Bundesrat hat sich die Frage des Verhältnisses zu Europa und zur Welt gründlich überlegt. Die Entscheidung ist an sich klar – das ist in der Botschaft dargelegt –: Die Priorität hat Europa. Aber eine Regierung wird nicht immer gefragt, wann sie gerne Probleme löst; manchmal muss sie Probleme dann lösen, wenn sie sich stellen.

Nun hat sich dieses Problem im Zusammenhang mit der ganzen Entwicklung in Osteuropa sehr intensiv gestellt. Denn hier war für uns der letzte Moment, dem Währungsfonds zu vernünftigen Bedingungen beizutreten, bevor die Sowjetunion folgen würde. Wir haben damals angenommen, wir würden noch vor verschiedenen Ländern beitreten. Das war aber nicht mehr möglich. Die Sache hat sich viel rascher entwickelt, als

wir es gedacht haben. Aber die Entwicklung hat uns recht gegeben: Es war der letzte vernünftige Moment. Denn in Zukunft würden wir keine so starke Stellung erhalten, wie wir sie heute bekommen können.

Europa/Welt: Hier ist die Frage nach Prioritätensetzung völlig falsch. Deshalb müssen auch die Rückweisungsanträge samt und sonders abgelehnt werden. Wenn wir uns mit Europa intensiver verbinden, ist es für die Schweiz notwendig, auch mit der übrigen Welt gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Uebrigens ist die Schweiz ein Exportland nicht nur von Industrieprodukten, sondern auch von Käse und anderen Landwirtschaftsprodukten; nach Leistungsbilanz verkauft sie nach Europa weniger, als sie von europäischen Ländern kauft, während sie den Entwicklungsländern mehr liefert als abkauft. Wenn wir uns nicht enger an Europa binden, ist es um so wichtiger, dass wir mit der übrigen Welt gute Beziehungen unterhalten und dass wir dort wenigstens in bescheidenem Masse mitsprechen können.

Ich bin bis jetzt nicht besonders auf die Frage der Entwicklungshilfe eingegangen. Der Währungsfonds ist an sich eine Einrichtung, um kurz- und mittelfristige Zahlungsbilanzhilfen zu leisten. In der letzten Zeit wurden aber vor allem langfristige Zahlungsbilanzhilfen notwendig, weil diese Länder in Schwierigkeiten geraten sind und ihnen nicht mehr kurzfristig geholfen werden konnte.

Bei aller Kritik am Währungsfonds muss man eines klar sagen: Der Währungsfonds kommt immer nur erst dann zum Zuge, wenn vorher eine Regierung versagt hat. Deshalb ist es völlig falsch, nachher zu sagen: Jetzt verhungern die Kinder, weil der Währungsfonds etwas vorgeschlagen hat.

Man kann sich fragen, ob der Währungsfonds zu viele oder zu wenige Auflagen macht. Das hängt mit der Respektierung der Souveränität der Länder zusammen. Ich persönlich bin der Auffassung, er mache eher zu wenige Auflagen. Herr Spälti hat auch darauf hingewiesen. Aber in dieser Zeit des Umbruchs, da der Gegensatz Ost-West wegfällt, ist es auch hier möglich, rationaler zu handeln und dafür zu sorgen, dass diese Länder ihr Geld nicht mehr für Rüstung, Polizei oder korrupte Diktatoren ausgeben können. Das ist ja selbstverständlich. Aber der Währungsfonds selber kommt immer erst, wenn ein Land um Hilfe bittet, wenn es glaubt, dass es anders nicht mehr gehe, und vorher nicht; ich bitte Sie, das doch auch zu berücksichtigen.

Zum Schluss noch an Frau Gardiol: Sie hat mich gebeten zu erklären, dass der IWF-Beitritt nicht dazu führe, dass wir die bilaterale Hilfe kürzen. Das ist absolut richtig, wir haben diese Absicht nicht, deshalb hat diese Rubrik im nächsten Budget die relativ stärkste Entwicklung. Das ist auch selbstverständlich. Es wäre unfair, wenn wir die Kosten eines Beitritts bei der effektiven Hilfe an Entwicklungsländer einsparen würden. Das ist nicht möglich, genauso wenig wie wir die 700 Millionen Franken, die Sie dieses Jahr beschlossen haben, kompensieren können. Es wäre auch etwas peinlich für die Schweiz, wenn sie im Rahmen der 700-Jahr-Feier gross verkündet, sie gebe 700 Millionen für die Aermsten, und nachher bei der nächsten Budgetübung zu kürzen anfangen würde. Solche Dinge sind nicht möglich; sie sind der Schweiz auch nicht würdig.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie für Eintreten, lehnen Sie alle Nichteintretens- und Rückweisungsanträge ab. Die Rückweisungsanträge sind nicht sehr edel gemeint.

Reimann Maximilian, Sprecher der Minderheit: Weil es eine Tugend ist, bessere Ideen von anderen über die eigene Idee zu stellen, ziehe ich im Einverständnis mit Simeon Bühler als Mitunterzeichner den Minderheitsantrag zugunsten des Antrags von Herrn Schüle zurück. Der Minderheitsantrag enthält zwei Unbekannte, die Referendums- und die EWR-Frage. In dieser Beziehung ist der Rückweisungsantrag von Herrn Schüle, der auf ähnlichen Motiven und Zielsetzungen beruht, die bessere Lösung.

Ich bitte Sie also, dem Antrag Schüle zuzustimmen, falls Eintreten beschlossen wird.

Präsident: Herr Reimann Maximilian hat den Minderheitsantrag zugunsten des Antrags Schüle zurückgezogen. Wir stimmen zuerst über die Eintretensfrage, dann über die Rückweisungsanträge ab.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit (Eintreten)	122 Stimmen
Für den Antrag Bär/Blocher/Steffen (Nichteintreten)	30 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Baerlocher (Rückweisung an den Bundesrat)	21 Stimmen
Dagegen	117 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag Schüle (Rückweisung an die Kommission)	31 Stimmen
Dagegen	104 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

B. Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods

B. Loi fédérale concernant la participation de la Suisse aux institutions de Bretton Woods

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Scheidegger

Völkerrechtliche Verträge über Kapitalaufstockungen der Institutionen von Bretton Woods sind vom Parlament zu genehmigen.

Antrag Maitre

Abs. 2 (neu)

Ueber Kapitalerhöhungen, die der Bundesrat in eigener Kompetenz zeichnen kann, muss die Bundesversammlung vorgängig informiert werden.

Art. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Scheidegger

Les accords internationaux concernant les augmentations de capital des institutions de Bretton Woods sont soumis à l'agrément du Parlement.

Proposition Maitre

Al. 2 (nouveau)

Les augmentations de capital, auxquelles le Conseil fédéral peut souscrire de sa propre compétence, feront l'objet d'une information préalable à l'Assemblée fédérale.

Scheidegger: Sie haben meinen Antrag ausgeteilt erhalten. Er will bei Artikel 2 («Völkerrechtliche Verträge») die Kompetenz des Bundesrates durch eine Kompetenz des Parlamentes ersetzen. Das ist der wesentliche Inhalt dieses Antrages. Ich unterstützte und unterstütze den Beitritt zum IWF. Meine Skepsis gegenüber dieser Institution ist keineswegs hoch, grösser sind meine Hoffnungen auf einen IWF mit schweizeri-

scher Mitwirkung. Die Diskussion heute morgen hat aber doch die parteipolitisch breite Skepsis gegen dieses Geschäft aus ganz unterschiedlichen Motiven gezeigt.

Die Kritik an meinem Antrag aus Bundesrats- und Kommissionspräsidentenmund kenne ich: Juristisch nicht möglich, unnötig bürokratische Auflage, Belastung des Parlamentes. Ich sehe es anders.

1. Ich möchte zu einer Stärkung der aussenpolitischen Stellung des Parlamentes beitragen und einer weiteren Schwächung vorbeugen. Daraus soll kein allzu grosses Misstrauen dem Bundesrat gegenüber abgeleitet werden.

2. Gleichstellung mit den regionalen Entwicklungsbanken, nämlich der Interamerikanischen, Afrikanischen und Asiatischen Entwicklungsbank; Aufstockungen bei ihnen müssen aus Budgetgründen vor das schweizerische Parlament gebracht werden.

3. Gleiches Prozedere wie in den meisten anderen Demokratien, z. B. in den USA, Grossbritannien, Frankreich, Kanada, Japan, Italien, wo auch das Parlament das letzte Wort hat. Die oft zitierte Bundesrepublik ist hier eher eine Ausnahme.

Die aus der Zustimmung zu meinem Antrag entstehende Differenz zum Ständerat ist kein Problem. Sie kann noch während der Session bereinigt werden. Im Ständerat sind Artikel 2 und dessen Implikationen nicht diskutiert worden, im Gegensatz zur nationalrätlichen Kommission, wo ein Minderheitsantrag dann einfach nicht gestellt wurde.

Der Antrag ist zentral für die Aufstockungen beim IWF; denn diese werden durch die Nationalbank finanziert und bedürfen nicht der Bewilligung von Budgetmitteln, welche bei der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken auf jeden Fall einen parlamentarischen Entscheid nötig machen.

Der Antrag Maitre geht mir zuwenig weit. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Oehler, Berichterstatter: Das Parlament will nicht das letzte, sondern das erste Wort haben. Lesen Sie den Artikel 2 richtig, von dem ich ja ausgehe: «Der Bundesrat wird ermächtigt, im Rahmen der bewilligten Kredite» Die Kommission hat sich eingehend nicht mit dem Antrag von Herrn Scheidegger, sondern grundsätzlich mit Artikel 2 und dem Verfahren auseinandergesetzt.

Damit ich nachher, wenn Herr Maitre seinen Antrag begründet, nicht nochmals reden muss, folgendes: Wir haben uns in der Kommission gefühlsmässig – der Antrag lag damals nicht schriftlich vor – für den Antrag von Herrn Maitre entschieden. In diesem Sinne glaube ich, dass eine Mehrheit der Kommission dem Antrag Maitre, den er noch begründen wird, nicht negativ gegenübersteht.

Aber persönlich beantrage ich Ihnen, den Antrag von Herrn Scheidegger abzulehnen.

M. Maitre: Comme l'a dit M. Scheidegger, la proposition que je me suis permis de présenter, qui avait d'ailleurs déjà été discutée en commission à titre préliminaire, va moins loin que celle qu'il a lui-même déposée. En réalité, il faut distinguer deux situations assez différentes: la première est celle de la Banque mondiale où, quoi qu'il en soit, par le biais des exercices budgétaires, l'accord du Parlement viendra en forme de ratification; la deuxième situation est celle du FMI qui n'est pas, en cas d'augmentation de capital, de la compétence du Parlement mais de celle du Conseil fédéral, en tout cas plus directement de la Banque nationale suisse et je ne crois pas qu'il soit sain que le Parlement fasse une sorte d'attraction de compétence sur les problèmes d'augmentation de capital du FMI. Néanmoins, la question posée ici est simplement celle d'une plus grande transparence dans le processus d'augmentation de capital, respectivement d'une meilleure information, d'une information accrue du Parlement et nous souhaitons même qu'elle soit préalable.

C'est la raison pour laquelle la proposition que je me permets de soumettre à votre approbation consiste à parler des objets pour lesquels le Conseil fédéral a la compétence, c'est-à-dire les augmentations de capital auxquelles le Conseil fédéral peut souscrire de sa propre compétence. Pour ces augmentations de capital, il doit informer préalablement le Parlement, de

façon à ce que la transparence soit ainsi obtenue. Pour les autres augmentations de capital, c'est-à-dire celles qui sont du ressort du Groupe de la Banque mondiale par le biais des exercices budgétaires, une fois encore, le Parlement peut se prononcer.

Je vous propose donc de retenir ma proposition à l'article 2, alinéa 2.

M. Etique, rapporteur: L'article 2 règle tous les cas d'augmentation de quote-part et de capital des institutions de Bretton Woods. En fait, il n'y a non pas deux mais trois cas. Le premier cas a déjà été réglé dans le message, c'est celui de la future et prochaine augmentation de capital de la Société financière internationale dont la procédure de consultation pourrait déjà avoir lieu l'année prochaine. Nous sommes couverts puisque, dans le crédit-cadre qui nous est demandé dans l'arrêté C, un montant de 23,5 millions de dollars a été prévu pour une participation éventuelle à cette augmentation de capital de la Société financière internationale. Comme l'a relevé tout à l'heure M. Maitre, il n'y a pas de problème en ce qui concerne le Fonds monétaire international, puisque les prestations à verser à ce titre sont de la compétence de la Banque nationale et du Conseil fédéral.

Par contre, en ce qui concerne la Banque mondiale et ses institutions, le Groupe de la Banque mondiale, le problème de la compétence parlementaire est aussi réglé puisque le financement se fait par prélèvement dans les crédits-cadres votés en vertu de la loi de 1976. Donc, les compétences du Parlement sont respectées.

C'est la raison pour laquelle la commission, qui avait déjà rejeté une proposition du même type que celle de M. Scheidegger, vous propose de rejeter celle-ci. Elle l'avait fait par 13 voix contre 6. Par contre, elle peut très bien accepter la proposition de M. Maitre, qui n'avait pas encore été formulée par écrit au sein de la commission mais qui suscitait déjà un certain intérêt, visant à plus d'information et plus de transparence sur ces opérations d'augmentation de capital dans les institutions de Bretton Woods.

Bundesrat **Stich**: Ich bitte Sie, die beiden Anträge abzulehnen.

Der Antrag Scheidegger, wonach man immer eine Vorlage ausarbeiten müsse, geht unseres Erachtens etwas zu weit.

In bezug auf die Weltbank ist es ganz klar, dass Sie als Parlament entscheiden, weil das budgetwirksam ist. Also da gibt es gar keine Diskussion. Da brauchen Sie keine zusätzlichen Bestimmungen.

Anders ist es beim IWF. Dort geht es um Gelder, Währungsreserven der Nationalbank. Ich glaube – Sie haben das mit Recht gesagt –, dass die Bundesrepublik hier auch keine Entscheidungskompetenz des Parlamentes hat. Auch bei uns wäre es sachlich nicht richtig, dem Parlament eine Entscheidungskompetenz zu geben; wir legen Wert darauf, dass die Nationalbank grundsätzlich unabhängig ist, dass also nicht der Bundesrat oder das Parlament entscheidet, was mit Währungsreserven zu geschehen hat, wo sie angelegt werden sollen, wo Kredite gegeben werden usw. Das wäre nicht gut und wäre systemwidrig. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Scheidegger abzulehnen.

Den Antrag Maitre erachte ich persönlich als nett, aber eigentlich überflüssig. Klar ist für uns nämlich folgendes: Da wir ohnehin vors Parlament müssen, um darzulegen, dass wir bei der Weltbank irgend etwas tun wollen, ist es für uns selbstverständlich, dass wir, wenn wir eine Quotenerhöhung beim IWF mitzumachen gedenken, das dem Parlament auch im voraus sagen. Das versteht sich von selbst. Das sind ja Diskussionen, die wir, selbst wenn wir wollten, Ihnen nicht vorenthalten könnten; denn Quotenerhöhungen werden ja weltweit manchmal jahrelang diskutiert. Es handelt sich dabei nicht um ein Staatsgeheimnis. Das werden Sie immer, immer wissen. Deshalb scheinen mir diese beiden Anträge überflüssig. Schaffen Sie nicht mehr Arbeit für das Parlament, als zwingend notwendig ist. Sie werden gelegentlich wieder einmal die Ermächtigung geben müssen, dass der Bundesrat in den nächsten vier Jahren Kapital aufnehmen darf. Das ist auch so eine Routine-

übung, die alle vier Jahre wieder stattfindet und immer gleich langweilig ist. Das beschäftigt den Bundesrat, das beschäftigt das Parlament, aber es ändert nichts. Solche Dinge sollte man nicht vorsätzlich schaffen.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Kommission 60 Stimmen
Für den Antrag Scheidegger 42 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Maitre 67 Stimmen
Dagegen 18 Stimmen

Art. 3–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 6

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit I

(Vollmer, Borel, Gardiol, Uchtenhagen, Ulrich, Zbinden Hans)
.... die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik verbindlich.

Minderheit II

(Eggly, Aubry, Cavadini, Etique, Mauch Rolf, Mühlemann)
.... für die schweizerische Position zu den developmentpolitischen Aktivitäten der Bretton-Woods-Institutionen die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen.

Minderheit III

(Gardiol, Borel, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans)

Abs. 1

Gemäss Antrag der Minderheit I

Abs. 2

Die ausserparlamentarische beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wird regelmässig über die Tätigkeiten und hängigen Beschlüsse im Rahmen der Institutionen von Bretton Woods orientiert. Sie achtet insbesondere darauf, dass die Grundsätze der Entwicklungspolitik eingehalten werden. Sie wird beauftragt, Vorschläge und Empfehlungen auszuarbeiten.

Art. 6

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité I

(Vollmer, Borel, Gardiol, Uchtenhagen, Ulrich, Zbinden Hans)
.... la Suisse doit respecter les principes et les objectifs de sa politique de développement.

Minorité II

(Eggly, Aubry, Cavadini, Etique, Mauch Rolf, Mühlemann)
La Suisse s'inspire des principes et des objectifs de sa politique nationale de développement pour toute décision ou prise de position établies dans le cadre des activités de la politique de développement des institutions de Bretton Woods.

Minorité III

(Gardiol, Borel, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans)

Al. 1

Selon la proposition de la minorité I

Al. 2

La commission consultative extra-parlementaire pour la coopération internationale au développement et de l'aide humani-

taire est régulièrement informée des travaux et des décisions pendantes dans le cadre des institutions de Bretton Woods. Elle veille tout particulièrement au respect des principes de la politique de développement; elle est chargée de formuler des propositions et recommandations.

Vollmer, Sprecher der Minderheit I: Beim Eintreten haben sich die entwicklungspolitischen Fragen als die Schlüsselfragen im Zusammenhang mit dem Beitritt der Schweiz zu diesen Bretton-Woods-Institutionen erwiesen. Wir meinen nun, dass Artikel 6 so etwas ist wie ein Schlüssel- und Schicksalsartikel im Zusammenhang mit dem schweizerischen Beitritt. Es war in der Eintretensdebatte auch praktisch unbestritten, dass die Tätigkeiten der Weltbank in Entwicklungsländern ganz klare und starke entwicklungspolitische Dimensionen aufweisen. Auch der Bundesrat anerkennt dies in seiner Botschaft; deshalb schlägt er uns einen entsprechenden Artikel 6 vor. Der Rat hat beim Eintreten trotz konkreter Kritik an den unzweideutig nachgewiesenen negativen Wirkungen verschiedener Konditionalitäten der IWF-Praxis Eintreten beschlossen. Auch ich habe das unterstützt. Niemand hat hier Alternativen zu den Institutionen von Bretton Woods aufgezeigt, es sind notwendige supranationale Institutionen.

Was wir hingegen bei Artikel 6 tun können, ist, dass wir die Konsequenzen aus diesen entwicklungspolitischen Zusammenhängen schärfer ziehen. Anstatt zu warten, bis die Bretton-Woods-Institutionen sich den schweizerischen Vorstellungen angepasst haben – ich gebe damit allen recht, die vor einer Ueberschätzung der schweizerischen Einflussmöglichkeiten warnten –, können wir zumindest unsere eigene Position, unser eigenes Handeln innerhalb der Bretton-Woods-Institutionen konsequenter und glaubwürdiger gestalten.

Der Text des Bundesrates ist zweifellos ein erster und anerkannter Schritt. Es zeigt sich jedoch, dass trotz dieser Formulierung etliche Bedenken bestehen bleiben. Es ist der Zweifel an der Verbindlichkeit. Wir haben im Vorfeld dieser Debatte in verschiedenen Diskussionen ausserhalb des Parlaments hören und lesen können, dass verschiedene Kreise der schweizerischen Wirtschaft und Politik an der Durchsetzung dieses Artikels 6 grundsätzlich zweifeln, weil sie finden, dass solche Auflagen der schweizerischen Politik innerhalb der IWF-Institutionen ohnehin hinderlich wären.

Der Minderheitsantrag möchte die uns selber auferlegte Kondition verschärfen. Einige fragen sich vielleicht, ob es nur rhetorisch oder nur semantisch sei, zu fordern, dass die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik eben verbindlich sein müssten und nicht nur – wie das der Bundesrat vorschlägt – gewährleistet sein sollten, d. h. «berücksichtigt» werden sollten. Wer so argumentiert, wer sagt, das sei nur Semantik, das sei nur Rhetorik, dem möchte ich doch empfehlen, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Das kann er ohne Hemmungen tun.

Ist dieser Antrag nur psychologisch und symbolisch? Es ist vielleicht nicht unwesentlich, auch gegenüber all jenen Kreisen, die sich intensiv mit den Problemen der IWF-Politik in den Entwicklungsländern auseinandergesetzt haben, ein Zeichen zu setzen. Es ist unseres Erachtens ein Antrag mit politischer Stossrichtung, mit politischem Gehalt. Der Minderheitsantrag ist eine Willenskundgebung, dass für uns diese Auflagen nicht einfach ein Alibi sein dürfen. Die Formulierungen verschärfen heisst die Bedeutung und die Ernsthaftigkeit dieses wichtigen Anliegens unterstreichen. Wir haben genügend vergleichbare, eher negative Erfahrungen mit weichen Formulierungen. Denken Sie beispielsweise an das Gesetz über die Exportrisikogarantie, denken Sie an das Gesetz über die Waffenausfuhr. Auch dort hatten wir solche Auflagenartikel, solche selbstauferlegte Konditionen; es zeigte sich, dass die Konditionen, wenn sie nicht scharf genug formuliert sind, zu Alibis verkommen.

Wir meinen, dass es daraus Konsequenzen zu ziehen gilt. Mehr Verbindlichkeit aufgrund des Minderheitsantrags ist eine Antwort gegenüber der berechtigten Kritik an der IWF-Politik bei vielen früheren Projekten, aber auch gegenüber der Befürchtung, mit der Schweiz würde die undemokratische Stimmengewichtung innerhalb der Bretton-Woods-Institutio-

nen noch einseitiger. Wir wollen uns nichts vormachen – das wurde in der Eintretensdebatte deutlich herausgearbeitet –: Die schweizerische Politik ist dort, wo es um die Glaubwürdigkeit der Strukturanpassungen geht, selbst noch weit von der Glaubwürdigkeit entfernt.

Wie steht es hier bei uns mit den Strukturanpassungen beispielsweise, wenn wir an den Protektionismus in der Landwirtschaft denken, wenn wir an unseren immer noch ungenügenden Anteil der Entwicklungshilfe, gemessen am Bruttosozialprodukt denken, wenn wir an die Fluchtgelder usw. denken? Die Schweiz kann sich entwicklungspolitisch absolut nicht als Gralshüter der Moral aufspielen.

Gerade deshalb brauchen wir bei Artikel 6 ein Signal, ein ganz klares Bekenntnis, dass es uns nicht um ein Alibi geht, sondern dass es eine verbindliche Auflage ist, um die schweizerische Position innerhalb der Bretton-Woods-Institutionen glaubwürdig zu vollziehen.

Ich fürchte, dass der Beitritt der Schweiz letztlich scheitern könnte, nicht wegen der umstrittenen Praxis des IWF, sondern weil wir es bei Artikel 6 verpassen, die Vorlage mit der nötigen Sensibilität auch im Detail anzupassen.

Wer dies nicht wahrhaben will, provoziert eine Alles-oder-nichts-Politik und lässt gerade den konstruktiven Kritikern, von denen es in den Hilfswerken – weiss Gott – genug hat, keine andere Wahl, als sich schliesslich gegen den Beitritt zum IWF bzw. zu den Institutionen von Bretton Woods – wenn es zu einer Volksabstimmung kommen sollte – auszusprechen. Dies gilt es zu beachten.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diesem Minderheitsantrag mit einem klaren Votum zuzustimmen.

M. Eggly, porte-parole de la minorité II: A cet article 6, les membres de la minorité II sont évidemment tout à fait opposés à la minorité I et à la minorité III, notamment en ce qui concerne la dernière phrase. Mais la minorité II n'aime pas non plus la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats. Certes, l'expression «s'inspire des principes et des objectifs de sa politique de développement» est moins étroitement contraignante et rigide que le «doit respecter» de la minorité I. Néanmoins, la confusion des tâches et le préalable idéologique sont potentiellement présents et très regrettables. La minorité II n'a pas inventé son texte. Ce qu'elle propose est identique à ce que proposait raisonnablement la commission du Conseil des Etats. Malheureusement, à une voix de majorité, le Conseil des Etats n'a pas suivi sa commission et s'est rallié à la version du Conseil fédéral.

Un des motifs est certainement la menace du référendum que faisaient planer les milieux tiers-mondistes dont on connaît – et encore mieux depuis tout à l'heure – les réticences à l'égard particulièrement du Fonds monétaire. Mais avec la version du Conseil des Etats que propose la majorité de la commission, c'est un autre camp, celui de MM. Otto Fischer, Blocher et consorts, qui aura beau jeu de s'attaquer à la confusion des rôles, et le référendum pourra jaillir de ce côté. Comme quoi je suis persuadé que la peur du peuple et les mauvais compromis basés sur cette peur se retournent souvent contre leurs auteurs. On ne fait qu'ajouter les oppositions aux oppositions. La version de la majorité ne tient pas compte de la réalité. La réalité, c'est que le Fonds monétaire particulièrement a une tâche de nature prioritairement monétaire comme l'ont d'ailleurs bien rappelé les rapporteurs tout à l'heure. C'est en fait sa seule vocation originelle et si, jumelé à la Banque mondiale, le Fonds monétaire est devenu un pivot pour le développement, des critères d'action ne peuvent pas recouper totalement ceux de notre coopération au développement *stricto sensu* et encore moins dans l'interprétation qu'en tirent ici les tiers-mondistes. Je l'ai dit dans l'entrée en matière: ce filet de sécurité monétaire est essentiel à l'économie mondiale, y compris en durée aux pays sous-développés. Quant à la rigueur de ces directives, certes toujours discutable, elle est aussi parfois le seul chemin d'assainissement pour un pays.

Je dirai ici à Mme Pitteloud, à propos de son intervention de tout à l'heure, que des pays tels que l'Argentine, le Chili, la Corée ou la Thaïlande, mais aussi l'Angleterre et l'Italie, à une autre époque, se sont fort bien trouvés de suivre les directives du

Fonds monétaire et ne constituent pas du tout des échecs comme l'a prétendu M. Ziegler à cette tribune. Il n'empêche que le Fonds monétaire a sa tâche spécifique. S'il ne s'agissait que d'aide au développement dans cette affaire, nous aurions M. Felber avec nous, nous n'aurions pas le plaisir d'avoir M. Stich à cette tribune. Cette présence n'est pas un hasard et illustre ce que cherche à vous rappeler et à vous préciser la minorité II.

L'article 3 que nous venons de voter rend bien compte de la répartition des rôles et des domaines. La loi sur la coopération au développement inspire directement les conditions du financement des contributions suisses aux institutions du Groupe de la Banque mondiale, comme nous le propose justement l'arrêté C sur lequel nous nous prononcerons tout à l'heure. En revanche, c'est la Banque nationale qui fournit les prestations suisses au Fonds monétaire et cela est logique au vu de la responsabilité monétaire de la Banque mondiale. Il n'est donc pas logique du tout de confondre le tout et de tout mettre dans un même panier en affirmant que dans toute décision, dans n'importe quel domaine – dévaluation de la monnaie anglaise ou italienne, par exemple – la Suisse devrait s'inspirer des principes et des objectifs de sa politique de développement. A l'égard de la Banque nationale, de nos représentants au Fonds monétaire, de deux choses l'une: ou bien c'est de la pure déclamation à usage interne pour calmer Mme Gardiol et ses ouailles par exemple, ou alors c'est un ordre contraignant qui peut faire prendre à la Suisse des positions incongrues dans toute une série de cas.

En outre, il est parfaitement irréaliste de croire que la Suisse, avec sa quote-part et son poids au Fonds monétaire, irait empêcher ou modifier une décision monétaire du Fonds contre toute la logique de cette décision. Par conséquent, ou bien cette version est inutile, ou bien elle est irréaliste et embarrassante pour nos représentants.

Tout au contraire, la version de la minorité II correspond à la réalité et elle a des possibilités d'application. Lorsqu'il s'agira par exemple de décisions à prendre au Fonds monétaire sur une stabilisation des monnaies, la Suisse, singulièrement sous l'impulsion de la Banque nationale, s'inspirera des analyses et des critères en rapport avec le but visé. En revanche, lorsqu'il s'agira de décisions à prendre dans le cadre de la politique directe de développement des institutions de Bretton Woods, la Suisse, très logiquement, légitimement, et peut-être utilement, fera valoir les critères et les objectifs de sa propre politique de coopération au développement. Elle sera alors, si vous me permettez cette expression, dans le bon registre, par conséquent éventuellement influente, au lieu de mélanger les champs et les domaines d'intervention et d'être complètement «à côté de la plaque». Pour dire vrai et au risque de faire rire d'aucuns ici, cela me paraît tellement évident que j'ai beaucoup de peine à comprendre comment et pourquoi Conseil fédéral et Conseil des Etats, à une voix de majorité, ont accepté cette confusion des rôles et des domaines.

Certes, tout se tient, à un certain degré d'identité, nous sommes bien d'accord. Mais ce n'est pas une raison pour apporter la confusion des rôles et des buts de l'action. A long terme, pour le développement, il y a tout intérêt à ce que le Fonds monétaire particulièrement joue pleinement son rôle. A propos du référendum, je le répète, il va peut-être falloir combattre un référendum d'inspiration nationaliste.

Nous nous engagerons d'autant mieux dans la bataille et devant le peuple que nous aurons voté une loi où les mots sonneront vrai, correspondront à une situation réelle, répartiront clairement les rôles, les responsabilités et les domaines, lesquels sont complémentaires mais néanmoins distincts. Nous pourrions alors compter sur le soutien de plus larges milieux. Ne cédez pas à une sorte de pression culpabilisante tiers-mondiste qui n'apporte absolument rien de bon à l'affaire et qui irait à fin contraire. Je vous engage, à l'article 6, à suivre la minorité II qui est la plus réaliste et la plus raisonnable.

Mme **Gardiol**, porte-parole de la minorité III: A l'alinéa premier, la minorité III se joint à la proposition Vollmer qui a déjà été abondamment présentée ici. A l'alinéa 2, il s'agit de mandater la commission Nebiker pour suivre toutes les questions

se rapportant aux institutions de Bretton Woods. Il ne s'agit pas de calmer des ouailles, comme le dit M. Eggly, mais de confirmer au peuple suisse que toutes les promesses contenues dans le message ne sont pas que des paroles en l'air et qu'elles se traduiront dans les faits.

Comme on le sait, l'enfer est pavé de bonnes intentions. Je vous demande d'inscrire noir sur blanc dans la loi qu'une commission extraparlamentaire sera chargée d'accompagner et de vérifier le travail de nos représentants au sein des institutions de Bretton Woods. M. Nebiker, avec qui j'ai eu une conversation, m'a affirmé qu'il allait défendre cette proposition. Je crois que Mme Lilian Uchtenhagen est chargée de la faire.

Frau Uchtenhagen: Herr Nebiker hat mich gebeten, ihn zu vertreten. Ich bin Mitglied seiner Kommission, der ausserparlamentarischen beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Wir haben diese Frage auch dort diskutiert; wir wären sehr gerne bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Kommission ist sehr breit abgestützt. Die Hilfsorganisationen, die natürlich ein Interesse daran haben, informiert zu werden, sind dort vertreten, ebenso auch alle Wirtschaftsverbände, der Vorort usw. Herr Bundesrat, wir möchten von Ihnen wissen, ob Sie bereit sind, dieser Kommission die Aufgabe zu übertragen, die BWI-Politik der Schweiz zu begleiten.

Oehler, Berichterstatter: Die Bestätigung, die Frau Uchtenhagen von Herrn Bundesrat Stich verlangt, hat er in der Kommission abgegeben; er wird dies hier auch noch machen. Damit war der Antrag von Frau Gardiol für die Kommissionsmehrheit erledigt; die Kommissionsmehrheit hat ihn abgelehnt.

Zu den «anderen Beiträgen». Wir haben es in der Eintretensdebatte verschiedentlich gehört: das ist offenbar die Krux oder der Pferdefuss für die Hilfswerke, ob sie beim Referendum mit-tun sollen oder nicht. Ich möchte mich nicht wiederholen. Wenn es für die Hilfswerke am Schluss allein um dieses Wort geht, frage ich mich, ob hier nicht um ein untaugliches Objekt gekämpft wird.

Für die Mehrheit der Kommission ist es auch verbindlich, wenn im Gesetz steht, dass die Grundsätze «zu berücksichtigen» sind. Das ist doch nicht unverbindlich! Aus diesem Grunde hat die Mehrheit den Antrag der Minderheit I (Vollmer) – mit 11 zu 5 Stimmen – und den Antrag der Minderheit II (Eggly) – mit 10 zu 7 Stimmen – abgelehnt.

Folgendes an die Adresse der beiden Minderheiten, vor allem an die Unterzeichner des Antrags der Minderheit I: Sie sollten sich hier auf das Wesentliche, die Entwicklungshilfe, und nicht auf ein Wort konzentrieren.

M. Etique, rapporteur: A l'article 6, alinéa premier, nous avons trois propositions différentes qui illustrent bien l'importance du débat qui s'est tenu au sein de la commission. En effet, il s'agit de savoir dans quelle mesure nous allons prendre en considération les objectifs de la politique de développement de la Confédération dans nos prises de position au sein des institutions de Bretton Woods si nous adhérons à celles-ci.

La majorité de la commission, le Conseil des Etats et le Conseil fédéral estiment qu'on peut atteindre un tel objectif en s'inspirant simplement des principes et des objectifs de la politique de développement dans les prises de position. La proposition de la minorité I (proposition Vollmer) veut être plus impérative en disant: «La Suisse doit impérativement respecter les principes et les objectifs de sa politique de développement».

La proposition de la minorité II, à laquelle j'appartiens, reprend celle de la majorité, mais veut limiter l'exercice aux activités de la politique de développement exclusivement. Bien entendu, en tant que rapporteur de la commission je plaide – même si je ne la voterai pas – en faveur de la proposition de la majorité qui estime qu'il n'est pas possible, en l'état actuel des choses et compte tenu de l'influence toujours plus importante de la politique de développement dans les institutions de Bretton Woods, d'établir une séparation claire et nette entre ce qui est monétaire et ce qui est développement. Etant donné cette situation, il faut dire que l'on s'inspire de cette politique de dé-

veloppement pour toutes les activités. C'est vrai, on l'a relevé, il y a peut-être aussi une préoccupation tactique. Au moment où nous avons pris cette décision, on estimait que cela pourrait être une raison pour inciter les personnes qui nous avaient menacés de lancer un référendum à y renoncer.

Nous vous proposons de rejeter la proposition de la minorité I parce qu'elle est trop impérative. On lierait nos représentants dans ces institutions. Nous vous suggérons également de rejeter la proposition de la minorité II, étant donné qu'aux yeux de la majorité la distinction entre les activités monétaires et les autres n'est pas toujours facile à faire.

Concernant la proposition de la minorité III (Mme Gardiol) nous vous incitons à la rejeter. La commission l'a décidé par 10 voix contre 6. Tout d'abord, il y a une question de compétences. Si le Conseil fédéral éprouve à un moment donné le besoin impératif de se doter d'une commission consultative extraparlamentaire, il pourra le faire sans que le principe soit expressément ancré dans la loi. Laissons-lui donc sa marge de manoeuvre. Il y a aussi, chers collègues, les compétences du Parlement. Ce n'est pas à une commission extraparlamentaire de veiller au respect des principes de la politique de développement. C'est une compétence absolue du Parlement et j'aimerais bien le voir ne pas s'en priver.

Ensuite, il y a le problème de fond. Cette proposition de minorité veut à tout prix privilégier l'action développement au détriment des activités monétaires. Le Fonds monétaire international n'est pas une institution d'aide au développement. Ce serait une erreur de privilégier dans cette opération uniquement cette activité d'aide au développement, d'autant plus que par exemple les banquiers, les milieux représentatifs de notre politique monétaire pourraient également revendiquer d'avoir voix au chapitre dans les décisions prises dans le cadre des institutions de Bretton Woods.

En outre, je me demande s'il est bien utile de préciser que l'on doit informer la Commission Nebiker. J'ai le sentiment que celle-ci le sera d'une manière ou d'une autre, sans que le principe soit consacré dans la loi. Ce sont les raisons pour lesquelles je vous suggère d'accepter la proposition de la majorité à l'alinéa premier et de rejeter la proposition de la minorité III à l'alinéa 2.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, alle Minderheitsanträge abzulehnen.

Bei der Minderheit II handelt es sich um einen Antrag, der im Ständerat zur Diskussion geführt hat. Er ist mit einer Mehrheit von einer Stimme abgelehnt worden. Dieser Antrag ist zu einschränkend. Er wäre nicht akzeptabel. Es lohnt sich nicht, um so etwas zu streiten, genausowenig wie im Fall der Minderheit I. Ich muss Ihnen sagen, Herr Vollmer: Ich kann keinen Unterschied zwischen diesen beiden Formulierungen sehen; ob es heisst «sind verbindlich», wie Sie es wollen, oder nach Bundesrat «sind zu berücksichtigen», scheint mir gleich. Wenn man ein Gesetz zu berücksichtigen hat, heisst es, dass man sich an dieses Gesetz zu halten hat, dass man sich von dieser Idee leiten lassen muss. Da gibt es meines Erachtens keine Diskussion darüber, wenigstens nicht für einen Nichtjuristen. Für mich ist das selbstverständlich.

Dasselbe gilt für die Formulierung der Minderheit II. Bis heute haben wir ja auch in den AKV, den Allgemeinen Kreditvereinbarungen, den Auftrag des Parlamentes, der Bundesrat müsse sich verpflichten, bei diesen Massnahmen die Aktivitäten beziehungsweise die Grundsätze der Entwicklungspolitik zu berücksichtigen. Ich habe diese Erklärung in Washington höchstpersönlich abgegeben. Das hat niemanden gestört. Es hat die Nationalbank nicht gestört, und es hat bis heute sonst niemanden gestört, so dass man durchaus sagen kann, auch mit der Lösung des Bundesrates seien Anpassungsprogramme nicht plötzlich unmöglich.

Das wäre auch völlig falsch. Denn auch wir in der Schweiz – Sie werden damit konfrontiert werden – werden Anpassungsprogramme durchsetzen müssen. Und auch das wird schwierig sein! Ein solches Anpassungsprogramm durchzusetzen hat mit Entwicklungspolitik im Moment noch herzlich wenig zu tun. Es kommt natürlich auf die Programme des IWF an. Wenn einmal Regenwald als Ressource gewählt würde, um die

Schulden zurückzahlen, dann würde die Schweiz das natürlich nicht unterstützen. Das wäre nicht denkbar, das würde schlicht und einfach gegen unsere Prinzipien verstossen! Deshalb bitte ich Sie, beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Der Bundesrat hat sich zwar für die Einhaltung der Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik ausgesprochen, sofern sie tangiert werden könnten. Wenn sie nicht tangiert werden, braucht man sie auch nicht speziell einzuhalten.

Zum Antrag der Minderheit III (Gardiol): Ich kann nur das bestätigen, was bereits gesagt worden ist. Der Bundesrat ist der Meinung, dass er diese ganzen Probleme jeweils in die Kommission Nebiker einbringt. Den besten Beweis dafür haben Sie: dass wir die Botschaft für das Gesetz zuvor der Kommission Nebiker unterbreitet haben. Es ist die Kompetenz des Bundesrates, externe Kommissionen einzusetzen. Wir sind bereit, das zu tun, auch wenn Sie das nicht *expressis verbis* ins Gesetz schreiben. Wir verpflichten uns dazu. Deshalb ist es nicht nötig, das festzuhalten.

Ich wäre Frau Gardiol zu Dank verpflichtet, wenn sie ihren Antrag zurückziehen würde. Sie hat ihr Ziel erreicht; wir haben alles bestätigt. Und denken Sie daran: Die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Bundesrates liegt ja letztlich beim Parlament. Diese Verantwortung kann Ihnen auch eine ausserparlamentarische Begleit- oder Kontrollkommission nicht abnehmen.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

<i>Eventuell – A titre préliminaire</i>	
Für den Antrag der Minderheit I	70 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	45 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	78 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	56 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit III	45 Stimmen
Dagegen	73 Stimmen

Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	85 Stimmen
Dagegen	29 Stimmen

A. Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods

A. Arrêté fédéral concernant l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	87 Stimmen
Dagegen	29 Stimmen

C. Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit für die Finanzierung der schweizerischen Beitragsleistungen an die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Internationale Entwicklungsorganisation und die Internationale Finanz-Corporation

C. Arrêté fédéral ouvrant un crédit-cadre destiné à financer les prestations de subventionnement versées par la Suisse à la Banque internationale pour la reconstruction et le développement, à l'Association internationale de développement, à la Société financière internationale

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

83 Stimmen

Dagegen

23 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 13.10 Uhr

La séance est levée à 13 h 10